

MONATSBERICHTE DES WIENER INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTS- UND KONJUNKTURFORSCHUNG

13. Jahrgang, Nr. 7

Ausgegeben am 8. Juli 1939

Inhaltsverzeichnis:

Die Zukunftsmöglichkeiten der Balkanwirtschaft.	
Von Prof. Ernst Wagemann	182
<i>Zu viel Volk oder zu wenig Kapital?</i>	182
<i>Schafft Industrialisierung einen Binnenmarkt?</i>	184
<i>Entwicklungsmöglichkeiten der Produktionswirtschaft</i>	184
<i>Deutschland und die Balkanländer</i>	186
Die Entwicklung der ostmärkischen Wirtschaft	187
<i>Allgemeine Probleme</i>	187
<i>Die zweite Etappe des Arbeitseinsatzes</i>	188
<i>Die Entwicklung im einzelnen</i>	189
<i>Der Außenhandel</i>	190
Die landwirtschaftliche Preisschere in der Ostmark	193
<i>Einleitung</i>	193
<i>Agrarpolitik und Preisentwicklung</i>	195
<i>Die Preisschere</i>	196
<i>Vergleich mit dem Altreich</i>	200
<i>Zusammenfassung</i>	201
<i>Zahlenübersicht</i>	202
Die Lage der Gebirgsbauern in der Ostmark	204
<i>Die Struktur der ostmärkischen Bergbauernwirtschaft</i>	204
<i>Die Bergbauernwirtschaft in der Krise</i>	207
<i>Die Entwicklung seit dem Anschluß</i>	209
Zeitschriftenumschau	212
Neuere Bücher und Aufsätze über Fragen der ostmärkischen Wirtschaft	215
Tabellenanhang	218

Die Zukunftsmöglichkeiten der Balkanwirtschaft *)

Von Prof. Ernst Wagemann

Zu viel Volk oder zu wenig Kapital?

Malthus und der Balkan

Der Balkan befindet sich wirtschaftlich auf einer ähnlichen Entwicklungsstufe wie England in der Zeit, als Malthus seinen berühmten „Versuch über das Bevölkerungsgesetz“ veröffentlichte. Dies war im Jahre 1798. Malthus sagte der Menschheit ein trübes Los voraus, wenn sie sich nicht der Fleischeslust enthielte, da sie dann die Tendenz habe, sich in geometrischer Progression zu vermehren, während sich der Nahrungsmittelspielraum höchstens in arithmetischer Progression ausdehne. In der Tat gab es damals in England einen Bevölkerungsüberschuß, genau so wie gegenwärtig auf dem Balkan. Jedenfalls finde ich zu meiner Überraschung, daß die statistischen Nachschlagewerke für England und Wales im Jahre 1800 eine Bevölkerungsdichte von ziemlich genau 60 Einwohnern auf den Quadratkilometer angeben. Man vergleiche damit die Bevölkerungsdichte der Balkanhalbinsel im Jahre 1937:

Land	Fläche in 1000 qkm	Bevölkerung in Millionen	Bevölkerungs- dichte (Anzahl der Menschen je qkm)
Albanien	27'5	1'0	37'7
Bulgarien	103'1	6'3	61'3
Griechenland	130'2	7'0	53'9
Jugoslawien	247'5	15'4	62'2
Rumänien	295'1	19'7	66'6
	803'4	49'4	61'5

In mancher Beziehung lagen freilich die Verhältnisse in England um 1800 genau umgekehrt wie heute auf dem Balkan. Während sich dort der Großgrundbesitz und die Weidewirtschaft ausbreiteten und so den Bauernstand verdrängten, leidet der Balkan unter einer in vielen Bezirken bis zum äußersten getriebenen Bodenzersplitterung. Eine vollständige Parallele besteht aber darin, daß auf dem Balkan heute wie in England um 1800 immer mehr Menschen auf dem Lande überflüssig werden und von ihrer Sippe oder ihrer Gemeinde kümmerlich „durchgefüttert“ werden müssen. In schlechten Zeiten sterben sie sogar Hungers oder geraten doch in grauenhafte Armut.

Für die gesamte landwirtschaftliche Produktion, Feldwirtschaft, Tierzucht, Rosenzucht, Obst-

*) Aus dem neuen Buch von Prof. Ernst Wagemann: Der Neue Balkan, Hamburg 1939.

und Gartenbau usw., werden in Bulgarien¹⁾ rund 355 Millionen zehnstündiger Tage an Männerarbeit aufgewendet. Die Frauenarbeit ist dabei auf Männerarbeit umgerechnet. Verfügbar aber sind mindestens 565 Millionen Arbeitstage, das bedeutet, daß nur 63 v. H. der verfügbaren Arbeitskraft wirklich verwertet wird. Gut ein Drittel der Arbeitskräfte sind somit überflüssig. Mindestens drei Viertel Millionen Männer, nach anderen Berechnungen sogar eine Million, könnten — allein in Bulgarien! — aus der Landwirtschaft herausgezogen werden, ohne daß die Produktion darunter leiden würde. Ähnlich wie in Bulgarien steht es um die Bevölkerung aber überall im Südosten.

Man kann die Übervölkerung auch an den Zahlen ablesen, die angeben, wieviel landwirtschaftliche Berufsangehörige auf 100 Hektar Kulturland leben: In Bulgarien sind es 116, in Jugoslawien 114, in Rumänien 97²⁾, in Deutschland und Frankreich dagegen nur 50, in den Vereinigten Staaten von Amerika sogar nur 17. Gewiß wird ein großer Teil der Menschen, die überflüssig sind, und die man mit ernähren muß, auch an die Arbeit gesetzt. Das Leben ist für viele der besitzenden Bauern daher einigermaßen bequem. Ich habe auf dem Lande Männer zu sehen bekommen mit gepflegten Fingernägeln, an denen sich mancher Stadtmensch bei uns ein Beispiel nehmen könnte.

Im Anfang des 19. Jahrhunderts hatte die Bevölkerungslage in England, wie ich sagte, zu einem abgründigen Pessimismus geführt. Selbst wenn neue Böden erschlossen werden und die landwirtschaftliche Technik Fortschritte macht, so wird alles, was an Lebensmitteln mehr produziert werden kann — so war die Beweisführung —, von dem lüsternden Menschevolk gleich verzehrt und dient nur zur eigenen Vermehrung, solange bis das alte Elend wieder da ist.

Zwischen Westeuropa damals und dem Balkan heute besteht eine sehr interessante Parallele auch im Tempo der Bevölkerungsvermehrung. In Westeuropa begann sich die Industriewirtschaft teilweise

¹⁾ Egoroff, P.: Die Arbeit in der Landwirtschaft. In: Molloff, J. St.: Die sozialökonomische Struktur der bulgarischen Landwirtschaft. Berlin, Weidmann 1936, S. 152.

²⁾ Nach Untersuchungen von Reithinger und Daniel.

schon im 18., teilweise erst im 19. Jahrhundert zu entfalten. Im 18. Jahrhundert war der industrielle Fortschritt aber noch so gering, daß die Bevölkerung trotz großer Geburtenhäufigkeit nur wenig wuchs.

Denker wie Montesquieu und Voltaire sagten deswegen voraus, daß Europa nach einem Jahrhundert, wenn nicht mit einer verminderten Bevölkerungszahl, so doch hochgerechnet mit einer Zunahme der Menschen um einige Prozente rechnen könne. Tatsächlich aber hat sich die Bevölkerung Europas von 180 Millionen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf gegenwärtig 450 Millionen vermehrt.

Auch auf dem Balkan war zur Zeit der Befreiungskämpfe und nachher noch die Bevölkerungszunahme bei hoher Geburtenziffer gering, ein Ausdruck für die große Sterblichkeit und für die Auswanderung. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aber wächst dort die Bevölkerung ziemlich rasch. Wenn sie sich auch weiterhin so stark vermehrt wie in den letzten Jahrzehnten, so wird sie von 1930 bis 1960 um 25, ja 30 v. H. zugenommen haben. Statt gegenwärtig 50 Millionen würde dies Gebiet bei dieser Annahme dann 65 Millionen Menschen umfassen. Der Pessimismus eines Malthus wird von den Bevölkerungspolitikern des Balkans heute nicht geteilt. Malthus hatte noch nicht vorausgesehen und auch nicht voraussehen können, welche ungeheuren Fortschritte die Technik machen würde. Das Zeitalter der Industrialisierung befand sich zu seiner Zeit nur in den Anfängen, und von den Umwälzungen in der Nahrungsmittelproduktion gar, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten mit der künstlichen Düngung, der Pflanzen- und Tierzucht erlebt haben, konnte man damals noch nichts ahnen.

Es ist daher begreiflich, wenn für den Balkan ähnliche Entwicklungen vorausgesagt werden, wie Mittel- und Westeuropa sie im 19. Jahrhundert erfahren hatten, und wenn man in der Industrialisierung das beste Mittel zur Bekämpfung der Übervölkerung und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit sieht, die auf dem Lande freilich noch ziemlich verkappt ist: in der Form einer ländlichen „Kurzarbeit“ oder auch nur der Zeitverschwendung und allgemeiner Trödelei.

Kapitalmangel und Untertechnisierung

Eine Bevölkerungsdichte von 60 Menschen auf den Quadratkilometer ist, absolut gesehen, nicht viel. In den hochindustrialisierten Staaten beträgt sie weit über 100, in einem Lande wie Belgien sogar weit über 200; und so sagen die Bevölkerungspoliti-

ker, daß der Balkan nur „relativ“ übervöllkert sei — im Vergleich nämlich zu seiner und nicht der west- und mitteleuropäischen Entwicklungsstufe der Wirtschaft.

Auf welcher Wirtschaftsstufe der Balkan steht, können wir an den Zahlen über die Kapitalbesetzung, genauer an den Zahlen über die Besetzung des Bodens mit Gebäuden und Inventar sehen. Unter volkswirtschaftlichem Inventar verstehen wir, abgesehen von den Viehbeständen, das Wirtschaftsgerät jeglicher Art, wie Verkehrsmittel, Schienenwege und Landstraßen, Maschinen und Werkzeuge, den Kulturzustand der Äcker und Weiden, ferner aber auch Berieselungsanlagen, Bohrtürme usw.

Das Maß der Kapitalbesetzung wäre leicht anzugeben, wenn Zahlen über den Wert all dieser Dinge aufzutreiben wären. So müssen wir uns anders helfen: Einen gewissen Aufschluß gibt eine international vergleichende Betrachtung des Maschinenverbrauchs oder doch der Ein- und Ausfuhr von Maschinen, der Länge der Schienenwege und des Kraftwagenbestandes.

Im Durchschnitt der Jahre 1935/37 betrug je Kopf der Bevölkerung die Maschineneinfuhr:

in Bulgarien	265 Reichsmark
„ Griechenland	180 „
„ Jugoslawien	109 „
„ Rumänien	178 „
„ der Türkei	124 „

Mindestens zehnmal so groß ist der Maschinenverbrauch in Mittel- und Westeuropa, viel geringer freilich in den asiatischen Gebieten.

Die Länge der Schienenwege der Eisenbahn war je 100 Quadratkilometer im Jahre 1936:

in Albanien	0,1 Kilometer (1939)
„ Bulgarien	3,2 „
„ Griechenland	2,1 „ (1937)
„ Jugoslawien	3,8 „
„ Rumänien	3,8 „

Diese Zahlen werden in Mittel- und Westeuropa um das Drei- bis Vierfache und mehr übertroffen. Sie sind jedoch wesentlich niedriger in Asien.

Und nun noch die Zahlen über den Kraftwagenbestand je 100 Quadratkilometer im Jahre 1937:

in Albanien	30 Stück
„ Bulgarien	40 „
„ Griechenland	108 „
„ Jugoslawien	60 „
„ Rumänien	85 „

Der Kraftwagenbestand ist in West- und Mitteleuropa sogar zehn- bis zwanzigfach so groß wie

auf dem Balkan; allerdings ist er auch hier höher als in Asien.

Dieser Zahlenvergleich kennzeichnet die geringe Höhe der volkswirtschaftlichen Intensitätsstufe auf dem Balkan ganz gut. Die Halbinsel steht danach in einer Reihe mit all den Wirtschaftsgebieten, die man als halbkapitalistisch bezeichnen kann. Denn wenn auch Indien und China, die diesen Typus besonders deutlich verkörpern, eine noch höhere Bevölkerungsdichte und eine noch geringere Kapitalbesetzung haben, so ist doch auch der Balkan überbevölkert und „unterkapitalisiert“, oder besser ausgedrückt, wenn man sich an dem Wort nicht stößt, „untertechnisiert“. So ist es zum Ziel der Wirtschaftspolitik der Balkanstaaten geworden, alles das zu tun, was die Kapitalbesetzung des Bodens erhöht. In erster Linie glaubt man, dies, wie erwähnt, auf dem Wege der Industrialisierung erreichen zu können.

Schafft Industrialisierung einen Binnenmarkt?

Wie soll ich, seufzt nun aber die Praxis der Balkanwirtschaft, die Industrialisierung so weit in Gang bringen, daß der Bevölkerungsüberschuß aufgesogen wird? Kein Mensch denkt draußen in der Welt daran, mir meine Industrieerzeugnisse abzu kaufen, auch wenn sie mit funkelnagelneuen Maschinen hergestellt sind. Die Industrieapparatur der Welt ist sowieso schon übersetzt. Die alten Industriestaaten mit ihrer großen Routine, ihrer vorzüglich geschulten Arbeiterschaft, ihrem geschäftstüchtigen und weitblickenden Unternehmertum stoßen beim Absatz zum Teil ja schon selbst auf die größten Schwierigkeiten.

Dann bleibt also die heimische Industrie nur auf den Inlandsabsatz angewiesen. Aber wo haben wir auf dem Balkan die kaufkräftigen Verbraucher?

Auf dem Balkan ist man noch nicht so weit, Industrieanlagen mit eigenen Kräften aufzubauen. Man braucht dazu vor allem ausländische Maschinen und Werkzeuge. Wie will man sie aber anders heranholen als mit Hilfe von Devisen, die wiederum nur auf dem Wege über die Ausfuhr solcher Erzeugnisse erreichbar sind, die in der Welt Absatz finden? Absatz finden draußen in der Hauptsache jedoch nur die Bodenerzeugnisse des Balkans, sei es der Landwirtschaft, sei es des Bergbaus. Denn Fertigwaren wird man ihm, mit unbedeutenden Ausnahmen, fürs erste draußen eben nicht abnehmen.

Will man der Überbevölkerung zu Leibe gehen, so gelingt dies demnach am allerwenigsten durch den Aufbau hochtechnisierter und scharf rationalisierter, also höchst „arbeitsproduktiver“ Industrien. Wo soll man aber anfassen?

Entwicklungsmöglichkeiten der Produktionswirtschaft

Die innerwirtschaftlichen Tausch- und Konjunkturkreise

Wenn der industrielle Export fürs erste keine wesentlichen Aussichten hat, so kann offenbar nur an zwei Stellen angesetzt werden, beim nicht-industriellen Export und ganz außerhalb des Außenhandels, d. h. beim Binnenmarkt.

Nun ist auf dem Balkan der Anteil der Eigenwirtschaft noch sehr beträchtlich.

Der bäuerliche Betrieb ist, mit anderen Worten, noch nirgends reiner Landwirtschaftsbetrieb, sondern er vereinigt gleichermaßen landwirtschaftliche und — in der primitiven Form des „Hausfließes“ — gewerbliche Tätigkeit.

Was der Bauer auf dem Markt erwirbt, beschränkt sich deshalb in vielen Landstrichen Südosteuropas, besonders in Bulgarien, Alt-Serbien, Mazedonien und in den Karstgebieten, aber zum Teil auch in Rumänien, auf Petroleum, Salz, Zucker und vielleicht noch auf dieses oder jenes Werkzeug. Das bedeutet, daß der Austausch zwischen Stadt und Land sehr gering ist.

Damit kommen wir auf das Industrialisierungsproblem zurück, denn wir waren uns darüber klargeworden, daß der wirtschaftliche Fortschritt auf dem Balkan in hohem Grade von einem sich erweiternden Binnenmarkt getragen werden könnte. Dieser aber kann sich nur entfalten, wenn die Landwirtschaft mehr und mehr aus der Eigenwirtschaft heraustritt und dazu ihre Produktionsleistungen steigert. Geschieht dies, so potenziert sich der Erfolg dadurch, daß die Industrie ihrerseits zu einem ihrer besten Kunden wird.

Intensivierung der Landwirtschaft

Der Balkan ist nicht ein Land „unbegrenzter“ Möglichkeiten, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika einmal waren, als dort schier unermessliche Flächen jungfräulichen Bodens der Erschließung harrten. Mögen die Fachleute sich mit dem genauen Umfang der noch urbar zu machenden Flächen befassen — viel davon ist auf dem Balkan jedenfalls nicht vorhanden. Wohl aber bestehen noch außerordentliche Möglichkeiten in der Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes.

Zunächst läßt sich die Produktionstechnik verbessern. Von der Zwei- oder Dreifelderwirtschaft, die noch herrscht, wird man vielfach zur geordneten Fruchtwechselwirtschaft übergehen können. Das allein schon würde die Erträge gewaltig in die

Höhe treiben. Überdies müßten neue arbeitsintensive Kulturen zu den bisherigen hinzugenommen werden. Wichtig wird in erster Linie der Anbau von Früchten sein, die leicht zu exportieren sind, oder die der inländischen Industrie als Rohstoffe dienen können. Hierzu gehören vor allem Tabak, Flachs, Hanf, Raps, Rübsen, Sesam, Anis, Fenchel, Sojabohnen, Erdnüsse, Mohn, Sonnenblumen, Rizinus, Baumwolle, Zuckerrüben, Weintrauben, Maulbeerbäume (Seide), Gemüse und Obst.

Wenn man darüber hinaus in den Gegenden, wo die Feuchtigkeitsverhältnisse es erlauben, Gründungs- und Futterpflanzen (Klee usw.) anbaut, um von der extensiven Weidewirtschaft zur Stallfütterung überzugehen, und wenn man sich gar dazu entschließt, die Bodenbearbeitung nach den neuesten Erfahrungen zu verbessern, d. h. moderne Bodenbearbeitungsgeräte anzuwenden, so wird sich mit jeder solchen Verbesserung nicht nur die Produktion erhöhen, sondern auch verbilligen. Es sei an das bekannte Wort erinnert, daß der russische Bauer nur fünf Zentimeter tiefer zu pflügen brauchte, um die Weltmärkte mit Getreide zu überschwemmen. Dieser Satz gilt cum grano salis auch für den Balkan. In Jugoslawien wurde mir freilich erzählt, daß der Bauer aus guten Gründen nicht zu bewegen sei, eiserne Pflüge zu verwenden. Die Ackerkrume sei eben in vielen Gegenden so dünn, daß sie nur mit hölzernen Haken, wie sie in grauer Vorzeit benutzt wurden, bearbeitet werden könne.

Zu bemerken ist aber, daß z. B. die österreichischen Gebirgsbauern auch auf flachgründigen Böden eiserne Pflüge verwenden. Und gewiß ist, daß es auf dem Balkan viele Landstriche mit schweren Böden gibt, bei denen der moderne eiserne Pflug Wunder wirken würde.

Und welche Produktionsreserven könnten noch durch eine geregelte Wasserwirtschaft erschlossen werden! Im Verein mit der südöstlichen Sonne würde das Wasser weite Bezirke in ein Paradies verwandeln können, vergleichbar den üppigen Tälern Kaliforniens. Überdies könnte die Produktion durch ausreichende Anwendung von Kunstdünger sehr gesteigert werden, da es dem Acker vor allem an Stickstoff fehlt. Gegenwärtig erreichen die Kunstdüngergaben kaum den zehnten Teil der in Nordwesteuropa üblichen Mengen. — Nicht anders ist es auf dem Gebiete der planmäßigen Pflanzen- und Tierzucht. Im arger liegt auch noch die Bekämpfung der Schädlinge auf dem Felde und der Viehkrankheiten.

Kurz, es fehlt in der Landwirtschaft des Balkans an betrieblichen Verbesserungen, die in den

modernen Industrie- und Agrarstaaten Europas bewirkt haben, daß die Erträge verdoppelt und vervierfacht worden sind. Kunstdünger und Maschinen haben hier die Landbautechnik revolutioniert, ein gewaltiger Triumph der Menschheit im Kampf gegen den Hunger, vergleichbar den Erfolgen der künstlichen Bewässerung im Altertum. An dieser Entwicklung der Landbautechnik hat aber der Balkan noch kaum teilgenommen. Ja, die Bewässerungstechnik der Vorfahren ist hier zum Teil sogar wieder verlorengegangen.

So wird es verständlich, daß die Bodenerträge nur ein Drittel bis ein Halb oder gar nur ein Viertel so hoch sind wie im klimatisch gewiß weniger begünstigten Mittel- und Westeuropa. Würde die landwirtschaftliche Produktionstechnik im Südosten auf die Stufe der mittel- und westeuropäischen gehoben werden, so würde der Boden demnach zwei- bis viermal so viel an Nahrungs- und Futtermitteln hervorbringen wie jetzt. Es würde freilich — auch bei rasch voranschreitender Modernisierung der Wirtschaft der Balkanhalbinsel — recht lange dauern, wohl mindestens ein bis zwei Generationen, bis man an dies Ziel gelangte. Nicht graue Theorie aber ist es, an eine Erhöhung der Hektarerträge um 50 v. H. zu denken. Eine überschlägliche Berechnung zeigt, daß damit der Einfuhrbedarf Deutschlands an Agrarprodukten durchaus gedeckt werden könnte; er beträgt gegenwärtig mehr als 4 Milliarden Reichsmark. Diese Einfuhr kommt in erster Linie aus Übersee und nur zu einem Bruchteil aus Südosteuropa. Nicht nur sämtliche Nahrungs- und Futtermittel, die Deutschland von allen Teilen der Welt her bezieht, könnten von Südosteuropa geliefert werden, sondern darüber hinaus auch fast sämtliche Rohstoffe agrarischen Ursprungs. Ausgenommen bleiben in jedem Falle natürlich die Erzeugnisse, die nur in den subtropischen und tropischen Zonen hervorgebracht werden können.

Welche Möglichkeiten, ganz abstrakt betrachtet, die Landwirtschaft auf dem Balkan hat, wollen wir etwas genauer mit dem Rechenstift zu veranschlagen suchen. Wir beschränken uns dabei auf Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien. Griechenland lassen wir — übrigens zu Lasten unseres Optimismus — ganz unberücksichtigt, weil es selber noch Zuschußbedarf an wichtigen Lebensmitteln, vor allem an Getreide, hat.

Nun beläuft sich die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche der in Betracht gezogenen vier Länder auf 39 Millionen Hektar. Hiervon entfal-

len 26 Millionen Hektar auf Ackerland (zum Vergleich sei bemerkt, daß Großdeutschland — ohne das Protektorat — 23 Millionen Hektar Ackerland besitzt). Wir wollen auch das Grünland mit rund 13 Millionen Hektar außer Ansatz lassen, weil die zu erwartenden Förderungsmaßnahmen bei der Landwirtschaft vorwiegend dem Ackerbau zugute kommen werden. Dies geschieht wiederum zu Lasten unseres Optimismus, da ja auch im Grünland noch große Produktionsreserven stecken.

Eine Verdoppelung der Hektarerträge in Südosteuropa würde sich — das wird wohl niemand bezweifeln — bei den günstigen klimatischen und geologischen Verhältnissen ohne weiteres einstellen, sofern der Ackerbau nach rationellen Gesichtspunkten betrieben und vor allem die Wasserwirtschaft ausgebaut würde. Gewiß, Errichtung von Staudämmen, Regulierung von Flüssen und gar Aufforstungen nehmen zum Teil viele Jahre in Anspruch. Ist es aber sehr unvorsichtig zu sagen, daß in vielleicht 25 Jahren die Hektarerträge um 50 v. H. höher sein werden als heute? Das ist nach den Überlegungen, die wir oben über die Wandlungsfähigkeit der Wirtschaftsgesinnung und der volkswirtschaftlichen Organisationsform angestellt haben und nach den vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten, die noch aufzuzeigen sein werden, keine illusorische Annahme. Verwirklicht sie sich, so würden 13 Millionen Hektar für den Anbau von Früchten frei werden, die entweder als Mehrexport oder als Mehrverbrauch für inländische Zwecke zur Verfügung stünden.

Dazu kommt, daß dies alles zu gleicher Zeit eine gewaltige Erhöhung der bäuerlichen Kaufkraft bedeutet. Der sich erweiternde Binnenmarkt würde der fortschreitenden Industrialisierung und Städtebildung starken Rückhalt geben.

Deutschland und die Balkanländer

Die Ausfuhr Großdeutschlands (ohne Böhmen und Mähren) nach dem Balkan (Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und Türkei) betrug im Jahre 1938 650 Millionen Reichsmark und die Einfuhr 672 Millionen Reichsmark, d. h. 40 v. H. des Gesamthandels dieser Länder. Gelingt es, den deutschen Anteil auf 60 v. H. zu steigern, so würde dies bei der Ausfuhr wie bei der Einfuhr nur 300 bis 350 Millionen Reichsmark ausmachen, also vom Standpunkt Deutschlands kein allzu großes Objekt sein.

Von einer Erhöhung des deutschen Anteils am Außenhandel des Balkans ist also nicht viel zu erwarten. Daraus ergibt sich, wie sehr die deutsche

Volkswirtschaft daran interessiert ist, daß der Außenhandel der Balkanländer absolut wächst. Das aber ist nur möglich, wenn ihre Wirtschaft im ganzen gedeiht. Kann es zwischen Nationen eine schönere Solidarität der Interessen geben als diese?

Nehmen wir wieder einmal den Rechenstift zur Hand, um uns klarzumachen, wie die Aussichten hier sind. Wir sahen, daß der Anteil der Außenwirtschaft an der Gesamtwirtschaft der Balkanländer sehr groß ist. Aber je Kopf der Bevölkerung ist der Außenhandel hier noch recht gering. Faßt man Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei zusammen, so betrug die Einfuhr 1937 nur 21,4 Reichsmark, die Ausfuhr 24,4 Reichsmark je Person. Würde die Quote in allen Balkanländern auch nur auf das Niveau Ungarns steigen — in Griechenland ist sie allerdings schon jetzt höher —, so würde die Ausfuhr der fünf Länder sich von 1,6 Milliarden Reichsmark auf 3,1 Milliarden Reichsmark, die Einfuhr von 1,4 Milliarden Reichsmark auf 2,5 Milliarden Reichsmark erhöhen; würde sie auf den Stand gehoben werden, den Österreich im Jahre 1937 erreicht hatte, so würde sich die Ausfuhr des Balkans mehr als verdreifachen, die Einfuhr mehr als vervierfachen. Würde sich der südosteuropäische Außenhandel gar ebenso rasch entfalten wie der japanische seit der Jahrhundertwende, so würden sich Einfuhr und Ausfuhr in 40 Jahren etwa auf das Zehnfache ihres jetzigen Umfangs erweitern.

Wie weit könnte der deutsche Einfuhrbedarf durch den Balkan gedeckt werden?

Ist das alles aber nicht müßiges Zahlenspiel? wird der Leser vielleicht fragen. Die Rechnung soll jedoch nur zeigen, was möglich ist, wenn der Balkan von seiner jetzigen Wirtschaftsstufe aufsteigt. Daher wollen wir unseren Rechenstift nicht gleich wieder weglegen, sondern uns einmal ausrechnen, welche Flächen auf dem Balkan beansprucht würden, sofern Großdeutschland (ohne Böhmen und Mähren) seinen Einfuhrbedarf an Agrarstoffen samt und sonders im Südosten decken würde. Wir hatten schon oben ausgerechnet, daß bei einer Erhöhung der Hektarerträge um 50 v. H. 13 Millionen Hektar für einen Mehrexport oder für einen Mehrverbrauch frei würden.

In der folgenden Übersicht ist der deutsche Einfuhrbedarf an Getreide mit 4 Millionen Tonnen angegeben. Legt man die Hektarerträge zugrunde, wie sie bei einer um 50 v. H. erhöhten Ergiebigkeit des Bodens anzusetzen wären, so ergibt sich,

Die zur Deckung der deutschen Agrareinfuhr in Südost-europa benötigte Fläche¹⁾

	Großdeutsch-lands Importbedarf	Zur Deckung der deutschen Agrar- einfuhr in Südost- europa erforder- liche Fläche
	in 1000 t	in Mill. ha
Getreide	4000	2·2
Hülsenfrüchte	120	0·1
Fleisch	350	1·6
Butter, Speck, Schmalz u. dgl.	200	2·0
Eier	150	0·5
Andere Nahrungs- u. Genußmittel	—	3·6
Zusammen	—	10·0

¹⁾ Nach einer Untersuchung von Dr. v. d. Decken

daß die Erzeugung dieser Getreidemenge 2·2 Millionen Hektar beanspruchen würde. Auf diese Weise sind nun sämtliche Einfuhrposten an Nahrungs- und Futtermitteln auf Flächen umgerechnet.

Die Entwicklung der ostmärkischen Wirtschaft

Allgemeine Probleme

Das starke Wirtschaftsgefälle, das zwischen dem Reich und der Ostmark vorhanden war, hat trotz der vorsichtigen Öffnung der Schleusen in der ersten Zeit manche sprunghafte und unvermittelte Schwankungen und Sonderentwicklungen mit sich gebracht. Nunmehr, da sich die Niveauunterschiede in der kurzen Zeit seit der Wiedervereinigung bereits wesentlich verringert haben, ist auch die Entwicklung eine stetigere geworden. Die kurzfristigen, vorübergehenden Einflüsse sind zurückgetreten, die langfristigen großen Probleme des Wirtschaftseinbaues stehen jetzt um so deutlicher im Vordergrund, allen voran die der endgültigen Anpassung und Eingliederung der ostmärkischen Industrie und der gewerblichen Wirtschaft sowie der Landwirtschaft in den großdeutschen Wirtschaftsraum.

In der gewerblichen Wirtschaft hat dieser Anpassungsprozeß im allgemeinen geringere Schwierigkeiten mit sich gebracht; gewisse Benachteiligungen einzelner Wirtschaftszweige wurden durch außergewöhnlichen Aufschwung anderer mehr als wettgemacht. Der Betriebserfolg der Landwirtschaft freilich hat sich in vielen Fällen dadurch ungünstiger gestaltet, daß die Lohnerhöhungen nicht immer durch Rationalisierung (Maschineneinsatz usw.) wettgemacht werden konnten. Die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft sind zum größten Teil freilich kein spezifisch ostmärkisches Problem, sondern eine Rückwirkung des allgemeinen

Im ganzen würden rund 10 Millionen Hektar dem deutschen Einfuhrbedarf dienen, wenn unser „Tischleindeckdich“ zur Wirklichkeit würde. Das wären also 3 Millionen Hektar weniger, als unser Rechenstift freigemacht hatte. Auf diesen 3 Millionen Hektar könnte noch ein gut Teil dessen erzeugt werden, was Deutschland jetzt an Faserstoffen und sonstigen organischen Rohstoffen aus anderen Ländern beziehen muß.

Ist der Leser wegen dieser gewagten Rechenmethode böse, so bitte ich ihn um Entschuldigung. Er mag ruhig etwas von einer Milchmädchenrechnung verlauten lassen; ich hoffe trotzdem, damit eine Vorstellung von den Entwicklungsmöglichkeiten gegeben zu haben, die der deutsche Außenhandel im Südosten hat.

großdeutschen Industrieaufschwungs. Daß auf der anderen Seite die ostmärkische Industrie trotz allen Schwächen ihr Feld erfolgreich behaupten konnte, ist ebenfalls wesentlich mitbestimmt durch den Zustand der Überbeschäftigung im Reich, der einen ernstlichen Wettbewerb von dieser Seite her oft hemmt. Die österreichische Industrie wird sich daher nicht begnügen dürfen, nur so weit zu rationalisieren, daß sie noch „mitkommt“, sondern sie wird darüber hinaus zu trachten haben, ihre Kosten so weit anzupassen, daß sie auch in einer normal beschäftigten Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt.

Zweifellos hat sich die österreichische Industrie heute schon weitgehend umgestellt und angepaßt. Die Aufhebung des Gebietsschutzes ist wenigstens in gewissen Grenzen ein Zeichen hierfür. Namhafte Gebietsschutzlockerungen erfolgten neuerdings wieder am 15. Mai und 1. Juni. Die restlichen Gebietsschutzvereinbarungen sind überwiegend befristet, nur für einige Industrien, wie die Glas-, Papier-, Maschinen-, Bekleidungs- und chemische Industrie, sind die noch bestehenden Schutzanordnungen für einige Artikel unbefristet.

Man kann vor allem zwei Arten der Anpassung der Industrien in der Ostmark unterscheiden:

1. Verbesserung und Modernisierung des Erzeugungsvorganges durch Einstellung von zusätzlichen und besseren Maschinen (Stahl-, Eisen-, Ton-, Elektroindustrie) und
2. Umstellung auf neue Erzeugnisse, bzw. auf Qualitäten, die bisher nicht erzeugt wurden. Hierher zählt z. B. die Umstellung der ostmärkischen Mühlen von der „ungarischen“ Müllerei, die die Sorten nach Mehlfarbe und

Griffigkeit ausmahlt, zur Aschenmüllerei, bei der die Mehltypen nach dem Aschengehalt (d. h. dem Gehalt an mineralischen Rückständen) bestimmt werden, ein Verfahren, das erhebliche zusätzliche Investitionen erfordert. Die Umstellung der Textilindustrie auf die Mitverarbeitung von Zellwolle ist bereits durchgeführt. Völlig neue Anlagen erfordert die Herstellung z. B. von Zellwolle. Die im Bau befindliche Fabrik in Lenzing (O.-D.) wird in einigen Monaten bereits die Erzeugung von Zellwolle aufnehmen; ebenso ist die Umstellung auf Bunareifen bei den österreichischen Semperitwerken bereits voll im Gang.

Parallel mit der technischen Anpassung und Umstellung beobachtet man eine juristische und organisatorische, die sich vor allem in Fusionen, Beteiligungen, Erwerb und Umwandlung von Industriebetrieben ausdrückt. Neben dem Erwerb meist kleinerer ostmärkischer Unternehmungen durch reichsdeutsche kommt den Fusionen besondere Bedeutung zu; sie erstrecken sich besonders auf die ostmärkischen Tochtergesellschaften altreichsdeutscher Unternehmungen. Die Fusion hat große organisatorische Vorteile; so ist z. B. die Arbeitsteilung innerhalb eines Konzerns leichter durchzuführen, ebenso der Austausch von technischer Erfahrung und nicht zuletzt der von leitenden Personen.

Die immer häufigere Umwandlung von Aktiengesellschaften in Personengesellschaften stellt eine Anpassung an die Vorschriften des deutschen Aktiengesetzes dar, das am 1. Januar 1939 in der Ostmark in Kraft trat. Das Gesetz fordert für die Aktiengesellschaften vor allem ein erheblich höheres Mindestaktienkapital und stellt sie steuerlich wesentlich ungünstiger als die Personengesellschaften. Bisher (also seit 1. Januar) wurden ungefähr 5 v. H. der ostmärkischen Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Kommanditgesellschaft wird als Umwandlungsform besonders bevorzugt, da sie in ihrem rechtlichen Aufbau der Aktiengesellschaft am nächsten kommt.

Diese rege technische und rechtliche Umorganisation der Unternehmungen wirkt sich natürlich auch auf der Kapitalseite aus. Daher kommt den Banken gerade jetzt, besonders soweit sie noch immer eine erhebliche Anzahl von Industriekonzerne zu betreuen haben, die besondere Bedeutung zu, die Umstellung und den Anpassungsprozeß zu überwachen, zu erleichtern und zu fördern. Im Zusammenhang damit hat sich auch das Bankgeschäft in der Ostmark im Jahre 1938 erheblich ausgedehnt. So wurde vor allem wesentlich erweitert die Gewährung von

1. Investitionskrediten für Neubauten usw., sei es durch unmittelbare Kreditgewährung oder durch Beteiligung an den reichgarantierten Krediten;

2. von Betriebskrediten unter anderem zur Bevorschussung öffentlicher Aufträge, für Arisierungen und für Handelsgeschäfte.

Das flüssige Kapital für diese Aufgaben konnte vor allem aus der Abstoßung einer Reihe von Konzernwerten, aus Rückzahlungen und aus den wachsenden Einlagen im Spar- und Kontokorrentverkehr geschöpft werden.

Die zweite Etappe des Arbeitseinsatzes

Bis Ende 1938, so lange noch ein Überschuß an Arbeitskräften aller Berufsgruppen vorhanden war, konnte jeder Wirtschaftszweig seine Erzeugung durch Einstellung von Arbeitskräften steigern; ungenützte Kapazitäten waren ja fast überall vorhanden. Nachdem allgemeine Vollbeschäftigung erreicht war, konnte eine wesentliche Ausdehnung eines Wirtschaftszweiges nur noch auf Kosten eines anderen gehen. Es trat daher auch rasch ein Wettbewerb innerhalb der Wirtschaftszweige um die Arbeitskräfte ein.

Im Wettbewerb zwischen Industrie und Landwirtschaft um die Arbeitskräfte steht die Landwirtschaft sehr viel ungünstiger da als die Industrie.

Im Wettbewerb zwischen Industrie und Handwerk blieb ebenfalls die Industrie überlegen und die Abwanderung selbständiger Handwerker in die Industrie wird auch in der Ostmark eine immer häufigere Erscheinung, wenn sie auch an Umfang bei weitem nicht an die Landflucht heranreicht. Schließlich entstand ein Wettbewerb um die Arbeitskräfte der Industrien untereinander, der sich immer deutlicher in einer Abwanderung von Arbeitskräften aus verhältnismäßig ungünstig gelegenen Gewerbebezügen zeigt. Solche Abwanderungstendenzen waren z. B. in der Forstwirtschaft, dem Kohlenbergbau und in der Textil- und Papierindustrie zu beobachten. Um zu starke unerwünschte Verschiebungen wenigstens zu hemmen, wurden die Maßnahmen, die einer Abwanderung von Arbeitskräften vorbeugen oder diese verhindern sollen (Beschränkungen des Arbeitsplatzwechsels, Dienstverpflichtungen, Richtlöhne) in ihrer Anwendung verschärft.

Pensionisten, Rentner und Hausfrauen werden vielfach wieder beruflich tätig, sie stellen jedoch, ebenso wie die Überführung berufsfremd Beschäftigter in ihre gelernten Berufe, nur eine geringe Entlastung dar.

Es handelt sich hier fast durchweg um Erscheinungen, die schon seit einiger Zeit im Altreich zu beobachten sind. Es zeigt sich also, daß die spezifisch ostmärkischen Probleme, die in der Ein-

gliederung ihre Ursache haben, nun immer mehr durch die allgemeine großdeutsche Wirtschaftsdynamik überschattet werden.

Die Entwicklung im einzelnen

Im Mai sank die Zahl der Arbeitslosen in der Ostmark auf 59.400, also auf weniger als 4 v. H. der Beschäftigten. Berücksichtigt man, daß ein Großteil davon nur infolge Stellenwechsels als „arbeitslos“ gezählt wurde und daß von den insgesamt als arbeitslos erfaßten 24.300 Männern ungefähr die Hälfte nicht voll einsatzfähig war, so wird deutlich, daß die Vollbeschäftigung erreicht ist. Das Hauptinteresse des Arbeitseinsatzes liegt jetzt in der Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Wirtschaftszweige und in der Bereitstellung für staatlich vordringliche Arbeiten.

Die Steigerung der Erzeugung ist in den einzelnen Industrien der Ostmark sehr ungleich gewesen. Der Produktionsindex für die Ostmark

Die Entwicklung der wichtigsten Industrien in der Ostmark im Jahre 1939

Erzeugungsart	Veränderungen (+ = Steigerung, - = Senkung) in v. H. des entsprechenden Monats des Vorjahres				
	Januar	Februar	März	April	Mai
Produktionsindex	+ 24	.	.
Erzeugung:					
Gas in Wien	+ 3	+ 4	+ 4	.	.
Eisenerz	+ 31	+ 15	+ 1	+ 11	+ 4
Roheisen	+ 93	+ 86	+ 74	+ 71	+ 22
Rohstahl	+ 74	+ 70	+ 68	+ 16	+ 10
Walzware und Absatz von					
Halbzeug	+ 90	+ 74	+ 57	+ 8	- 7
Baumwollgarn	+ 43	+ 27	+ 24
X Rohmaterialbed. d. Web.	.	.	+ 195	+ 143	+ 145
Holzschliff	+ 11	+ 25	+ 25	.	.
Zellulose	- 5	- 6	0	.	.
Papier	+ 36	+ 22	+ 24	.	.
Pappe	- 13	+ 1	+ 1	.	.
Bier	+ 105	+ 64	.	.	.
Auftragsbestand:					
Eisenindustrie	+ 123	+ 416	+ 390	+ 190	+ 57
Baumwollspinnereien	+ 46	+ 29	+ 44
Lagerhaltung:					
Baumwollspinnereien	+ 27	+ 22	+ 22
Lagerhäuser d. Gem. Wien	- 27	- 41	.	.	.

konnte für den Monat März berechnet werden, da Erzeugungsangaben, die infolge der Umstellungsarbeiten innerhalb einzelner Industrien ausgefallen waren, wieder einliefen. Mit 119 (1929 = 100) lag der Produktionsindex im März 24 v. H. über dem Stand des Vorjahres.

Nach wie vor ist die Bauindustrie am stärksten überlastet und damit auch die unmittelbar mit ihr in Verbindung stehenden Industrien, wie die Baustoffindustrie (Zement und Ziegel). Ferner haben die Produktionsmittelindustrien einer besonders großen Nachfrage zu genügen, die sich aus dem Umstellungsbedarf ergibt. Schließlich sind es die dauerhaften Verbrauchsgüter, deren Umsätze zum Teil auf das Viel-

fache der früheren Zeit gestiegen sind, wie Kraftwagen und -räder, Fahrräder, Radioapparate, Gramophone, Kühlschränke, Staubsauger, Nähmaschinen, Küchengeräte und Möbel. Erhebliche Verbilligungen der Preise der meisten dieser erwähnten Waren bei Aufhebung des Gebietsschutzes haben ebenfalls zu der außerordentlichen Umsatzsteigerung beigetragen.

Die Lage der Eisenindustrie hat sich im letzten Vierteljahr nicht wesentlich verändert. Der im Februar sprunghaft auf 413 (1929 = 100) angestiegene Auftragsbestand hat in den folgenden Monaten wieder etwas abgenommen, stand im Mai aber noch immer auf 351. Die Erzeugung von Eisenerz hat sich in den ersten fünf Monaten 1939 erhöht, die von Roheisen und Rohstahl vermindert. Da auch im Juni des Vorjahres bereits eine hohe Aktivität erreicht war, sind die Unterschiede für diesen Monat im Vergleich zu 1938 nicht mehr so groß. Die Eisenerz- und Roheisenerzeugung war im Juni um 8 v. H. bzw. 35 v. H., die Erzeugung von Rohstahl und von Walzware um 21 v. H. und 20 v. H. höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Förderung von Braunkohle bewegte sich in den letzten Monaten zwischen 10 und 20 v. H. über Vorjahreshöhe. Der Absatz von Personenkraftwagen im Mai war in der Ostmark ungefähr 7mal, bei Krafträdern 4mal so hoch wie im Vorjahr.

Die Papierindustrie, die durch die Erhöhung der Holzpreise und Senkung der Papierpreise litt, konnte diese Einbußen durch erhöhten Absatz wieder etwas wettmachen. Die Erzeugung von Papier und Holzschliff war im März erheblich höher als zur gleichen Vorjahreszeit. Die ostmärkische Erdölförderung hat mit nahezu 10.000 Tonnen im Mai einen neuen Rekord erreicht.

Die Baumwollindustrie hat ihre Umstellung auf die Verarbeitung von Zellwolle im wesentlichen beendet. Die Erzeugung der Baumwollspinnereien lag in den Monaten März bis Mai erheblich, nämlich um 43 v. H., 27 v. H. und 24 v. H. über der Erzeugung in den entsprechenden Vorjahrsmonaten. Dagegen war die Ausfuhr in den Monaten Januar—März gegenüber dem Vorjahr um 24 v. H. niedriger gewesen. Trotz der Minderzufuhr, die für die gleiche Zeit ungefähr 41 v. H. betrug, ergibt sich daraus, daß für den Verbrauch der Ostmark und des Altreiches in diesem Jahre eine wesentlich größere Garnmenge zur Verfügung stand. Der große Mehrbedarf im Inland, der sich ja auch in dem sprunghaften Anstieg der Textilumsätze im Kleinhandel widerspiegelte,

Außenhandel der Ostmark in Baumwollgarnen (ohne Altreich)

(M = Menge in q; W = Wert in 1000 RM)

	Januar bis März				März			
	1938		1939		1938		1939	
	M	W ¹⁾	M	W	M	W ¹⁾	M	W
Einfuhr insges.	4.938	1.047	2.914	906	2.082	429	1.174	390
davon:								
Frankreich	105	82	88	66	42	36	32	24
Großbritannien	569	194	1.517	461	179	59	708	238
Schweiz	723	248	900	312	340	117	260	95
Tschecho-Slow.	3.482	514	304	57	1.489	219	156	31
Ausfuhr insges.	21.997	3.167	16.820	2.912	7.522	1.087	7.370	1.336
davon:								
Bulgarien	469	91	312	82	143	37	261	67
Finnland	989	128	120	14	390	49	8	1
Jugoslawien	4.730	697	3.502	510	1.141	175	1.617	250
Rumänien	13.396	1.750	10.183	1.834	5.045	668	4.531	847
Tschecho-Slow.	448	94	20	7	126	27	10	3
Ungarn	1.234	163	832	134	415	51	366	70
Türkei	62	22	1.426	236	15	6	496	75

¹⁾ Umrechnung 1 RM = 2,17 S

hatte zur Folge, daß der Rohmaterialbedarf der Webereien (die vorwiegend für den Inlandabsatz arbeiten) auf über das Doppelte anstieg. Die reinen Baumwollgarne (ungefähr ein Drittel der Gesamt-erzeugung) werden zum allergrößten Teil ausgeführt. Ungefähr die Hälfte der Erzeugung der Spinnereien entfiel auf mit Zellwolle gemischte Garne und der Rest auf reine Zellwollgarne.

Das Ostergeschäft brachte für die Bekleidungsindustrie besonders hohe Umsätze, die im Mai saisonmäßig wieder etwas zurückgingen. Die Versorgungslage mit früher vielfach knappen Lebensmitteln, wie Fleisch, Obst und Gemüse, hat sich in Wien merklich gebessert. Die reichen Gemüse- und Obstzufuhren senkten die Preise erheblich. Die Fischzufuhren im Mai erreichten nahezu die Rekordhöhe vom Dezember 1938.

Im Fremdenverkehr sind die Übernachtungen noch stärker als die Anmeldungen gestiegen, ein Zeichen dafür, daß die durchschnittliche Aufenthaltsdauer heuer wesentlich länger als im Vorjahr ist.

Fremdenverkehr in der Ostmark (Südostdeutschland)¹⁾

Jahr, Monat	Veränderung gegen Vorjahr in v. H.	
	Fremden-meldungen	Fremdenüber-nachtungen
	aller erfaßten Gebiete	
1939 Januar	+ 45	+ 75
Februar	+ 55	+ 92
März	+ 85	+ 125
April	+ 30	+ 49
	davon Bäder, Kur- und Erholungsorte	
1939 Januar	+ 22	+ 44
Februar	+ 53	+ 82
März	+ 118	+ 172
April	+ 70	+ 117

¹⁾ Nach den Angaben von „Wirtschaft und Statistik“

Der Güterverkehr der Reichsbahn war in den ersten vier Monaten des Jahres zwischen 12 und 20 v. H. höher als 1938.

Die Güterwagengestellung der Reichsbahndirektionen Wien, Linz und Villach

Monat	1938	1939	Steigerung 1939 gegenüber 1938 in v. H.
Januar	120.800	140.430	16,25
Februar	121.637	142.630	17,26
März	135.642	163.304	20,39
April	127.383	153.273	11,57

Die Lebenshaltungskosten gingen in Wien im Mai leicht zurück (der Index sank von 94,4 auf 94,1, Mai 1938 = 100). Die Verbilligung ergab sich bei Ernährung und bei Beheizung und Beleuchtung. Der Index der Großhandelspreise stieg im Mai von 108 auf 110 (erstes Halbjahr 1914 = 100), teils infolge der jahreszeitlichen Steigerungen der Nahrungsmittelpreise, teils infolge von Erhöhungen weltmarktbestimmter Rohstoffpreise, wie Jute, Kautschuk, Blei und Zink. Im Juni blieben die Großhandelspreise im wesentlichen stabil.

Veränderung einiger wichtiger Großhandelspreise in Wien in der Zeit von März bis Juni 1939

Warenart	April	Mai	Juni
	in v. H. v. März (+ = Steigerung, - = Senkung)		
Nahrungsmittel:			
Weizen	0	- 0,78	- 0,78
Roggen	+ 1,04	+ 1,55	+ 1,55
Kartoffeln (alte)	0	+ 4,84	+ 4,84
Schweinefett	0	+ 7,61	+ 7,61
Rindfleisch	+ 5,26	+ 20,30	+ 20,30
Schweinefleisch	-	+ 5,26	+ 5,26
Margarine	+ 54,36	+ 54,36	+ 54,36
Kaffee	- 0,72	- 0,36	- 0,36
Industriestoffe:			
Blei	- 4,05	- 1,35	- 1,35
Zink	- 2,90	-	+ 2,90
Kupfer	- 1,41	- 1,41	- 1,88
Zinn	- 0,36	+ 4,35	+ 3,99
Steinkohle	- 4,53	- 4,53	- 4,53
Koks	- 6,26	- 8,10	- 8,10
Wolle	- 0,50	- 0,56	- 0,17
Kautschuk	- 1,44	- 0,48	- 0,10
Zement	0	0	- 1,20
Schwefelsäure	- 11,76	- 11,76	- 11,76

Der Außenhandel

Für den März d. J. sind zum letzten Male selbständige Außenhandelsziffern für die Ostmark veröffentlicht worden; in Zukunft sind sie in den Zahlen des großdeutschen Außenhandels inbegriffen. Die Zahlen für das erste Vierteljahr des Jahres 1939 zeigen, daß sich der Außenhandel der Ostmark nun nach den starken Umschichtungen des vorangegangenen halben Jahres auf einer neuen Ebene stabilisiert hat. Die Ausfuhr hat mit 22,7 Millionen Reichsmark im Januar, 22,6 Millionen Reichsmark im Februar und 24,8 Millionen Reichsmark im März ungefähr ihren Stand gehalten; die Einfuhr spiegelt mit 62,5 Millionen, 45,8 Millionen und 50,3 Millionen Reichsmark in den entsprechenden Monaten im wesentlichen die Schwankungen in der Nahrungsmiteleinfuhr aus den Südstländern wider.

Der Außenhandel der Ostmark im 1. Vierteljahr 1938 und 1939 in den wichtigsten Waren
(ohne Verkehr mit dem Altreich)

Werte in 1000 RM¹⁾, Mengen in dz

Waren, Warengruppen	Einfuhr				Waren, Warengruppen	Ausfuhr			
	1938		1939			1938		1939	
	M	W	M	W		M	W	M	W
Ernährungswirtschaft:									
Rindvieh	30.001	1.072	67.335	4.008	Schnittholz	526.880	2.976	6.115	61
Schweine	161.771	8.111	230.857	18.081	Rundholz	1.290.245	3.002	11.800	70
Weizen	405.242	4.722	501.248	8.173	Holzmasse, Zellstoff	388.010	6.406	314.759	3.917
Gerste	56.211	468	105.724	1.166	Magnesit	70.400	560	114.253	1.055
Hafer	52.572	395	188.009	2.255	Wollgarne	2.483	1.361	2.276	1.541
Mais	584.772	4.066	500.482	6.241	Baumwollgarne	21.997	3.167	16.820	2.912
Tabak, roh	28.022	6.089	30.868	4.957	Flachs-, Hanf-, Jutegarne	8.483	749	2.739	394
Tee	835	195	1.797	548	Eisenerz	266.915	282	—	—
Kaffee	11.810	696	24.362	2.142	Roheisen	66.740	422	16.250	130
Kakao	13.555	824	22.757	916	Eisenhalbzeug	261.222	2.155	3.787	126
Wein	16.260	336	27.830	916	Stab- und Formeisen	150.657	6.857	124.652	7.101
Obst	22.201	541	39.299	2.251	Blech aus Eisen	47.223	1.500	19.266	1.345
Südfrüchte	153.735	3.329	248.780	6.226	Draht aus Eisen	15.115	360	21.927	568
Wolle, Wollabfälle, -watte	21.579	4.328	36.215	7.494	Werkzeuge und landwirtschaftliche Geräte	11.880	2.477	6.102	1.204
Baumwolle, -abfälle, -watte	98.865	6.401	69.067	5.395	Schiene n	40.753	531	3.029	45
Flachs, Hanf, Jute, Abfälle	31.048	1.128	64.919	2.787	Schrauben, Schraubenmüttern, Bolzen, Niete n	4.537	251	3.557	211
Steinkohle	5.028.150	6.304	3.003.940	3.759	Schmiedbarer Guß, Schmiedestücke	4.782	470	2.192	292
Braunkohle	382.010	379	791.750	1.061	Papier, Pappe, Papierwaren	263.689	6.427	360.629	10.005
Koks	468.940	867	407.640	924	Kautschukwaren	4.466	1.246	8.025	1.524
Erdöl und Teer, roh	354.984	2.593	399.936	2.939	Elektrotechnische Erzeugnisse	13.456	3.782	10.842	3.952
Kraftstoffe und Schmieröle	396.244	2.650	713.989	5.879	Metallbearbeitungsmaschinen und Bestandteile	2.712	578	1.841	448
Roheisen, Altheisen	96.993	687	665.208	2.972	Pumpen und Spritzen und Bestandteile	1.009	266	889	424
Kupfer, auch Altmetall	34.064	1.930	40.108	2.224					
Zink	17.338	418	13.457	471					
Blei	2.194	49	12.290	232					
Maschinen f. d. Vorbereitung von Gespinsten, Spinnmaschinen und Bestandteile derselben	2.395	285	2.654	417					
Metallbearbeitungsmaschinen und Bestandteile	743	244	1.263	406					
Reiner Warenverkehr	11.290.203	120.335	10.893.638	156.468	Reiner Warenverkehr	4.325.669	94.046	1.813.408	70.974

¹⁾ 1938 umgerechnet zum Kurse 1 RM = S 2 17

Die Nahrungsmittelfuhr ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr außerordentlich stark angestiegen (vgl. Tabelle); vor allem bei lebendem Vieh, aber auch bei Weizen, Gerste und Hafer ergeben sich bedeutende Steigerungen gegenüber der Vorjahrszeit. Bei der Vieheinfuhr handelt es sich freilich nur zum Teil um eine Mehreinfuhr für den ostmärkischen Verbrauch; zum Teil stellt nämlich die in der ostmärkischen Statistik ausgewiesene Einfuhr nur eine Durchfuhr nach Altreichsgebieten dar, wobei Wien als Abnahmeplatz in Erscheinung tritt. Die starke Verbrauchszunahme in der Ostmark spiegelt sich in den Einfuhrziffern für Genußmittel, vor allem Tabak, Kaffee, Kakao, Tee wider; auch die Einfuhr von Wein, Obst und Südfrüchten lag erheblich über der Vergleichszeit des Vorjahres, ohne daß jedoch zu Anfang des Jahres die starken Ausfälle durch die schlechte ostmärkische Obsternte des Vorjahres immer durch Einfuhr ausgeglichen werden konnten.

Die Einfuhr von Rohstoffen lag teilweise ebenfalls bedeutend über dem Vorjahrsstand, soweit nicht — wie bei Kohle und Koks — die erhöhte Belieferung aus dem Altreich ausländische Einfuhren ersetzte. Besonders hervortretend ist die Steigerung bei der Gruppe Flachs, Hanf, Jute (vgl. Tabelle), die im wesentlichen auf erhöhte Bezüge von Hanf und Hanfabfällen aus Ita-

lien und Jugoslawien zurückgeht; auch bei Wolle, Erdöl und Erdölzeugnissen sowie bei einigen Nichteisenmetallen stiegen die Bezüge aus dem Ausland. Besonders interessant ist es, daß der außerordentliche Maschinenbedarf der ostmärkischen Industrie sogar zu einer Erhöhung der Einfuhr einiger Gruppen von Maschinen aus fremden Ländern zwang.

Die Ausfuhr läßt bei einem Vergleich mit dem Vorjahr besonders deutlich die bereits früher¹⁾ ausführlich erörterten Umstellungen infolge der Eingliederung in das großdeutsche Wirtschaftsgebiet erkennen. Die Ausfuhr wichtiger ostmärkischer Rohstoffe, wie vor allem von Holz und Eisenerz, ist fast ganz zum Stillstand gekommen, teils infolge des stark erhöhten Eigenbedarfes, teils infolge der Ableitung ins Altreich. Der erhöhte Bedarf der ostmärkischen Eisenindustrie drückt sich auch darin aus, daß die Ausfuhr von Roheisen sehr zusammengeschrumpft ist, die Einfuhr dagegen sich vervielfacht hat. Ebenso ist die Ausfuhr von Eisenhalbzeug gänzlich unbedeutend geworden (vgl. Tabelle), während sich die Ausfuhr der bearbeiteten Erzeugnisse wesentlich besser gehalten hat, teilweise (so bei Eisendraht) sogar erheblich gestiegen ist.

¹⁾ Vgl. „Der ostmärkische Außenhandel im Zeichen der Eingliederung“ in diesen Monatsberichten, 13. Jahrg., Nr. 2/3, 1939.

Die früher besonders wichtige Garnausfuhr hat sich von dem schweren Rückschlag in der zweiten Hälfte des Vorjahres wieder erholt. Während die Ausfuhr von Wollgarn damals mengenmäßig um 40 v. H., die von Baumwollgarn sogar um 73 v. H. gegenüber der Vorjahrszeit zurückgegangen war, ist im 1. Vierteljahr 1939 die Ausfuhr von Garnen wenigstens wertmäßig der des Vorjahres fast gleichgekommen.

Die ostmärkische Papierindustrie konnte als einzige der großen Ausfuhrindustrien erhebliche Ausfuhrerfolge verzeichnen (vgl. Tabelle), was in erster Linie auf erhöhten Export nach dem Südosten zurückzuführen ist. Daneben hat sich auch die Ausfuhr von Magnesit, von Kautschukwaren und die einiger elektrotechnischer Erzeugnisse recht gut gehalten.

Die Verteilung des ostmärkischen Außenhandels nach Ländern zeigte auch im ersten Vierteljahr eine Fortdauer der bereits gegen Ende des Jahres 1938 feststellbaren Tendenz (vgl. Schaubild). Die Verlagerung des Handels auf die Südostländer hat sich als dauerhaft erwiesen; es ist bemerkenswert, daß die ostmärkische Ausfuhr im ersten Vierteljahr 1939 nach einer Reihe von Südostländern, nämlich Bulgarien, Türkei, Griechenland und nach Rumänien gegenüber dem Vorjahr beträchtlich gestiegen ist; gegenüber Ungarn und Jugoslawien verhinderte nur der Ausfall der früheren Rohstoff- und Halbwarenlieferungen ein ähnliches Ergebnis. Beachtlich ist weiter die Verdichtung des ostmärkischen Außenhandels mit einer

Die Ein- und Ausfuhr Österreichs nach Ländern im 1. Vierteljahr 1938 und 1939 (ohne Verkehr mit dem Altreich)

	Einfuhr			Ausfuhr		
	1938	1939	Veränderung in v. H.	1938	1939	Veränderung in v. H.
	in 1000 RM			in 1000 RM		
Italien	8.520	11.898	+ 39'6	13.844	6.941	- 49'9
Polen	6.950	6.038	- 13'1	5.174	2.987	- 42'3
Tschecho-Slowakei	15.641	12.514	- 20'0	8.105	4.983	- 38'5
Bulgarien	1.688	5.494	+ 225'5	600	970	+ 61'7
Rumänien	8.247	15.695	+ 90'3	4.853	5.214	+ 7'4
Türkei	2.277	4.429	+ 94'5	779	1.823	+ 134'0
Jugoslawien	10.511	10.573	+ 0'6	6.553	5.518	- 15'8
Griechenland	3.104	1.729	- 44'3	1.234	1.562	+ 26'6
Ungarn	11.942	28.278	+ 136'8	8.502	6.697	- 21'2
Großbritannien und Irland	5.984	5.349	- 10'6	7.626	5.135	- 32'7
Frankreich	4.276	2.587	- 39'5	4.306	1.807	- 58'0
Schweiz	4.984	5.339	+ 7'1	7.291	3.526	- 51'6
Belgien-Luxemburg	2.359	1.831	- 22'4	2.215	1.253	- 43'4
Niederlande	2.429	2.328	- 4'2	2.709	2.308	- 14'8
Schweden	1.138	875	- 23'1	1.792	1.301	- 27'4
Dänemark	607	405	- 33'4	314	477	+ 51'9
Norwegen	921	531	- 42'3	683	600	- 12'2
Finnland	54	139	+ 157'4	859	425	- 50'5
Vereinigte Staaten von Amerika	8.152	8.509	+ 4'4	1.995	3.299	+ 65'4
Argentinien	1.407	4.811	+ 241'9	1.433	1.014	- 29'2
Brasilien	779	2.268	+ 191'1	335	593	+ 77'0
Chile	838	1.354	+ 61'6	35	101	+ 188'6
Japan	1.147	889	- 22'5	2.476	3.032	+ 22'5
China, Mandschukuo	1.173	1.117	- 4'8	999	994	- 0'5
Britisch-Indien	1.906	2.132	+ 11'9	1.786	1.820	+ 1'9
Ägypten	1.723	1.776	+ 3'1	747	571	- 23'6
Union von Südafrika	228	2.747	+ 1104'8	1.079	594	- 44'9
Reiner Warenverkehr, insgesamt	120.335	156.468	+ 30'0	94.046	70.974	- 24'5

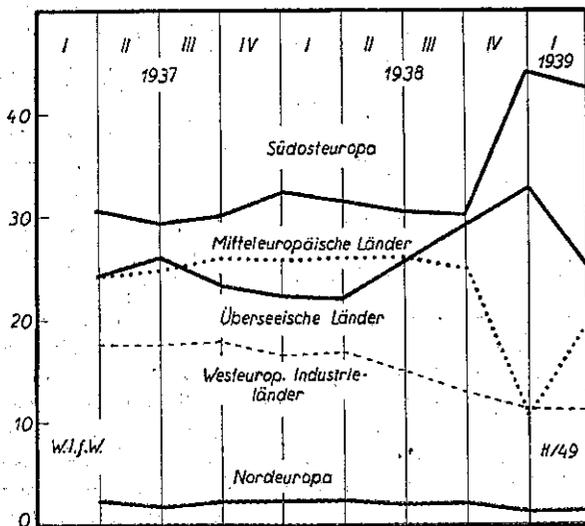
Reihe von überseeischen Ländern, vor allem mit Südamerika und mit Asien. Hier spielt zweifellos der Einbau der Ostmark in den deutschen Verrechnungsverkehr sowie die Ausnutzung der gut ausgebauten deutschen Handelsbeziehungen nach Übersee die entscheidende Rolle.

Insgesamt hat sich die Ausfuhr der Ostmark nun auf einen Stand eingespielt, der ungefähr die Hälfte des Einfuhrwertes deckt. Die zahlungsbilanzmäßige Belastung der großdeutschen Wirt-

Die Umschichtung in den Bezugsländern

Anteil wichtiger Ländergruppen in v. H. der österreichischen Gesamteinfuhr (ohne Altreich)

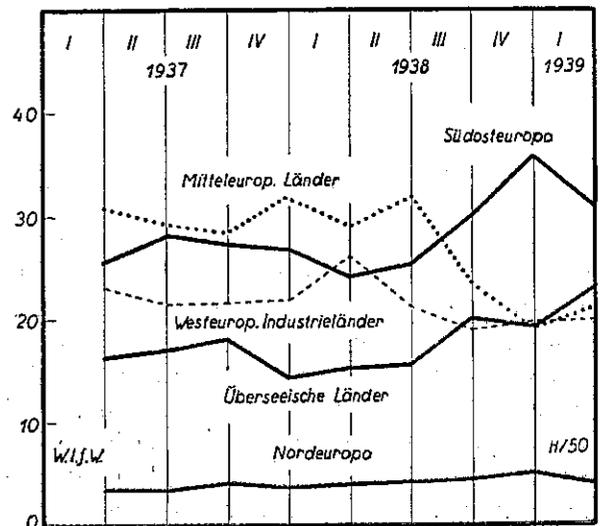
Natürlicher Maßstab



Die Verlagerung der österreichischen Ausfuhr

Anteil wichtiger Ländergruppen in v. H. der österreichischen Gesamtausfuhr (ohne Altreich)

Natürlicher Maßstab



schaft durch die Ostmark ist freilich nicht annähernd ebenso hoch wie der Passivsaldo, da ein Teil der Einfuhr, wie schon erwähnt, in Wirklichkeit der Deckung der Altreichsbedürfnisse diene, eine teilweise Entlastung auch durch die Rohstoff-

lieferungen aus der Ostmark ins Altreich eintrat, und auch noch die nicht unbeträchtlichen unsichtbaren Auslandseinnahmen der Ostmark, vor allem aus dem Fremden- und Durchfuhrverkehr, berücksichtigt werden müssen.

Die landwirtschaftliche Preisschere in der Ostmark

Einleitung

Die Sicherung des Bauerntums und damit der Ernährungsfreiheit hat letzten Endes zur Voraussetzung, daß der Bauer aus seinem Boden zumindest so viel herauswirtschaftet, als zu seiner Erhaltung als Bauer notwendig ist. Dafür ist wieder Vorbedingung, daß Aufwand und Ertrag in seiner Wirtschaft in einem gesunden Verhältnis zueinander stehen. Den ostmärkischen Bauern beherrschten bis 1937 zwei Fragen, die des Absatzes und die der Preise. Heute ist er von der Sorge um den Absatz völlig befreit. Was ihn noch beschäftigt und bekümmert, ist nur noch die Frage der Preise und die neue Frage der Arbeiternot. Das Preisproblem rührt an die oben festgestellte Grundbedingung für die Erhaltung des Bauern; denn das gesunde Verhältnis von Aufwand zu Ertrag hängt ab

- a) von den Preisen der Produkte, die er verkauft,
- b) von den Preisen der Güter und Leistungen, deren der Bauer in Wirtschaft und Haushalt bedarf,
- c) von der Höhe der öffentlichen Lasten, die ihm aufgebürdet sind,
- d) von den Produktions- und Aufwandsmengen.

Seit je findet die Frage des Verhältnisses der landwirtschaftlichen Aufwandspreise zu den Erlöspreisen das regste Interesse, denn die Entwicklung des Verhältnisses dieser zwei Preisgruppen zueinander läßt weitgehende Rückschlüsse auf die Lage der Landwirtschaft, zumindest auf ihre Kaufkraft gegenüber den für sie notwendigen Bedarfsgütern zu. Besonders in den ersten Nachkriegsjahren und in verstärktem Maße in der großen Weltkrise haben Untersuchungen darüber eine große Rolle gespielt. Man hatte beobachtet, daß die Preise für die meisten und wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber der Vorkriegszeit weniger gestiegen sind als die Preise der Industrieerzeugnisse und daß in der Weltkrise die Agrarpreise weit stärker gefallen waren als die Industriepreise. Die Kurven der beiden Preisgruppenindizes, beide auf

gleiche Basis gestellt, liefen auseinander und klafften wie die beiden Teile einer geöffneten Schere. Man sprach dann von „einer zuungunsten der Landwirtschaft geöffneten Preisschere“, was bedeuten sollte, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft gegenüber den von ihr benötigten Industrieartikeln gesunken ist.

Solchen Diagrammen liegen Preisindizes zugrunde, also Zahlen, die für die Entwicklung, wenn auch nicht aller, so doch eines repräsentativen Teiles der Agrar- und Industriepreise kennzeichnend sein sollen. Eine gute Methode war es, bestimmte Agrarpreise und Industriepreise unmittelbar gegenüberzustellen wie z. B.: für einen Pflug zahlte der Bauer vor dem Kriege soviel und in den Jahren nachher soviel Kilogramm Roggen.

Nach seinerzeitigen Erhebungen der Landwirtschaftskammer für Kärnten (vergl. „Die Landwirtschaft“, herausgegeben von der N. Ö. Landes-Landwirtschaftskammer, Jahrg. 1936, Nr. 7/8, S. 222) mußte ein Bauer, um den Monatslohn eines Pferdeknectes aufzubringen, im Durchschnitt verkaufen:

1913: 100 Liter Milch oder 27 Kilogramm Lebendrind,
1935: 160 Liter Milch oder 50 Kilogramm Lebendrind.

Ein Hufbeschlag „kostete“:

1913: 24 Liter Milch oder 6,5 Kilogramm Lebendrind,
1935: 36 Liter Milch oder 10 Kilogramm Lebendrind.

Ein Sackpflug UW 7 entsprach:

1913: 540 Liter Milch oder 145 Kilogramm Lebendrind,
1935: 1040 Liter Milch oder 325 Kilogramm Lebendrind.

100 Kilogramm Kochsalz „kosteten“:

1913: 110 Liter Milch oder 30 Kilogramm Lebendrind,
1935: 270 Liter Milch oder 83 Kilogramm Lebendrind.

Für die Bezahlung einer Schuld von S 1000— waren erforderlich:

1928: 7 lebende Kälber oder 2 angefleischte Kühe oder 4½ gestochene Fleischschweine oder 33 Festmeter Blochholz Fichte oder 36 Festmeter Schleifholz,

1935: 10 lebende Kälber oder 3½ angefleischte Kühe oder 9 gestochene Fleischschweine oder 59 Festmeter Blochholz oder 77 Festmeter Schleifholz.

Auf diese Weise wurde die „Kaufkraft“ der Landwirtschaft, d. i. das Verhältnis der Agrarpreise zu den Preisen der landwirtschaftlichen Bedarfsgüter, wohl am sinnfälligsten zum Ausdruck gebracht. Diese Methode wird aber um so weniger brauchbare Ergebnisse liefern, je weiter die Vergleichsjahre auseinanderliegen, je mehr sich die relativen Preise, das sind die Verhältnisse der einzelnen Preise zueinander, in der Zwischenzeit auf dem ganz natürlichen

Weg der Entwicklung des technischen Fortschrittes, der Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten, kurz der ganzen Struktur der Volkswirtschaft, verschoben haben.

Was allen, die die Preisschere darstellen und aus ihr Schlüsse ziehen, vorschwebt, ist die Frage nach der Stellung der Landwirtschaft innerhalb der ganzen Volkswirtschaft, nach dem Anteil der Landwirtschaft am Volkseinkommen, etwa im Vergleich mit dem Anteil an der volkswirtschaftlichen Arbeitsleistung, die Frage nach der gerechten Bewertung der Landarbeit usw. Letzten Endes läuft also die Problemstellung auf eine volkswirtschaftliche Bilanz hinaus, wie sie z. B. Bauer und Dehen in den Schriften des Institutes für Konjunkturforschung (Vierteljahreshefte, 13. Jg., 1938/39, Heft 4) oder das Reichsamt für Statistik in Wirtschaft und Statistik aufstellen. Eine solche „Geldbilanz der Landwirtschaft“ ist viel umfassender als das Verhältnis der Erlöspreise zu den Aufwandpreisen, das darzulegen die nachfolgende Arbeit sich vornimmt. Die Geldbilanz hat zur Voraussetzung, daß die Mengen- und Preisbewegung des Sachaufwandes, alle Betriebsausgaben, die Veränderungen des Schuldenstandes usw., vor allem aber die gesamten Verkaufserlöse mindestens annähernd geschätzt werden können.

Mangels ausreichender statistischer Unterlagen¹⁾ kann auf die Entwicklung der Kaufkraft der ostmärkischen Landwirtschaft vorläufig nur an Hand der Preisverhältnisse geschlossen werden. Es ist dabei immer im Auge zu behalten, daß damit nur ein Ausschnitt aus jenem Gesamtproblem der richtigen Einordnung der Landwirtschaft gegeben ist. Die „Preisschere“, d. h. das Verhältnis der Agrarpreise zu den Preisen der sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft allein gibt also noch keinen genauen Aufschluß über die Kaufkraft der Landwirtschaft oder ihre gesamte wirtschaftliche Lage, so wichtig auch die Beziehung zwischen den Preisen der Agrarerzeugnisse und der Aufwandsmittel ist. Wohl berücksichtigt die nachfolgende Untersuchung zugleich mit den Preisen auch die Entwicklung der Produktionsmengen, soweit hierfür Angaben vorliegen, aber es fehlen u. a. Angaben über die Größe der Aufwandsmengen, Steuerleistungen, Versicherungsprämien, Schuldzinsen, Amortisationsquoten.

¹⁾ In der Ostmark fehlt es noch an neuen und ausreichenden Buchstellenergebnissen, aus denen z. B. der mengenmäßige Aufwand, die Verkaufserlöse, die Marktproduktion, der Eigenverbrauch, die Produzentenpreise, die Steuer- und Schuldenlast u. a. hervorgehen, deren Kenntnis nötig wäre, um solche Gesamtbilanzen aufstellen zu können.

Die Preisindizes sind auf der Basis 1929 berechnet — nicht wie früher üblich auf 1913 —, erstens weil sich die Struktur und die relativen Preise seit 1913 zu stark verändert haben und die Verhältnisse von 1913 heute kaum mehr so gut in jemandes Erinnerung sein können, daß sie mit denen von heute leicht verglichen werden könnten; zweitens weil das Verhältnis der Agrarpreise zu den Preisen für landwirtschaftliche Bedarfsgüter um das Jahr 1929 verhältnismäßig noch nicht so ungünstig lag wie in den folgenden Jahren. Stärker öffnet sich die Preisschere erst in der großen Krise.

Die Indizes sind gewogen, der Agrarpreisindex nach dem Anteil der Agrarprodukte an der gesamten Markterzeugung, der Index für landwirtschaftliche Bedarfsgüter zum Teil in Anlehnung an die Wägungsziffern, die das Reichsamt für Statistik für seine Preisindexziffer für landwirtschaftliche Betriebsmittel (Wirtschaft und Statistik, 1937, S. 43) verwendet, wobei berücksichtigt wurde, daß der ostmärkische Index weit weniger Preise für Betriebsmittel umfaßt als der deutsche; gleichzeitig wurde auf die ostmärkischen Buchstellenergebnisse aus den Jahren 1928 bis 1931²⁾ Bedacht genommen, aus denen das Gewicht der Aufwendungen für die einzelnen sächlichen Betriebsmittel mit errechnet wurde.

Die Preise sind bis auf die für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte Jahresdurchschnittspreise. Für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sind die jeweils am Ende der einzelnen Jahre (und damit meist für das ganze Wirtschaftsjahr) in Geltung gewesenen Preise ermittelt worden.

Da der im folgenden gerechnete Index für die Preise der sächlichen Betriebsmittel nur einen kleinen Teil, ungefähr 30—35 v. H., des gesamten landwirtschaftlichen Kostenaufwandes umfaßt, ist das Verhältnis zwischen ihm und dem Index der Preise für die landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse ganz offenkundig zu wenig repräsentativ, um ein Bild von der Entwicklung der gesamten landwirtschaftlichen Kaufkraft zu vermitteln. Vollständiger wird das Bild, wenn dem Preisindex für die sächlichen Betriebsmittel noch ein Index für die Lohnentwicklung hinzugerechnet wird, denn dann sind ungefähr drei Viertel aller Aufwandskosten erfaßt. Im folgenden sind beide Indizes berechnet worden, a) der Preisindex für die sächlichen Betriebsmittel allein und b) derselbe Index mit dem Lohnindex zusammen.

Die nun folgende Darstellung der landwirtschaftlichen Preisverhältnisse beweist, daß sie sich wirklich scherenmäßig auseinanderentwickelt haben, und zeigt, daß sich die Stellung der ostmärkischen Landwirtschaft innerhalb der Volkswirtschaft,

²⁾ Seitdem noch nicht weiter aufgearbeitet.

wenigstens an den Preisen gemessen, immer ungünstiger gestaltete. Es ist viel darüber geschrieben worden, welche Ursachen diese Erscheinung haben mag, ob sie der Ausdruck einer säkularen Entwicklung sein könnte, durch die die Struktur der ganzen Wirtschaft verändert werde, ob sie etwa nur durch die Verhältnisse in der Landwirtschaft selbst, durch ihre geringere Anpassungsfähigkeit und ähnliche Umstände bedingt sei. Auf die große Literatur über diese Fragen soll und kann hier nicht eingegangen werden.

Agrarpolitik und Preisentwicklung

Die Preisschere, die bei der Eingliederung der Ostmark zuungunsten der Landwirtschaft bestand, war das Ergebnis einer jahrelangen Entwicklung. Die Ursachen dieser Preisschere sind gleichermaßen in der allgemeinen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft wie in der oft sehr unglücklichen Agrarpolitik der vorhergehenden Jahre zu suchen. Mehr als in anderen Wirtschaftszweigen ist die Preisentwicklung in der Landwirtschaft, die einen verhältnismäßig starren Charakter aufweist, das Ergebnis historischer Faktoren. Es ist daher auch heute noch von gewissem Interesse, die Entwicklung, die zum heutigen Zustand geführt hat, in großen Zügen in Erinnerung zu rufen.

Die Zeit vom Kriegsende bis 1930

Die Landwirtschaft im österreichischen Gebiet der alten Monarchie hatte vor dem Kriege ihre Stütze praktisch allein in der Viehwirtschaft, und zwar vorwiegend in der Viehzucht und in der Molkereiwirtschaft. Der Getreidebau diente zum weit überwiegenden Teil ausschließlich der bäuerlichen Selbstversorgung. Die für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung notwendigen Getreide- und Mehlmengen wurden aus Ungarn bezogen.

Es war nur eine natürliche Folge der im Jahre 1918 geschaffenen Verhältnisse, daß sofort eine sehr starke Intensivierung besonders des Ackerbaues einsetzte, um einen möglichst großen Teil des Bedarfes aus der eigenen Produktion zu decken. Aber trotz der bedeutenden Produktionssteigerungen konnte die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte nicht wesentlich eingeschränkt werden. Die Gesamteinfuhr von Vieh und Viehprodukten stieg 1924 bis 1929 mengenmäßig um 2 v. H., wertmäßig sank sie um bloß 4 v. H. Die verstärkte Rinderhaltung machte eine erhöhte Futtermittelaufnahme notwendig, weil die eigene Futterbasis zu schmal war. Die Einfuhr von Futtergetreide, Futtermehl und Kleie stieg von 1924 bis 1929 mengenmäßig um 23 v. H., wertmäßig sank sie um 7 v. H.

Die Verbilligung der Getreideeinfuhr war eine Folge der Preisrückgänge für Getreide am Weltmarkte, die Viehpreise gingen wohl ebenfalls zurück, aber ganz unverhältnismäßig schwächer, auch schwächer als die Futtermittelpreise. Für die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion lagen demnach die Verhältnisse sehr günstig; die viehwirtschaftlichen Preise³⁾ zeigten, beeinflusst von ihrer Ent-

³⁾ Vgl. hierzu die Zusammenstellung auf S. 202, woraus hervorgeht, daß von 1925 bis 1929 die Preise für Rinder

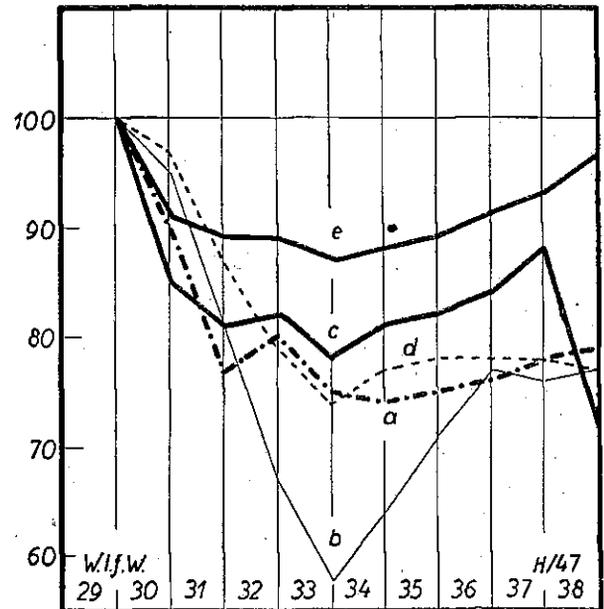
wicklung auf dem Weltmarkte, eine ziemliche Widerstandskraft gegen die Niedergangstendenzen; die am Weltmarkt stark sinkenden Futtermittelpreise brachten der Veredelungsproduktion bedeutende Kostensenkungen. Trotzdem war es der österreichischen Agrarpolitik nicht gelungen, diese für die österreichische Viehwirtschaft⁴⁾ sehr günstige Entwicklung auszunützen. Sie sah ihre Hauptaufgabe in der Stützung der Getreidepreise; dazu kam, daß sie überhaupt bloß eine Preispolitik ohne Ergänzung durch die notwendigen Maßnahmen zur Lenkung und Regelung der Produktion, des Absatzes und der zwischenbetrieblichen Abstimmung verfolgte. Außer auf dem Gebiete der Molkereiwirtschaft mangelte es in dieser Zeit an planvollen Maßnahmen.

Steigende Produktionsziffern bei noch stärker sinkenden Getreidepreisen, eine verhältnismäßig günstige Entwicklung der Viehwirtschaftspreise bei wachsender Viehhaltung und eine im allgemeinen jedoch gleichbleibende Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind das Er-

Die landwirtschaftliche Preisschere in der Ostmark und im Altreich

a = Großhandelspreisindex der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse in der Ostmark; b = Großhandelspreisindex der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse im Altreich; c = Großhandelspreisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel in der Ostmark; d = Großhandelspreisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel im Altreich; e = Großhandelspreisindex für landwirtschaftliche Betriebsmittel und Barlöhne in der Ostmark

1929=100; natürlicher Maßstab



(Bein- und Mastvieh), Schweine und Eier stiegen, der Preis für Milch gleichblieb und nur der für Butter — als Folge der schweren Butterkrise auf dem Weltmarkt — stark zurückging.

⁴⁾ Ihre Marktproduktion beträgt ein Vielfaches jener des Getreidebaues. Im Mittel 1928/29 betrug die Einnahmen aus der viehwirtschaftlichen Marktproduktion rund 1 Milliarde Schilling gegen 138.000.000 Schilling aus der Getreidewirtschaft. (Gestetner-Hauer, Die Ursachen der österreichischen Agrarkrise und deren Behebung, Wien 1931.)

scheinungsbild einer dem Grundsatz und der Wirkung nach liberalistisch-kapitalistisch ausgerichteten Agrarpolitik der Jahre 1919 bis 1930.

Der Zeitabschnitt 1931—1937

Mit dem Jahre 1931, in dem die Wirkungen der großen Krise bereits eine unerträgliche Lage geschaffen hatten, beginnt eine Umkehr in der Haltung der österreichischen Agrarpolitik. Die Preise für die landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse hatten damals bereits einen katastrophalen Sturz hinter sich. Der liberalistische Kurs wurde aufgegeben und eine anscheinliche Reihe marktregelnder, die Preise und Erzeugung beeinflussender Maßnahmen wurden getroffen. Die (von gewissen Kreisen bewußt forcierte) Einfuhr von Vieh und Fleisch war derart angestiegen, daß die österreichische Landwirtschaft kaum mehr eine Absatzmöglichkeit für ihr Vieh fand. Das billigere Ausländvieh schloß jede Konkurrenz aus, das Überangebot an inländischem Vieh und seine Unverkäuflichkeit zwangen zu einer gesetzlichen Regelung des Viehmarktes⁵⁾.

Die fünfte Zolltarifnovelle vom Sommer 1931 brachte eine beträchtliche Erhöhung (Verfünffachung) der Getreide- und Mehlzölle. Beim Neuabschluß von Handelsverträgen mit den südöstlichen Nachbarn wurden strenge Kontingentierungen der Einfuhr sowohl von Vieh und Fleisch als auch von Getreide und Mehl vereinbart.

Alle diese Maßnahmen wirkten sich wohl preisstützend aus und schienen den österreichischen Bauern vor den andauernden Preisrückgängen auf dem Weltmarkt wirklich zu schützen. Aber schon nach einem Jahr erwies es sich, daß sie allein nicht ausreichten, um den sowohl vom Inland als auch vom Ausland (Rekordernten) her wirkenden Einflüssen einen genügenden Widerstand entgegenzusetzen. Entscheidend war, wie auf allen Gebieten so auch hier, daß mit der Schrumpfung der inneren Kaufkraft die Nachfrage nach fast allen Nahrungsmitteln bis 1937 fortwährend absank.

Die Preisschere

a) Im Zeitraum 1914—1929

Obwohl es an verlässlichen und erschöpfenden Unterlagen aus der Zeit von 1914—1929 mangelt, soll doch versucht werden, wenigstens ein rohes Bild von der Entwicklung der für die Landwirtschaft maßgeblichen Preisverhältnisse zu entwerfen, allein schon zu dem Zwecke, um die Lage im Jahre 1929 zu kennzeichnen, dessen Verhältnisse als Indexbasis der weiter unten folgenden Darstellung dienen.

In einem Bericht der N. Ö. Landes-Landwirtschaftskammer im Jahre 1931 liegt auch ein Versuch vor, die Preisschere im Zeitabschnitt 1914 bis 1930 darzustellen. Die Preise sind auf die Basis 1. Halbjahr 1914 gestellt, Rechenmethode und Aufbau der Indizes sind nicht mitgeteilt. Darnach betrug der Preisindex für die landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse im gewogenen Mittel im

⁵⁾ Verdoppelung der Vieh- und Fleischzölle; Viehverkehrsgesetz vom 4. November 1931; Kontingentierung der Einfuhr; später noch weitere Maßnahmen.

Jahre 1925 129, im Jahre 1930 108, ist also in dieser Zeit um 16,3 v. H. zurückgegangen, während der Index für die Betriebsausgaben von 154 auf 163 um 5,8 v. H. gestiegen ist. Die Ausgaben der Landwirtschaft für Bekleidung, Haushaltsgegenstände, Nahrungs- und Genußmittel stiegen im gewogenen Mittel von 1925 bis 1930 um 6,8 v. H. von 147 auf 157. Im einzelnen verliefen die Indizes (1. Halbjahr 1914 = 100) wie folgt:

a) Landwirtschaftliche Erzeugnisse:

	1925	1930
Weizen	146	85
Roggen	175	74
Braugerste	182	107
Hafer	175	93
Kartoffeln	195	88
Zuckerrüben	124	168
Futtergerste	128	93
Heu	110	109
Holz	88	108
Schlachtvieh	91	88
Lebende Fleischschweine	117	124
Milch	123	113

b) Betriebsausgaben:

	1925	1930
Löhne	163	184
Steuern	188	220
Düngemittel	96	94
Kohle	168	192
Landmaschinen	102	108
Zement	144	164
Mauerziegel	93	132
Kleidung (Herrenanzug)	176	219
Schuhe	124	153
Salz	139	162
Einlagezins	209	144
Leihzins	259	183

Es hat demnach, allerdings *auf der Basis 1. Halbjahr 1914 = 100* gerechnet, auch im Jahre 1929, das unserer eigenen Untersuchung als Ausgangspunkt dient, schon eine Preisschere zuungunsten der Landwirtschaft gegeben.

Ein ungefähres Bild von der Entwicklung der Preise und der Produktion im Zeitraum 1919 bis 1929 vermittelt die Zahlenübersicht auf Seite 202 und 203.

b) Die Entwicklung seit 1929

Die Preise für sächliche Betriebsmittel

Es liegt in dem Unterschied der Struktur der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft begründet, daß die Preise für die sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft auf die Schwankungen der Konjunktur anders reagieren als die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Industrie und Gewerbe können ihre Produktion in der Krise leicht einschränken und damit die Preise hochhalten. Die Landwirtschaft dagegen ist in der Krise sogar bemüht, sinkende Preise durch höhere Produktion wettzumachen. Der erwähnte Vorteil der Industriegewirtschaft wird noch dadurch verstärkt,

daß der Industrie in Form von kartellistischen Abreden eine weitgehende Stabilisierung der Marktverhältnisse möglich ist.

Der im Schaubild S. 195 gezeichnete Preisindex für die sächlichen Betriebsmittel umfaßt in der einen Form die Preise von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Düngemitteln, Futtermitteln und Baustoffen, in der zweiten Gestalt auch die landwirtschaftlichen Löhne. Der hohe Kostenanteil der Futtermittel und die starken Schwankungen gerade der Futterstoffe bestimmen zum überwiegenden Teil den Verlauf dieser Aufwandskurve. Sie stellt demnach weniger die Entwicklung der für die Landwirtschaft maßgeblichen Industriepreise, sondern vielmehr einen Index der Kosten dar, die die Landwirtschaft für Industrieartikel und landwirtschaftliche Produkte (Futtermittel) aufwendet. Wie sich die Preise anderer, für die Landwirtschaft wichtiger Bedarfsartikel, wie Genußmittel, Bekleidung und Haushaltartikel, entwickelt haben, ist aus dem Schaubild auf Seite 199 zu entnehmen.

Das starke Absinken des Index für sächliche Betriebsmittel von 1929 bis 1933 ist nahezu ausschließlich durch die Entwicklung der Preise für Futtermittel und Düngemittel verursacht (vgl. Schaubilder S. 198). Der Preissturz auf den Futtermittel- und Düngemittelmärkten war wieder eine unmittelbare Wirkung der allgemeinen Agrarkrise. Die Preise für landwirtschaftliche Maschinen zeigten nur ganz geringe Schwankungen um den Stand von 1929, die Preise für landwirtschaftliche Geräte sind ab 1931 etwas gestiegen. Die Baustoffe lassen bis 1933 eine sinkende Tendenz erkennen und blieben bis 1937 ziemlich unverändert.

Entsprechend dem hohen Anteil der Futtermittel sind ihre Preiserhöhungen seit 1933 (Futtermittellizenzgebühr) wieder entscheidend gewesen für das Ansteigen des Index der sächlichen Betriebsmittel bis 1937. Diese Gesamtbewegung wurde nur durch das Sinken der Düngemittelpreise seit 1934 etwas abgeschwächt. Alle anderen Sachmittelpreise blieben in diesem Zeitabschnitt verhältnismäßig stabil.

Nach der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Reich wurden die Preise für Futtermittel durch Aufhebung der Futtermittellizenzgebühr sowie die Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und Düngemittel durch den Wegfall der Zölle sehr erheblich gesenkt. Diese Preissenkungen sind die Ursache dafür, daß die landwirtschaftliche

Kaufkraft, gemessen an den Preisen für die sächlichen Betriebsmittel, Ende 1938 so stark angestiegen ist, wie es aus dem Schaubild S. 197 ersichtlich ist.

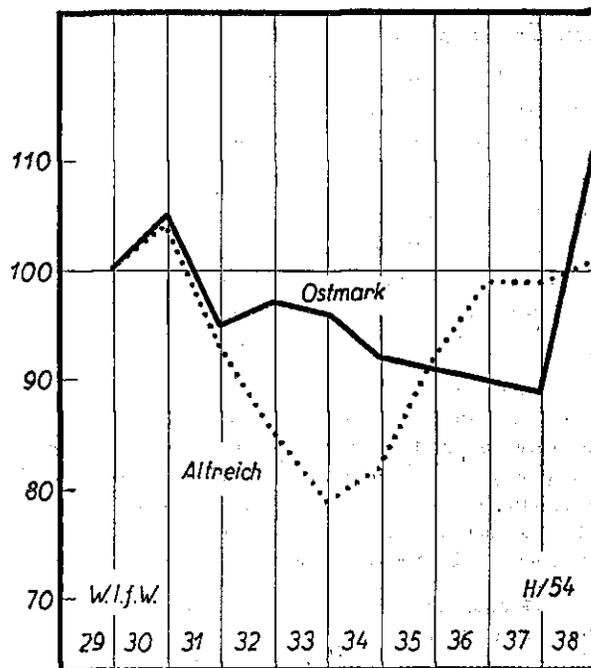
Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse

a) Gesamtüberblick

Seit dem Einbruch der großen Krise, das zeigen die Untersuchungsergebnisse deutlich, haben sich die Preise für die landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse im Verhältnis nicht nur zu den Preisen für die sächlichen Betriebsmittel, sondern auch im Verhältnis zu den Preisen z. B. für Haushaltartikel und Genußmittel ausgesprochen ungünstig entwickelt. Aus den oben erwähnten allgemeinen Gründen hätte man erwarten können, daß sich die in der Krise geöffnete Preisschere in der Phase der ansteigenden Konjunktur von 1933 bis 1937 wieder schließen würde. Gerade das Gegenteil aber ist eingetroffen: die Preisschere, die sich im Jahre 1930 zuungunsten der Landwirtschaft zu öffnen begann, klappte, vom Jahre 1933 angefangen, in weit stärkerem Ausmaße als in der Zeit von 1930 bis 1933. Wenn auch in der Ostmark von einem Aufschwung in den Jahren 1933 bis 1937 nicht gesprochen werden kann, so zeigten sich doch Preissteigerungen. Die Preisentwicklung verlief dabei zuungunsten der ostmärkischen Landwirtschaft.

Die Kaufkraft der Agrarerzeugnisse, gemessen an den Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel

1929 = 100; natürlicher Maßstab



b) Die einzelnen Phasen

Die Krise 1929 bis 1933:

Bis gegen Ende 1930 kann von einer „zuungunsten der Landwirtschaft geöffneten Preisschere“ noch nicht gesprochen werden. Der Preisindex für die sächlichen Betriebsmittel ist stärker gefallen als der für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Diese verhältnismäßig größere Widerstandskraft der Preise für die landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse in diesem Zeitabschnitt hat demnach die „Kaufkraft“ der ostmärkischen Landwirtschaft, wenn wir diese als Quotienten aus den beiden Preisindizes darstellen (vgl. Schaubild S. 197), sogar erhöht. In welchem Ausmaße die einzelnen Preise zu dieser Entwicklung beigetragen haben, zeigen die unten stehenden Schaubilder.

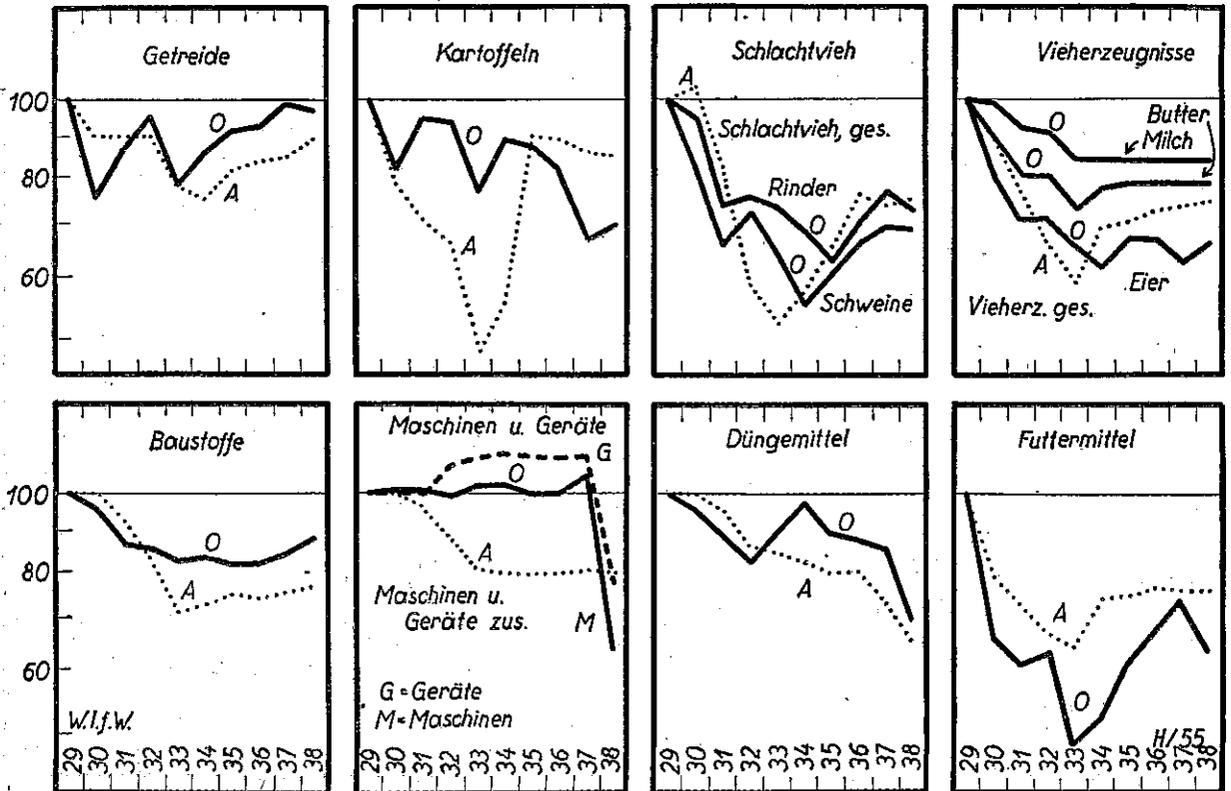
Erst ab Ende 1930 beginnt sich die Preisschere (1929 = 100) sowohl in der Ostmark als auch im Altreich zu öffnen. In der Ostmark war die Entwicklung bis zum Krisentiefpunkt im Jahre 1933 nicht einheitlich. Bis zum Jahre 1931, in dem begonnen wurde, eine Art Planwirtschaft auf dem Gebiete der Landwirtschaft einzurichten, sanken die Preise für die landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse stärker als die Preise für die sächlichen Betriebsmittel. Der

katastrophale Sturz, besonders der Viehpreise, ferner der Preise für Holz und Wein konnte innerhalb des Gesamtindex durch eine schwache Steigerung der Getreide- und Kartoffelpreise zwar ein wenig gemildert werden, aber das Ausmaß der Preisrückgänge in der Viehwirtschaft war doch weitaus stärker als der Preisrückgang bei den sächlichen Betriebsmitteln, deren gewichtigste Gruppe Futtermittel von 1930 auf 1931 einen Preisrückgang von nur 8 v. H. verzeichnete, gegen 21 v. H. bei Schweinen, 22 v. H. bei Rindern und Kälbern. Die Resultante dieser Einzelbewegungen stellt sich als eine stark fallende Kurve des Quotienten der beiden Gesamtindizes, also als eine Verschlechterung der landwirtschaftlichen Preisrelationen dar. Auch die Ernteerträge zeigen in diesem Zeitraum einen ungünstigen Verlauf, dagegen sind die inländischen Zufuhren von Rindern und Schweinen auf die Wiener Märkte sehr stark gestiegen.

Seit dem Herbst 1931, als die neue Landwirtschaftsplanung in die Wege geleitet wurde, tritt im Abstieg der landwirtschaftlichen Preise eine Unterbrechung ein. Die Indizes für die Preise der landwirtschaftlichen Verkaufserzeugnisse und der landwirtschaftlichen Betriebsmittel steigen, der erstgenannte Index stärker: die „Kaufkraft“ steigt von

Entwicklung der Preise wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse und landwirtschaftlicher Betriebsmittel

A = Altreich, O = Ostmark; 1929 = 100; logarithmischer Maßstab



1931 auf 1932 zufolge der verstärkten Eingriffe der Regierung in die landwirtschaftliche Preissphäre. Die oben geschilderten starken Getreidezollerhöhungen, strengen Kontingentierungen und vor allem die die Viehwirtschaft schützenden Maßnahmen waren die Ursache. Das gleichzeitige, aber schwächere Steigen der Preise für die sächlichen Betriebsmittel ist auf eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Geräte, vor allem aber der Futtermittel zurückzuführen.

In den Zeitabschnitt 1932/33 fällt die letzte Phase der großen Preiszusammenbrüche. Der Index für die landwirtschaftlichen Verkaufspreise sinkt wieder sehr stark, noch unter den Stand am Ende der ersten Abstiegsphase (1931), und zwar wieder stärker als der Index für die Preise der sächlichen Betriebsmittel, so daß die landwirtschaftliche Kaufkraft, gemessen an den Preisen für sächliche Betriebsmittel, neuerdings sinkt. Der Preissturz auf den Märkten für Schweine, Milch, Molkereiprodukte und Getreide zufolge des immer offenkundigeren Überangebotes war die Hauptursache.

Die Phase 1933 bis 1937:

Vom Jahre 1933 an, als sich eine leichte Aufwärtsbewegung im Durchschnitt aller Preise bemerkbar machte, beginnt die landwirtschaftliche Preisschere jedoch am stärksten zu klaffen. Die Preise für die sächlichen Betriebsmittel beginnen stark zu steigen, die Preise für die aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse zeigen bis 1934 sogar noch eine schwache Tendenz abzugleiten und steigen von da an im Durchschnitt nur um Zehntel von Prozenten. Erst von 1936 auf 1937 steigt der Index der Preise für die Verkaufserzeugnisse stärker, von 75.6 auf 78.3. Der Raum zwischen den beiden Scherenteilen wird ab 1933 immer breiter, die „Kaufkraft“, gemessen an diesen beiden Preisindizes, nimmt bis 1936 rasch ab und bleibt dann bis 1937 ziemlich gleich. Das Ausmaß der so gerechneten Kaufkraftsenkung im Zeitraum 1929 bis 1937 beträgt rund 11 v. H. Zu einem Teil wurde sie dadurch wettgemacht, daß die Verkaufsmengen gestiegen sind.

Die Zeit seit März 1938:

Nach der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Altreich kam der Niedergang der landwirtschaftlichen Kaufkraft, soweit sie an dem Verhältnis der Preise für Verkaufserzeugnisse und sächliche Bedarfsmittel gemessen wurde, zum Stillstand. Die starke Senkung, in erster Linie der Preise für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Dünge-

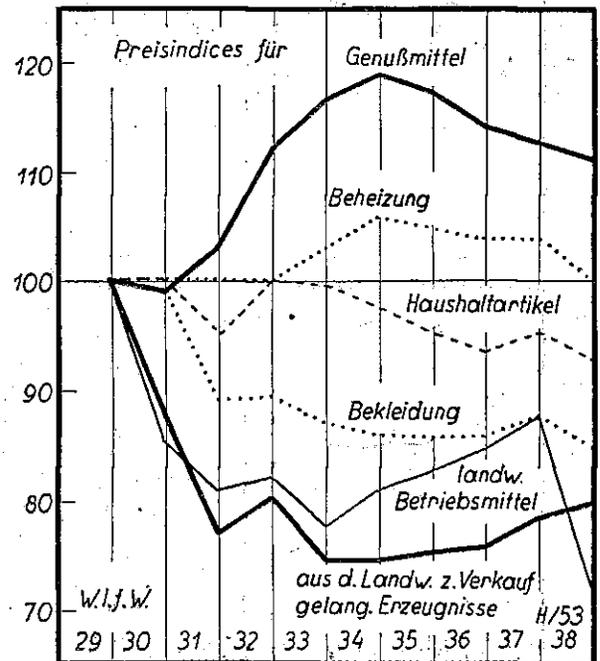
mittel und Futtermittel auf der einen Seite und die Erhöhung der Preise für viele landwirtschaftliche Verkaufserzeugnisse, wie Kartoffeln, Eier, Butter, Milch, Wein und Holz, gestaltete das Verhältnis der für den Landwirt maßgeblichen zwei Preisgruppen der Verkaufserzeugnisse und der sächlichen Betriebsmittel rasch besser, so daß sich die beiden Scherenflügel nicht nur wieder schlossen, sondern die Preiskurve für die genannten sächlichen Betriebsmittel noch unter die für die Verkaufserzeugnisse zu liegen kam.

Die übrigen Bestimmungsgründe der landwirtschaftlichen Kaufkraft

Dieses Bild der jetzt zugunsten der Landwirtschaft geöffneten Preisschere darf aber nicht mißverstanden werden; es sei nochmals darauf hingewiesen (der Aufbau der Indizes läßt es übrigens selbst erkennen), daß der hier verwendete Index für die Preise der sächlichen Betriebsmittel einen verhältnismäßig nur kleinen Ausschnitt aus den landwirtschaftlichen Aufwandskosten enthält, dessen Anteil mit ungefähr 30 v. H. angegeben werden kann. Rund 40 v. H. der landwirtschaftlichen Barausgaben entfallen auf Löhne. Die landwirtschaftlichen Barlöhne, die von 1929 bis 1937 im wesentlichen unverändert blieben, sind seit März 1938, nach Angaben aus Kreisen der Landwirtschaft, als Folge der Angleichung und der überraschend stark einsetzenden Landflucht durchschnittlich um

Die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse und landwirtschaftlicher Bedarfsartikel

1929 = 100; natürlicher Maßstab



rund 35 v. H. gestiegen⁶⁾; ebenso haben sich auch die Preise für viele handwerklich gefertigte Geräte und andere dörfliche Handwerksleistungen in ungefähr gleichem Ausmaß erhöht. Dadurch ist die Wirkung der oben besprochenen Preisherabsetzungen für die sächlichen Betriebsmittel wieder wettgemacht, ja sogar überkompensiert worden. Freilich sind dabei die erheblichen Erleichterungen für die österreichische Landwirtschaft auf dem Gebiete der Steuer- und Schuldenbelastung außer Betracht gelassen.

Vergleich mit dem Altreich .

Die Einflüsse, die seit 1928/29 vom Weltmarkt her die Landwirtschaft zu vernichten drohten, wurden in ihren katastrophalen Wirkungen im Altreich noch dadurch verstärkt, daß die Wirtschaftspolitik ihr Heil in scharfen Deflationsmaßnahmen suchte. Die deutsche Agrarpolitik der Zeit von 1929 bis 1932 war zwar zunächst bemüht, den deutschen Markt soweit wie möglich gegen den Weltmarkt abzuriegeln (starke Zollerhöhungen) und Maßnahmen gegen Preiszusammenbrüche zu treffen, aber alle diese Bemühungen verfehlten ihr Ziel zufolge Planlosigkeit und fehlerhafter Leitung der Produktion. Der Ausbau des Zollsystems vor 1933 hatte zwar das Gebiet der pflanzlichen Erzeugung einigermaßen geschützt, die viehwirtschaftliche Veredelungsproduktion jedoch war dem Preisverfall praktisch völlig ausgeliefert. Die Getreidepreise (vgl. Schaubild) haben sich noch am besten gehalten, ihr Sturz von 1929 bis 1933 betrug bloß 23 v. H. Ganz unverhältnismäßig stärker fiel der Preis der Speisekartoffeln, nämlich um 52 v. H. Nun ist aber auch im Altreich ebenso wie in der Ostmark die Bedeutung der pflanzlichen Erzeugung im Verhältnis zur Viehwirtschaft gering. Beide Erzeugungsgruppen verhalten sich im Altreich wie 27 : 73 (in der Ostmark 26 : 74). Fast drei Viertel der landwirtschaftlichen Einnahmen sind also durch die Preise viehwirtschaftlicher Erzeugnisse bestimmt. Gerade diese

⁶⁾ Das Ausmaß der Lohnsteigerung wird von den verschiedenen Sachverständigen nicht ganz einheitlich errechnet bzw. geschätzt. Der einen Ansicht, die Barlöhne seien um mindestens 50 v. H. gestiegen, stehen Schätzungen gegenüber, die einen Satz von ungefähr 30 bis 40 v. H. angeben. Minister Reinthaller gab in einem Vortrag, den er im April 1939 vor den Amtswaltern des Gauamtes für Agrarpolitik hielt, folgende Ergebnisse einer Erhebung bekannt: Lohnsteigerung bei Knechten 45, verheirateten Landarbeitern 42, Mägden 38, Melkerinnen 34, Pferdeknichten 34, Professionisten 26, Melkern 17, im Durchschnitt 34 v. H. Dieser Satz, der als Mindestausmaß der Lohnsteigerung gelten kann, ist der Berechnung des landwirtschaftlichen Aufwandsindex zugrunde gelegt worden.

aber sind im Zeitabschnitt 1929 bis 1933 noch stärker gesunken als in der Ostmark, wo 1931 die schon angeführten Maßnahmen zum Schutze der Viehwirtschaft sogar eine, wenn auch vorübergehende Preissteigerung brachten.

Ebenso wie in der Ostmark öffnete sich die Preisschere (Preise 1929 = 100) auch im Altreich erst 1930. Die weitere Entwicklung bis zum Krisentiefpunkt 1933 war im Altreich für die Landwirtschaft noch ungünstiger als in der Ostmark. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß das gesamte Preisniveau im Altreich 1929 über dem österreichischen lag und daß Österreich 1931 um 22 v. H. abwertete.

Der entscheidende Unterschied zwischen den Entwicklungsreihen in beiden Ländern trat 1933 ein. Im Altreich begann die neue Wirtschaftspolitik der nationalsozialistischen Regierung im Wege einer landwirtschaftlichen Marktordnung die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in zunehmendem Maße zu heben und die Preise für die sächlichen Betriebsmittel der Landwirtschaft auf ihrem Stand von 1933 zu halten, teilweise sogar beträchtlich zu senken (das Ansteigen der Kurve der sächlichen Betriebsmittel im Altreich von 1933 auf 1934 ist auf eine Hebung der Futtermittelpreise zurückzuführen). Innerhalb dreier Jahre schon war es gelungen, die Preisschere zwischen Agrarprodukten und landwirtschaftlichen Bedarfsgütern zu schließen⁷⁾ und ein Jahr später, die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produkte gegenüber den sächlichen Betriebsmitteln über den Stand von 1929 zu erhöhen. In Österreich dagegen trat trotz der günstigen Einflüsse, die seit 1933 vom Weltmarkt her zu spüren waren, keine Besserung der landwirtschaftlichen Lage ein. Im Gegenteil, gerade seit dieser Zeit öffnete sich die Preisschere in zunehmendem Maße, vor allem zufolge der nun einsetzenden Deflationspolitik. Die Agrarpreise blieben im Durchschnitt praktisch auf dem Stand von 1933 stehen, die Preise für die sächlichen Betriebsmittel aber, vor allem für die Futtermittel, stiegen zufolge einer verfehlten und widerspruchsvollen Produktionspolitik. Zudem gelang es Österreich weder seine Ausfuhrpolitik den landwirtschaftlichen Belangen anzupassen, noch die Arbeitslosigkeit zu beheben, um dadurch die Kaufkraft der Bevölkerung für Agrarprodukte zu heben und die vorhandene „Überproduktion“ zu beseitigen. Um die Preise zu halten, griff man zu Erzeugungsbeschränkungen,

⁷⁾ Allerdings ist auch heute noch die Schere zwischen den Agrarpreisen und den Preisen der industriellen Verbrauchsartikel nicht geschlossen.

obwohl der Selbstversorgungsanteil bei Lebensmitteln weniger als 80 v. H. des Verbrauches betrug. Sinkende Produktionsmengen bei bestenfalls gleichbleibenden Preisen mußten daher die Lage der österreichischen Landwirtschaft nur verschlimmern.

Beim Anschluß war infolgedessen die Lage der österreichischen Landwirtschaft, gemessen an der Preisschere und im Vergleich zum Vorkrisenstand wesentlich ungünstiger als die der deutschen. Erst die starken Preissenkungen für die wichtigsten Betriebsmittel seit dem Anschlusse ans Reich haben die Verhältnisse — wenigstens auf diesem Teilgebiet — an die im Altreich angeglichen.

Zusammenfassung

Aus den vorangegangenen Untersuchungen lassen sich folgende Ergebnisse kurz zusammenfassen:

1. Die österreichische Landwirtschaft leidet seit ungefähr 1923/24 an einer Disparität (gemessen an den Vorkriegsverhältnissen) zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse und den Aufwandskosten; in den Jahren 1929/30 hatte sich das Verhältnis der Agrarpreise zu den Preisen für die sächlichen Betriebsmittel wieder einigermaßen gebessert.

2. Mit dem Einbruche der Weltwirtschaftskrise wird die Preisschere immer deutlicher, weil die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse weit stärker sinken als die Preise für die sächlichen Betriebsmittel.

3. Von 1933 bis 1937 wird der Abstand zwischen den beiden Preisreihen immer größer. Die Kaufkraft der Agrarprodukte, gemessen an den Preisen für sächliche Betriebsmittel (ohne Löhne), sinkt weiter, weil vor allem die Futtermittelkosten zufolge der Futtermittellizenzgebühr stark steigen, während die Preise für die Ackerfrüchte und viehwirtschaftlichen Erzeugnisse aus Mangel an Absatz auf ihrem Krisenstand verharren oder nur in geringerem Ausmaß steigen als die Kosten, oder (wie im Falle von Wein und Kartoffeln) sehr stark fallen.

Der Kaufkraftverlust beträgt, an den sächlichen Betriebsmitteln gemessen, von 1929 bis 1937 10·6 v. H.

4. Dieser Kaufkraftrückgang ist noch größer, wenn außer den sächlichen Betriebsmitteln auch die Entwicklung der Löhne, das starke Steigen der Genußmittelpreise von 1930 bis 1934 und der, am sinkenden Verkaufspreis gemessen, steigende Anteil der öffentlichen Lasten mit berücksichtigt wird. Unter Einrechnung der Lohnentwicklung beträgt der von 1929 bis 1937 eingetretene Kaufkraftverlust ungefähr 15·4 v. H.

5. Nach der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Altreich sinken die Preise für die sächlichen Betriebsmittel um 18 v. H., während die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im gewogenen Durchschnitt seitdem etwas gehoben wurden. Die landwirtschaftliche Kaufkraft, gemessen an den Preisen für sächliche Betriebsmittel, stieg von 1937 bis gegen Ende 1938 um nahezu 24 v. H.

6. Wird auch die Entwicklung der landwirtschaftlichen Löhne berücksichtigt, die nach der Wiedervereinigung bis Anfang dieses Jahres um durchschnittlich 34 v. H. gestiegen sind, so ergibt sich eine Senkung der landwirtschaftlichen Kaufkraft von 1937 auf 1938 um 2·8 v. H.

7. Der Vergleich mit der Entwicklung im Altreich ergibt folgendes Bild: in der Zeit von 1929 bis 1933 sinkt die Kaufkraft der deutschen Landwirtschaft noch stärker als die der österreichischen. Im Zeitraum 1933 bis 1937 schloß sich im Reich die Preisschere und stieg die Kaufkraft der Landwirtschaft, hauptsächlich infolge der Preishebungen der Jahre 1933/34 und der späteren Verbilligung der Düngemittel. Im gleichen Zeitraum setzte in Österreich die landwirtschaftliche Kaufkraft ihre Abwärtsbewegung fort. Die Maßnahmen seit dem Anschluß haben beinahe schlagartig für die Ostmark ähnliche Kaufkraftverhältnisse geschaffen wie im Altreich.

Zahlenübersicht

Aufbau der Indizes zur landwirtschaftlichen Preisschere

	Wägungszahlen der		
	einzelnen Erzeugnisse	Untergruppen	Hauptgruppen
	in v. H.		
1. Verkaufserzeugnisse:			
Tierische Erzeugnisse:			
Rinder	80	—	—
Kälber	20	—	—
Rinder und Kälber	100	25	—
Schweine	—	18	—
Milch	—	23	—
Butter	—	6	—
Eier	—	2	—
Tierische Erzeugnisse insgesamt	—	—	74
Pflanzliche Erzeugnisse:			
Weizen	22	—	—
Roggen	34	—	—
Gerste	17	—	—
Hafer	27	—	—
Getreide insgesamt	100	9	—
Kartoffeln	—	3	—
Wein	—	6	—
Holz	—	8	—
Pflanzliche Erzeugnisse insgesamt	—	—	26
Verkaufserzeugnisse insgesamt	—	—	100
2. Sächliche Betriebsmittel und Barlöhne:			
Sächliche Betriebsmittel:			
Maschinen	—	8	—
Geräte	—	21	—
Düngermittel	—	15	—
Futtermittel	—	39	—
Baustoffe	—	17	—
Sächliche Betriebsmittel insgesamt	—	100	60
Barlöhne insgesamt	—	—	40
Sächliche Betriebsmittel und Löhne insgesamt	—	—	100

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Preise in Österreich in der Zeit von 1914 bis 1929

Warenart	1. Halbj. 1914 ¹⁾	1925	1927	1929
Weizen inl. S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	35'50 100	47'25 133	41'— 115	33'25 94
Weizen ausl. (verz., verst.) S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	35'50 100	49'50 139	42'25 119	34'25 97
Weizen ausl. (unverz., unverst.) S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	35'50 100	48'25 136	41'— 115	30'50 86
Roggen inl. S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	28'25 100	40'25 143	37'75 134	30'— 106.
Mais S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	22'46 100	30'27 135	26'69 119	31'86 142
Braugerste inl. S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	23'33 100	43'41 186	36'78 158	33'91 145
Rinder, Mastvieh S per 1 kg Lebendgew. i. Hf. 1914 = 100	1'34 100	1'48 110	1'41 105	1'50 112
Rinder, Beilvieh S per 1 kg Lebendgew. i. Hf. 1914 = 100	0'79 100	0'93 117	0'87 110	0'99 125
Fleischschweine S per 1 kg Lebendgew. i. Hf. 1914 = 100	1'83 100	2'14 117	2'17 119	2'37 129
Eier S per 100 Stück i. Hf. 1914 = 100	10'75 100	17'54 163	16'— 149	17'93 167
Milch S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	28'75 100	36'50 127	36'50 127	36'50 127
Butter S per 100 kg i. Hf. 1914 = 100	360'— 100	580'— 161	530'— 147	515'— 143

¹⁾ Umrechnung: 1 GK = 1'44 S

Die landwirtschaftliche Preisschere in der Ostmark und im Altreich

Jahr	Verkaufserzeugnisse		Sächliche Betriebsmittel		Sächl. Betriebsmittel + Löhne	Verkaufserzeugn. in v. H. der sächlichen Betriebsmittel	
	Ostmark	Altreich ¹⁾	Ostmark	Altreich ¹⁾		Ostmark	Altreich ¹⁾
	1929 = 100						
1929	100	100	100	100	100	100	100
1930	90	95	85	92	91	105	104
1931	77	81	81	87	89	95	93
1932	80	67	82	79	89	97	85
1933	75	58	78	74	87	96	79
1934	74	64	81	77	88	92	82
1935	75	71	82	78	89	91	92
1936	76	77	84	78	91	90	99
1937	78	76	88	78	93	89	99
1938	79	77	72	77	97 ²⁾	111	101

¹⁾ Wirtschaftsjahre; 1928/29 = 100. — ²⁾ Unter der Annahme einer im Durchschnitt 34⁰/₁₀igen Lohnerhöhung von 1937 auf 1938. (Vergl. S. 200, Fußnote)

Preisindexziffern der wichtigsten von der Landwirtschaft benötigten sächlichen Betriebsmittel in Österreich

1929 = 100

Jahr	Futtermittel ¹⁾				Düngemittel ¹⁾	Maschinen ²⁾	Geräte ²⁾	Baustoffe ¹⁾	Gesamtindex
	Futtergerste	Mais	Kokoskuchen	Zusammen					
1929	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1930	70	58	70	66	95	101	100	96	85
1931	68	48	67	61	88	101	100	86	81
1932	65	46	77	63	82	99	108	85	82
1933	57	36	52	48	89	102	110	82	78
1934	56	48	52	52	97	102	112	83	81
1935	67	59	58	61	89	100	111	81	82
1936	77	69	55	67	87	100	111	81	84
1937	85	71	64	74	85	106	112	84	88
1938	68	58	64	64	70	64	78	88	72

¹⁾ Jahresdurchschnitt der Großhandelspreise in Wien.
²⁾ Jeweils am betreffenden Jahresende gültige Fabrikspreise.

Preisindexziffern der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse in Österreich¹⁾
1929 = 100

Jahresdurchschnitt	Getreide					Kartoffeln	Wein	Holz	Viehwirtschaft					Gesamtindex
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Zusammen				Rinder, Kälber	Schweine	Milch	Butter	Eier	
1929	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1930	84	67	82	73	75	82	93	84	95	83	99	89	80	90
1931	76	87	92	87	86	95	78	54	74	66	92	80	70	77
1932	101	99	99	82	95	93	93	49	75	72	90	80	71	80
1933	105	76	70	65	79	77	109	49	73	64	84	73	65	75
1934	107	81	81	78	86	89	128	52	68	55	84	77	61	74
1935	110	86	88	86	92	87	138	52	63	60	84	78	66	75
1936	105	87	96	88	93	82	103	51	70	66	84	78	67	76
1937	111	90	103	95	98	66	96	63	76	69	84	78	62	78
1938	113	92	104	86	97	69	108	78	73	69	84	78	66	79

¹⁾ Großhandelspreise in Wien

Zur Entwicklung der Landwirtschaft in der Ostmark

Jahr	Feldfrüchteertrag ²⁾ in 1000 dz							Milcherzeugung in 1000 hl
	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Mais	Kartoffeln	Zuckerrüben	
1913	3.506	6.336	2.211	4.877	1.029	16.051	6.054	—
1919	1.415 ¹⁾	2.367 ¹⁾	846 ¹⁾	1.997 ¹⁾	540 ¹⁾	5.563 ¹⁾	759 ¹⁾	12.017
1925	2.904	5.501	2.007	3.884	1.168	20.684	4.926	—
1927	3.255	5.112	2.381	4.388	1.257	26.664	7.227	—
1929	3.146	5.105	2.694	4.510	1.173	28.030	6.912	—
1930	3.268	5.242	2.673	4.007	1.208	26.531	9.733	24.143
1931	2.996	4.809	2.166	3.321	1.267	27.168	9.777	—
1932	3.318	6.154	2.741	3.898	1.322	26.661	10.204	—
1933	3.978	6.870	3.329	5.028	1.365	23.549	10.675	—
1934	3.621	5.745	2.948	4.665	1.550	27.494	14.095	25.407
1935	4.221	6.202	2.703	3.908	1.276	23.925	11.500	—
1936	3.822	4.727	2.781	4.273	1.709	23.687	9.125	—
1937	4.003	4.767	2.881	4.748	2.063	36.117	10.076	—
1938	4.411	5.911	3.055	4.352	2.003	31.285	11.327	—

Jahr	Inländische Zufuhren auf den Wiener Märkten							Schlachtungen			
	Leb. Rinder	Schweine, leb. u. ausgew.	Gemüse	Kartoffeln	Obst	Butter	Eier	Milch	Rinder	Käfer	Schweine
	1000 Stück		1000 q				1000 Stück	1000 hl.	1000 Stück		
1913	—	—	—	—	—	—	—	—	274	78	1.008
1919	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1925	30	61	796	435	238	11	30.814	2.711	204	55	830
1927	36	54	795	524	282	12	60.746	2.711	216	58	863
1929	46	69	910	556	284	13	47.026	3.015	211	57	836
1930	38	98	948	595	314	14	62.699	2.996	182	48	844
1931	63	259	931	548	329	13	61.980	2.762	186	56	1.048
1932	101	269	1.038	547	371	13	54.934	2.709	179	55	860
1933	79	320	1.040	535	316	14	59.677	2.736	153	44	816
1934	66	421	1.259	451	316	14	52.347	2.712	141	44	869
1935	72	260	1.034	396	214	15	55.249	2.702	153	46	778
1936	65	194	1.302	463	320	12	49.550	2.730	132	44	712
1937	70	218	1.178	411	357	11	50.375	2.710	133	43	708
1938	69	148	824	297	168	9	50.105	2.651	—	—	—

1) Ohne das Burgenland. — 2) Für 1938 Vorschätzung.

Die Lage der Gebirgsbauern in der Ostmark

Will man sich ein Bild von der Lage der Gebirgsbauern machen, so ist es vorerst notwendig, den Begriff „Bergbauer“ zu definieren und wenigstens einigermaßen abzugrenzen.

Unter Gebirgsbauer versteht man meist jenen Bauer, der hoch oben in den Bergen, an der Grenze menschlicher Siedlungsmöglichkeiten, um seinen Lebensunterhalt ringt. Unendlich schwerer Arbeit steht ein geringer Ertrag gegenüber.

Seine Wirtschaft ist ein Grenzbetrieb im ökonomischen Sinne. Umstände, die der Bauer im Tal kaum spürt, können ihn vor ungeheure Aufgaben stellen, können für ihn Sein oder Nichtsein bedeuten. Das Leben stellt an ihn höhere Anforderungen und schafft so eine Auslese, die für das ganze Volk eine Quelle besten Blutes bildet.

Dieser Bauer auf dem letzten Hof zwischen unfruchtbarem Fels und menschlichem Siedlungsgebiet ist das Urbild dessen, was wir unter Bergbauer verstehen und ist zugleich auch der Grenzfall. Denn unter ihm beginnt noch lange nicht das Flachland. Zwar sind die Almen, der Wald und die Wiesenhänge nicht mehr so schroff und dem Wetter ausgesetzt, doch bieten sie ganz andere Produktionsvoraussetzungen, als etwa das Hügelland oder gar das Flachland.

Die Zahl der wirklichen Grenzbetriebe ist verhältnismäßig niedrig und ihr wirtschaftlicher Nutzen für die gesamte Landwirtschaft ist verschwindend gering. Der Betrieb des Bauern im Bergland dagegen stellt einen großen Teil aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Ostmark und seine Wirtschaftslage spielt eine entscheidende Rolle für den Wirtschaftserfolg der Gesamtlandwirtschaft. Daher wurde auch in der Verordnung zur Erleichterung der Schuldverhältnisse der Bergbauern vom 1. Februar 1934 der Begriff Bergbauer umfassender definiert. Bergbauern sind nach ihr solche Bauern, deren Besitzungen vorwiegend bergigen Charakter haben und nicht zu den größeren land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gehören, die ferner vornehmlich Viehwirtschaft, Futterbau und Waldwirtschaft betreiben und ihren Betrieb mit ihren Familienmitgliedern hauptberuflich ausüben.

Diese Definition bietet einen weiten Rahmen, in dem nicht nur die oben gekennzeichneten Grenzbetriebe, sondern ein großer Teil der ostmärkischen landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt Platz findet. Denn die Oberfläche des ehemaligen Österreich

zeigt (vgl. Stat. Handbuch für Österreich, Jahrgang 1934) folgendes Bild:

	Anteil am Gesamtboden der Ostmark	Landwirtschaftliche Nutzfläche	Ackerland
		in v. H. der Gesamtfäche	
Tiefland	2·6 v. H.	84·5	70·6
Niederung	5·8 v. H.	68·8	49·1
Hügelland	18·4 v. H.	71·5	48·3
Bergland	16·3 v. H.	55·9	32·3
Hohes Mittelgebirge	16·9 v. H.	42·3	14·1
Hochland	40·0 v. H.	42·9	5·5

Es haben also rund 70 v. H. der Gesamtfäche bergigen Charakter. Die Zahl der Betriebe verteilt sich nun auf die einzelnen Gebiete wie folgt:

Tiefland	18.035
Niederung	56.473
Hügelland	149.090
Bergland	88.099
Hohes Mittelgebirge	44.929
Hochland	76.770

Wenn auch nicht alle Betriebe in den höher gelegenen Gebieten als Bergbauernbetriebe anzusprechen sind, geht aus dieser Übersicht doch die Bedeutung der Bergwirtschaften für die gesamte Landwirtschaft der Ostmark klar hervor.

Die Struktur der ostmärkischen Bergbauernwirtschaft

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Bedeutung der Bergbauern ist aber noch etwas zu bedenken. Eine „typische“ Bergbauernwirtschaft, auf die etwa die im folgenden gegebenen Wirtschaftsverhältnisse genau zutreffen, gibt es nicht. Dazu ist schon die Landschaft zu mannigfaltig und bietet zu unterschiedliche Wirtschaftsbedingungen. Das Urgebirge ist höher und wasserreicher, mit ergiebigeren Weiden. Nur 12 v. H. seiner Fläche sind öde, während die zerklüfteten Kalkalpen zwar nicht dieselbe Höhe erreichen, trotzdem aber zu 20 bis 25 v. H. unfruchtbar sind. Der Boden ist verschieden ertragreich; im Urgestein feucht, im Kalkgebirge trocken. Die Wärme-, Licht- und Niederschlagsverhältnisse zeigen innerhalb eng begrenzter Gebiete große Gegensätzlichkeiten und Verkehrslage und Absatzverhältnisse bedingen oft grundlegende Unterschiede in der Wirtschaft einzelner Höfe. Entsprechend diesen verschiedenen Voraussetzungen ist auch der Erfolg der einzelnen Hilfsmaßnahmen durchaus verschieden. Hilfsmaßnahmen allgemeiner Art, wie etwa Stützungen gewisser, für den Bergbauer wichtiger Preise, können hier vielleicht die ganze Wirtschaft auf eine andere Basis stellen und

bedeuten dort nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Andere Maßnahmen wieder (Aufbauhilfen, Alpverbesserungen, Seilwegeanlagen usw.) erfordern ihrer Natur nach eine weitgehende Anpassung an den einzelnen Hof. Die Voraussetzungen müssen von Betrieb zu Betrieb geprüft werden, denn nur dann kann man von ihnen eine wirkliche Besserung erwarten. Eine Allgemeindarstellung, die nur mit Durchschnittswerten arbeitet, kann also nicht auf jeden einzelnen Fall bezogen werden. Wohl aber kann sie Ansatzpunkte zeigen und etwa Vergleiche der Bedeutung einzelner Maßnahmen zulassen.

Aus den verschiedenen Grundlagen und infolge der zusätzlichen Erschwernisse, mit denen der Bauer im Bergland zu rechnen hat, ergeben sich *grundlegende Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur einer bergbäuerlichen Wirtschaft und einer solchen im Flachland*. Die Produktion des Bergbauern ist einseitiger und den beschränkten Möglichkeiten angepaßt, seine Arbeitsleistung ist im Verhältnis zum wirtschaftlichen Erfolg größer und seine Absatzmöglichkeiten sind infolge der meist ungünstigen marktfernen Lage¹⁾ und mangels geeigneter Verbindungswege ungleich geringer als die eines Bauern im Flachlande.

Die Haupteinnahmequellen einer bergbäuerlichen Wirtschaft gehen aus der folgenden Übersicht hervor:

Anteil der wichtigsten Erzeugnisse an der gesamten Marktproduktion im Jahre 1930²⁾

Erzeugnisse	Graslandwirtschaft mit Alpe	Waldwirtschaft	Gemischte Waldwirtschaft	Ackerwirtschaft	Weinbauwirtschaft
Rinder	34	29	26	15	3
Milch	15	12	16	20	8
Holz	14	28	17	—	—
Schweine	9	7	11	17	2
Molkereiprodukte	5	6	7	—	—
Getreide	—	—	—	10	0,5
Kartoffel	—	—	—	3	—
Obst	2	—	3	3	5
Wein	—	—	—	—	76

¹⁾ Die Marktentfernung ist hauptsächlich bedingt durch die Randlage von Wien, Graz und Linz. Diese Städte liegen als Absatzmärkte für die flacheren Randgebiete der Ostmark noch einigermaßen günstig, nicht aber für die Berggebiete Innerösterreichs.

²⁾ Die Zahlen und die Einteilung in Wirtschaftsformen sind den Rentabilitätsberichten der österreichischen Buchstelle entnommen. Die Ergebnisse sind auf Grund einer einfachen Buchführung bei rund 900 bäuerlichen Betrieben gewonnen; es dürfte sich dabei meist um überdurchschnittliche Betriebe handeln, so daß sie vielleicht kein völlig zutreffendes Bild über die absoluten Ertragsverhältnisse in der österreichischen Landwirtschaft vermitteln, wohl aber einen Überblick über die Strukturverschiedenheiten der einzelnen Wirtschaftsformen unter-

Den Hauptanteil an der Marktproduktion bei der bergbäuerlichen Wirtschaft und damit die größte Bedeutung als Einnahmequelle hat also die Viehproduktion; ferner sind bedeutungsvoll Milch und Molkereiprodukte und Holz, während andere Posten, wie etwa Getreide, Obst, Kartoffel, zwar in der einen oder anderen Einzelwirtschaft eine größere Rolle spielen können, im Gesamtdurchschnitt aber völlig bedeutungslos sind.

Im Gegensatz dazu spielt in der Marktproduktion der Ackerwirtschaft des Flachlandes das Getreide und andere Erzeugnisse des Feldbaues eine entscheidende, wenn auch je nach der Ernte schwankende Rolle, wenngleich auch hier der Anteil von Vieh und besonders von Milch hoch ist.

Die Marktproduktion des Bergbauern ist also einseitiger und daher gegen Preisschwankungen wesentlich empfindlicher, als die der Talbauern. Aber auch seine Absatzlage stellt sich als ungünstiger dar.

Der Bergbauer beliefert in den meisten Fällen ein begrenztes, schwach besiedeltes Gebiet, dessen Aufnahmefähigkeit sich nicht wesentlich erweitern läßt. Will er seine Produktion erhöhen, so muß er den Überschuß in entfernteren Gebieten absetzen, hat also zu den an sich geringeren Preisen noch größere Transportkosten zu tragen.

Der Talbauer kann meist mit einem größeren Markt rechnen, der bei sinkenden Preisen seine erweiterte Produktion aufnehmen kann. Seine Frachtkosten werden mit vergrößertem Absatz oft sogar degressiv.

Unter Umständen können die Transportkosten beim Sinken der Preise einen derart hohen Anteil ausmachen, daß der Bergbauer gezwungen ist, gewisse Absatzgebiete aufzugeben. Andererseits bietet ein Steigen der Preise dem Bergbauer zwar die Möglichkeit, die Transportkosten für weitere Strecken zu tragen; es wird aber gerade durch diese zusätzlichen Kosten der Mehrgewinn aus den erhöhten Preisen, der dem Talbauer fast

einander. Von den dort untersuchten Wirtschaftsformen sind als besonders typisch für die bergbäuerliche Wirtschaft die drei in der Tabelle erstgenannten herausgegriffen. Die durchschnittlichen Höhen der Betriebe betragen bei der

Graslandwirtschaft mit Alpe . . . 754 Meter,
Waldwirtschaft 738 „ „
gemischten Waldwirtschaft 672 „

und lagen damit am höchsten von allen Wirtschaftsformen des Buchstellenberichtes.

ganz zufällt, wenigstens teilweise wieder abgeschöpft.

Die Schlechterstellung der bergbäuerlichen Wirtschaften gegenüber den Flachlandbauern und damit auch gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der österreichischen Landwirtschaft geht auch aus der Entwicklung des landwirtschaftlichen Einkommens während der Krisenzeit hervor. Bei diesen, nach den Ergebnissen der Buchstellen berechneten Zahlen zeigt sich während der Jahre 1929 bis 1932 ein stärkeres Sinken bei den drei bergbäuerlichen Formen als bei dem Gesamtdurchschnitt.

Landwirtschaftliche Einkommen je Hektar Kulturfläche
1929 = 100

	Gesamte Landwirtschaft	Graslandwirtschaft mit Alpe	Waldwirtschaft	Gemischte Waldwirtschaft
1928	100·3	81·4	81·6	83·5
1929	100·0	100·0	100·0	100·0
1930	82·1	64·9	42·7	63·5
1931	51·1	32·0	16·6	27·6
1932	63·9	47·1	19·9	44·4

Geht man, dem Gedankengang der Buchstellenberichte folgend, von der Annahme von Normalverbrauchsziiffern der Landwirtschaft aus und stellt ihnen das tatsächliche Einkommen gegenüber, so erhält man jeweils einen (rechnungsmäßigen) Einkommensüberschuß oder einen Substanzverlust. Für das Jahr 1930 wird im Durchschnitt bereits ein Substanzverlust von etwa 36 Schilling je Hektar Kulturfläche, für 1931 schon ein solcher von rund 69 Schilling je Hektar ausgewiesen. Auch hier waren die bergbäuerlichen Formen im allgemeinen schlechter gestellt.

Dieser Substanzverlust leitet sich, wie gesagt, von theoretischen Normalverbrauchsziiffern ab. Da der Verbrauch einer bäuerlichen Wirtschaft in Wirklichkeit aber sehr elastisch ist, ist er eher ein Ausdruck für die Einschränkung der Lebenshaltung. Diese ist für den Bergbauern beinahe die einzige Möglichkeit, die Starrheit seiner Produktionskosten etwas auszugleichen.

Eine Gliederung der wichtigsten Aufwandsposten, die der Buchstellenbericht des Jahres 1930 gibt, zeigt für den Durchschnitt der untersuchten Betriebe folgendes Bild:

Anteil der Kostenelemente am Gesamtaufwand
(in v. H.)

	Waldwirtschaft	Graslandwirtschaft mit Alpe	Ackerwirtschaft
Arbeitsaufwand	60·2	61·0	54·0
Steuern	6·6	3·7	5·2
Futtermittel	6·5	7·7	6·9
Amortisationen	6·5	5·9	7·1
Maschinen- und Gerätehaltung	5·4	3·8	3·8
Gebäudeerhaltung	2·1	.	.

Der überwiegende Anteil entfällt also auf die Kosten des Arbeitsaufwandes. Diese Aufstellung gibt aber noch keinen Anhaltspunkt von dem Maß, in dem die einzelnen Aufwandsposten tatsächlich als wirtschaftlich drückend empfunden werden. Man muß diejenigen Posten aus der Betrachtung ausscheiden, die nur buchmäßig als Aufwand erscheinen, oder die im Rahmen der Selbstversorgung ihre Deckung finden. Von unmittelbarer Bedeutung ist der Aufwand, der eine Ausgabe von barem Gelde erfordert. Denn um zu Bargeld zu kommen, hat der Bauer nicht nur mit Produktionsschwierigkeiten zu kämpfen, sondern er muß seine Produkte auch verwerten und Absatzschwierigkeiten, die sich aus seiner ungünstigen Lage und den Marktverhältnissen ergeben, überwinden.

Um eine Zusammenstellung der wichtigsten Barausgaben zu bekommen, erweist sich eine Aufgliederung der Kosten des Arbeitsaufwandes nach baren und nichtbaren (bzw. rein buchmäßigen) Posten als notwendig:

Verteilung der Arbeitskosten
(in v. H.)

	Ackerwirtschaft	Graslandwirtschaft mit Alpe	Waldwirtschaft
Barlohn	19·9	23·3	32·0
Deputate	0·9	0·3	—
Verköstigung für fremde Arbeitskräfte	22·9	28·4	36·2
Lohnansprüche der Besitzerfamilie ¹⁾	56·3	48·0	31·7

¹⁾ Buchmäßiger Posten

Diese Zusammenstellung zeigt, daß im Verhältnis zu den gesamten Arbeitskosten der Barlohn und die Verköstigung für fremde Arbeitskräfte bei den bergbäuerlichen Wirtschaften einen höheren Anteil ausmachen als bei der Ackerwirtschaft. Freilich besagt dies nicht, daß der Einsatz fremder Arbeitskräfte, absolut gesehen, bei den bergbäuerlichen Betrieben stärker als bei den Flachlandbetrieben ist²⁾.

Ein wesentlicher Teil des Arbeitsaufwandes wird also durch Naturalleistungen gedeckt. Soweit der Lohnanspruch der Besitzerfamilie einen Baraufwand bedeutet, nimmt er als solcher insofern eine Sonderstellung ein, als er den bei weitem elastischsten Posten darstellt. Praktisch wird zur Deckung dieses Lohnanspruches nur der Rest des Bargeldes verwendet, der (vielleicht!) nach Befriedigung aller anderen Posten übrigbleibt.

²⁾ Es muß dabei auch immer berücksichtigt werden, daß die diesen Aufstellungen zugrunde liegenden Buchführungsergebnisse meist aus überdurchschnittlichen Betrieben stammen, die keineswegs in allen Einzelverhältnissen typisch für die Gesamtheit der betreffenden Betriebsart zu sein brauchen.

Die Bergbauernwirtschaft in der Krise

Der oben dargestellten unterschiedlichen Produktionsstruktur kommt eine entscheidende Bedeutung zu bei der Frage, wie sich die Preisentwicklung der letzten Jahre auf die wirtschaftliche Lage der Bergbauern ausgewirkt hat. Es ist aus dem Gesagten ohne weiteres verständlich, daß für den Bergbauern in erster Linie die Preisschwankungen bei Vieh, Milch und Holz eine Rolle spielen, denn diese Produkte bilden ja seine Haupteinnahmequelle. Preisänderungen bei Getreide berühren seine Verkaufserlöse nur wenig. Dagegen ist der Gebirgsbauer von der Kostenseite her oft stark an niedrigen Preisen für Futtergetreide und andere Futtermittel interessiert. Für nicht wenige Bergbauernwirtschaften kann eine Preissenkung bei Getreide sogar insofern von Vorteil sein, als sich in diesen Betrieben oft die Notwendigkeit ergibt, Brotgetreide zuzukaufen.

Das Schaubild S. 207 zeigt die Entwicklung der für den Bergbauern wichtigen Preise seit 1929 und stellt ihr die Preisentwicklung für einige Felderzeugnisse gegenüber. Die Preise für Rindvieh, Schweine und Holz erreichten durch lange Zeiträume Tiefpunkte, bis zu denen keines der Feldbauererzeugnisse absank. Noch deutlicher wird

diese für die Bergbauern wesentlich schlechtere Preisentwicklung durch das nächste Bild.

Dieses stellt in Kurve I einen Preisindex dar, der nach den Marktanteilen der wichtigsten Produkte einer typischen Bergbauernwirtschaft gewogen ist. Kurve II zeigt einen gleichen Index für eine typische Ackerwirtschaft, wobei zu bemerken ist, daß auch hier Vieh und Viehprodukte entsprechend ihrem Anteil berücksichtigt wurden. Es zeigt sich deutlich, daß das Preisniveau, mit dem der Bergbauer zu rechnen hatte, erheblich ungünstiger war als das eines Flachlandbauern.

Daß diese Preisunterschiede in erster Linie in der Ostmark so stark in Erscheinung traten, zeigt das nächste Bild, in dem dieselben Indizes, aber mit den Altreichpreisen dargestellt sind. Auch hier ergab sich eine relative Schlechterstellung der Bergbauernwirtschaft. Doch waren die Spannen nie so groß wie in der Ostmark und seit 1938 ergab sich für den Bergbauern das annähernd gleiche Preisniveau wie für den Ackerbau im Flachland.

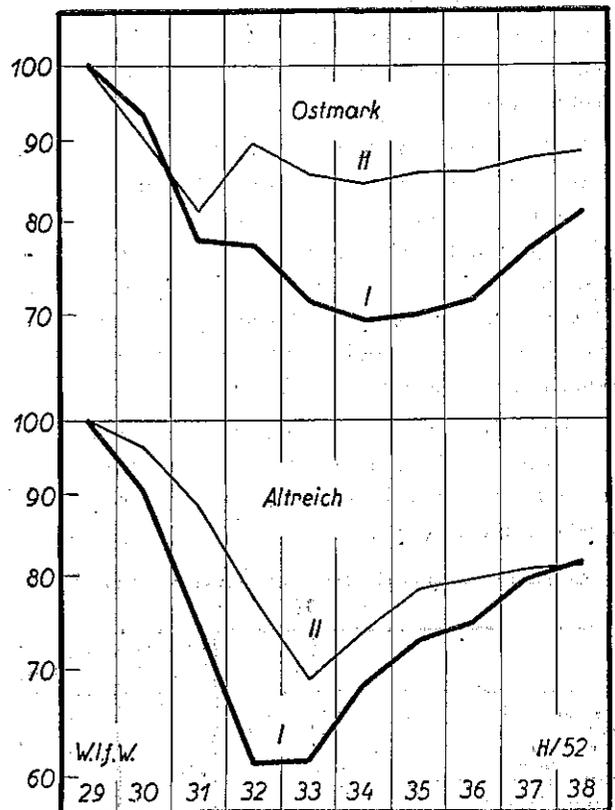
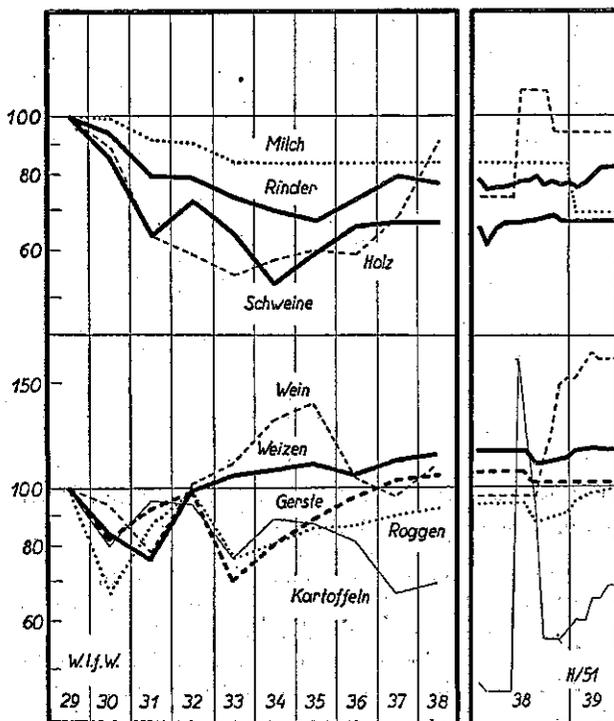
Vor dem Umbruch war also die wirtschaftliche Notlage der Bergbauern vor allem durch die nied-

Die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Berg- und Ackerbauern in der Ostmark und im Altreich

I = Bergbauern, II = Ackerbauern; 1929 = 100; logarithmischer Maßstab

Großhandelspreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse

1929 = 100; logarithmischer Maßstab



rigen Preise und die schlechten Absatzverhältnisse bedingt. Der Bauer konnte vom Ertrag allein nicht mehr leben, sondern war gezwungen — man denke nur an die Ausschlägerung des Bauernwaldes! —, die Substanz anzugreifen. Die Ursache der Preiszusammenbrüche war nicht nur im Absinken der Weltmarktpreise, sondern auch in einer fehlgeleiteten Produktion im Inland selbst zu suchen und so sah sich die Regierung gezwungen, durch verschiedene Markt- und Preisregelungen Hilfe zu schaffen.

Um zum Beispiel den Viehpreis wenigstens einigermaßen zu halten, wurde das Viehverkehrsgesetz (1931) erlassen, das die Belieferung gewisser geschützter Märkte an eine Bewilligung band. Aber gerade die Bergbauern waren durch diese Regelung gefährdet, da es ihnen wenig nützte, daß die Fleischpreise in einer annehmbaren Höhe gehalten wurden, während es ihnen mangels einer Bewilligung meist nicht möglich war, das Vieh auf den Markt zu bringen. Die Bundesregierung mußte sich daher im Sommer 1934 zu einer „Rinderentnahmeaktion“ entschließen, das heißt, es wurde das Erträgnis einer dazu eingeführten Preisstützungsabgabe verwendet, zur Entlastung des Marktes hauptsächlich von den Gebirgsbauern Rinder und Schweine aufzukaufen und einer zusätzlichen Verwendung zuzuführen. Trotzdem wurden nach dem Bericht der Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern im Jahre 1934 um etwa 44.000 Stück Vieh weniger zum Verbrauch abgesetzt als 1930.

Alle Maßnahmen von der Preisseite her, mußten im großen und ganzen ein Schlag ins Wasser bleiben, so lange den Bergbauern nicht ein ausreichender Absatz gesichert war. Und mit welchen Absatzschwierigkeiten die österreichische Landwirtschaft überhaupt zu kämpfen hatte, tritt klar in Erscheinung, wenn man z. B. an die Butterausfuhrpolitik des Milchausgleichsfonds denkt, der den Überschuß der heimischen Erzeugung zu oft direkt lächerlichen Preisen ins Ausland abstieß.

Trotzdem kam es zu einer immer stärkeren Verschuldung der bergbäuerlichen Betriebe. Die Wurzeln dieser Verschuldung sind allerdings meist in den Jahren der guten Konjunktur zu suchen, als die gebesserte Wirtschaftslage zu Ankäufen und Investitionen verleitete, die sich dann später als zu hoch erwiesen. Nach einer Schätzung im Jahre 1934 betrug die Verschuldung der Bergbauern damals etwa 500 Millionen Schilling. Dieser Betrag dürfte bis zum Umbruch noch eine erhebliche Steigerung erfahren haben; betrug doch die Ver-

schuldung der gesamten ostmärkischen Landwirtschaft zur Zeit des Umbruches etwa 1,5 Milliarden Reichsmark. Wie eine Untersuchung bei 1017 Bergbauern in der Steiermark ergeben haben soll, erreichte dort die Verschuldung in der Krisenzeit durchschnittlich 51 v. H. des Verkehrswertes und ging bei einzelnen Höfen sogar weit über den Verkehrswert hinaus.

Im Zusammenhang damit ergab sich ein ständiges Ansteigen der Zahl der Zwangsversteigerungen von landwirtschaftlichen Besitzungen, die auch dann noch wuchs, als 1932 ein Gesetz über die zeitweilige Änderung des Zwangsversteigerungsverfahrens erschien, das einen Aufschub bis zur Dauer eines halben Jahres ermöglichte.

Anzahl der Versteigerungen in der Steiermark:

1932	684
1933	973
1934	1238
1935	1465
1936	1046 ✓

Es erwies sich also als notwendig, die drückende Schuldenlast zu verringern. Am 1. Februar 1934 erging die eingangs erwähnte Verordnung der Bundesregierung, betreffend die Erleichterung der Schuldverhältnisse der Bergbauern, die öffentliche Mittel für die Förderung von Vereinbarungen der Bergbauern mit ihren Gläubigern vorsah. Diese Hilfeleistung konnte durch Darlehen, jährliche Beiträge oder Vorschüsse zu Zinsen- und Tilgungszahlungen, oder durch einmalige Beiträge erfolgen.

Die Bundesregierung stellte nun laut Rechnungsabschluß zur Erleichterung der Schuldverhältnisse der Bergbauern zur Verfügung:

1934	13.200.000	Schilling
1935	4.759.000	„
1936	2.000.000	„
1937	1.400.000	„

zusammen also etwas über 21.000.000 Schilling. Da nun diese Verordnung eine sehr umfassende Auslegung des Begriffes Bergbauer zuließ, stand diesem Betrag eine unverhältnismäßig hohe Verschuldung gegenüber. Der Betrag war von Anfang an ungenügend. (Zum Vergleich sei erwähnt, daß allein 1934 für das sogenannte freiwillige Schutzkorps über 30.000.000 Schilling verwendet wurden.)

Es liefen damals etwa 20.000 Gesuche ein, von denen laut Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums etwa 17.500 positiv erledigt wurden. Allerdings mußte schon 1936 ein großer Teil der 1934

und 1935, in der Bergbauernhilfsaktion behandelten Wirtschaften neuerlich durch sie in Fürsorge genommen werden.

Um der trotzdem noch zunehmenden Zahl von Versteigerungen zu begegnen, wurde durch Gesetz vom 14. Juli 1937 eine Auffangmaßnahme bei Versteigerungen, ein Hilfsverfahren für von Versteigerung und Entsiedlung bedrohte Wirtschaften und eine Besitzfestigungsmaßnahme angeordnet. Dieses Gesetz soll sich gut bewährt haben, ist aber durch die viel weitergehenden neuen Maßnahmen seit dem Umbruch überholt.

Alle diese und andere Einzelmaßnahmen entbehrten aber der nötigen Durchschlagskraft und vermochten insbesondere nicht, die Bergbauernwirtschaft auf eine gesündere Basis zu stellen.

Die Entwicklung seit dem Anschluß

Die Erlöse

Wie ein Blick auf den früher besprochenen Preisindex zeigt, war die Kurve der für die Bergbauernwirtschaften maßgebenden Preise in den letzten Jahren vor dem Umbruch etwas stärker angestiegen, als die der anderen landwirtschaftlichen Preise. Die Ursache dafür liegt vor allem in dem erheblichen Anziehen der Preise für Holz in den Jahren 1936/37, als die Weltmarktbelegung eine günstige Absatzlage für österreichisches Holz schuf; in geringerem Umfang hat auch eine Besserung der Vieh- und Milchpreise hiezu beigetragen, die teilweise ebenfalls auf günstigeren Auslandsabsatz, teilweise auf die Stützungsmaßnahmen im Innern zurückzuführen war. Es wäre aber verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß sich die wirtschaftliche Lage der Bergbauern im gleichen Maße besserte. Absatzschwierigkeiten, Überschlägerungen usw. hinderten die Bauern, aus dieser relativen Preisbesserung den entsprechenden Nutzen zu ziehen und so war ihre Lage beim Umbruch immer noch im höchsten Grade besorgniserregend.

Die Marktordnung des Reichsnährstandes brachte nun eine weitgehende Regelung von Absatz und Preisen. Das Schaubild S. 207 zeigt die Entwicklung einzelner landwirtschaftlicher Großhandelspreise der Ostmark und besonders den monatlichen Verlauf seit 1938. Allerdings stellt sich z. B. bei Milch das Bild für die Bauern weit günstiger, da die dargestellten Preise Großhandelspreise in Wien sind und bei Milch zwar die Preise in Wien gesenkt, die Erzeugerpreise aber fast überall durch Verringerung der Handelsspanne

durchschnittlich um 2 Reichspfennig (d. h. um rund 16 v. H.) erhöht wurden.

Für den Bereich der Milchwirtschaftsverbände Donauland und Südmark gilt folgende Regelung. Bei einem Fettgehalt von 3,7 erhält der Erzeuger loco Hof, bzw. Sammelstelle 14,5 Pfennig für den Liter. Außerdem wird der Transport zur Sammelstelle für größere Strecken als 3 Kilometer vergütet. Früher schwankte der Erzeugerpreis um etwa 18 Groschen, betrug aber manchmal auch nur, 15 oder 14 Groschen, so daß sich bei dem neuen Preis eine Besserung um 2 bis 4 Pfennig ergibt. — Absatzschwierigkeiten, wie sie früher bestanden und z. B. bei der Butter zu einer verfehlten Exportpolitik führten, bestehen heute nicht mehr. Es wird im Gegenteil die durch den allgemeinen Aufschwung ausgelöste Verbrauchssteigerung bei Milch und Butter, die die Ostmark bereits zu einem Zuschußgebiet machte, noch weiter andauern. Für Wien ist sie z. B. für 1939 mit weiteren 5 v. H. geschätzt worden.

Der Rohholzpreis wurde wesentlich erhöht und für jedes der ostmärkischen Holzpreisgebiete festgesetzt. Für Brennholz darf der in der Zeit vom 1. Oktober 1936 bis 17. März 1938 örtlich erzielte Höchstpreis nicht überschritten werden.

Auch für Vieh wurde für Schlachtviehmärkte eine Preisregelung getroffen; dabei wurden die Erzeugerpreise hinaufgesetzt. Außerhalb dieser können die einzelnen Viehwirtschaftsverbände Höchstpreise für Rinder und Schweine festsetzen.

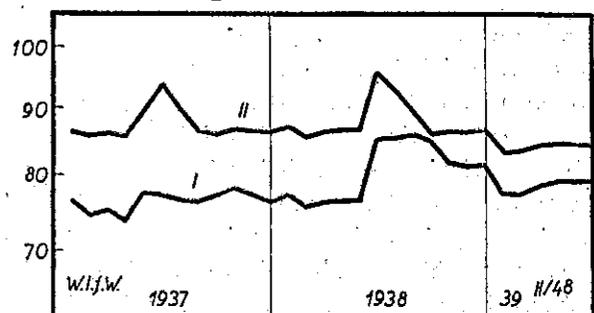
Es muß auch hier wieder betont werden, daß sich die verschiedenen Preisbesserungen auf die einzelnen Höfe je nach Wirtschaftsstruktur und geographischer Lage höchst unterschiedlich ausgewirkt haben. In manchen Gegenden ist z. B. der steigende Fremdenverkehr von größerer Bedeutung geworden, als die Preiserhöhungen.

Die Ausgaben

Sehr unterschiedlich haben sich die verschiedenen Aufwandsposten der bergbäuerlichen Wirtschaft seit dem Umbruch entwickelt. Einer starken

Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Berg- und Ackerbauern in der Ostmark

I = Bergbauern, II = Ackerbauern; 1929 = 100
Logarithmischer Maßstab



Ermäßigung mancher Kostenelemente steht eine nicht minder starke Erhöhung anderer Ausgabenposten gegenüber. Will man versuchen, aus diesen verschiedenartigen Entwicklungen eine Bilanz zu ziehen, so muß man die Bedeutung der einzelnen Ausgabenposten im Rahmen der gesamten baren Aufwendungen betrachten. Denn in dem Verhältnis der Baraufwendungen zu den Barerlösen drückt sich für den Bauern unmittelbar der Wirtschaftserfolg aus.

Die wichtigsten Aufwendungen von buchführenden bergbäuerlichen Betrieben sind oben (S. 206) bereits aufgliedert worden. Faßt man nun nur die einen Baraufwand erforderlichen Posten ohne die buchmäßigen Lohnansprüche der Besitzerfamilie (die faktisch ja nur einen schwankenden Restposten ausmachen) zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Verteilung der wichtigsten Baraufwendungen¹⁾ in den einzelnen Betriebsarten²⁾ in v. H.

	Ackerwirtschaft	Graslandwirtschaft mit Alpe	Waldwirtschaft
Barlohn	36	45	48
Steuer	18	12	17
Futtermittel	23	24	16
Maschinen u. Geräte	13	12	13
Gebäudeerhaltung	6
Düngemittel u. a.	10	7	.

¹⁾ Ohne Aufwendung für Eigenverbrauch. — ²⁾ Nach den Buchstellenberichten für das Jahr 1930 berechnet

Wenn man diese Zahlen auch nur mit großer Vorsicht als Anhaltspunkt für die Größenverhältnisse untereinander betrachten kann, geht aus ihnen doch die verschiedene Wichtigkeit der einzelnen Posten hervor und man ist in der Lage, die Bedeutung von Maßnahmen, die sich auf die einzelnen Teilgebiete beziehen, abzuschätzen.

Unter den Baraufwendungen spielt also der Barlohn für fremde Arbeitskräfte gerade bei bergbäuerlichen Betriebsformen die ausschlaggebende Rolle. An nächster Stelle stehen die Kosten für Futtermittel und Steuern. Bei diesen beiden letzteren Posten sind nun seit dem Umbruch einschneidende Verbesserungen zugunsten der Landwirtschaft erfolgt.

Die Wichtigkeit der einzelnen Steuern und Abgaben geht aus folgender Übersicht hervor. Nach einer Berechnung in den Mitteilungen der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer entfiel von der Gesamtsteuerleistung der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1934 in Höhe von etwa 239.000.000 Schilling, abgesehen von einer Reihe unbedeutender Steuern bzw. Abgaben auf die

Grundsteuer mit Zuschlägen	94,748.163 S
Warenumsatzsteuer und Krisenzuschlag	50,000.000 „
Einkommensteuer mit Krisen- und Sicherheitszuschlag	11,400.000 „
Weinsteuer	12,103.654 „
Lizenzgebühr	35,000.000 „
Lohnabgabe	8,400.000 „

Die wichtigste steuerliche Belastung, die Grundsteuer, ist auch nach dem Umbruch noch nicht abgeändert worden. Sie ist eine starre Steuer, die nach einem fiktiven Katastralertrag, nicht nach dem tatsächlichen Geldertrag bemessen wird. Die Tatsache, daß die Steuerleistung bei Handel, Gewerbe und Industrie dem sinkenden Einkommen folgte, die Grundsteuer dagegen als Hauptbestandteil der landwirtschaftlichen Steuern vom tatsächlichen Ertrag des Betriebes unabhängig ist und sich durch Erhöhung der verschiedenen Umlagen sogar noch vergrößerte, bot schon immer, und besonders während der Systemzeit, Anlaß zu Klagen. Die gemeindlichen Zuschläge zur Grundsteuer, die bisher den überwiegenden Teil der Belastung ausgemacht hatten, werden nun allerdings durch die Neuregelung der Fürsorgelasten eine — allerdings von Ort zu Ort sehr verschiedene — Verminderung erfahren.

Die nächstwichtigste Belastung war die Warenumsatzsteuer mit Krisenzuschlag. Sie betrug früher 2 v. H., der seit 1932 erhobene Krisenzuschlag war gleich hoch. Durch das Gesetz vom 9. Mai 1938 (G. Bl. Nr. 123) wurden bei der Umsatzsteuer die Altreichssätze in der Ostmark eingeführt, d. h. sie ermäßigte sich für die Landwirtschaft auf 1 v. H., wobei der Eigenverbrauch der Landwirtschaft, soweit Umsatz und Eigenverbrauch 10.000 Reichsmark jährlich nicht überschreitet, gänzlich befreit wurde. Dies bedeutet also eine ganz wesentliche Entlastung auf steuerlichem Gebiet, wie aus obiger Zusammenstellung hervorgeht.

Die Futtermittellizenzgebühr, die nächstwichtigste Abgabe der Landwirtschaft, wurde auf eingeführte Futtermittel erhoben; sie bezweckte den Schutz der einheimischen Futtererzeugung und die Verminderung der übermäßigen Schweinemast. Nach dem Umbruch konnte durch die Abschaffung dieser Gebühr durch Gesetz vom 1. April 1938 (G. Bl. Nr. 50) eine beträchtliche Senkung der Futtermittelpreise erreicht werden, die bis zu 25 v. H. betrug. Dadurch sind die Ausgaben der Berglandbauern für Futtermittel beträchtlich zurückgegangen.

Die Verbilligung der landwirtschaftlichen Maschinen, die seit dem

Umbruch etwa 33 $\frac{1}{8}$ bis 50 v. H. betrug, kommt dagegen in erster Linie den Flachlandbauern zugute. Denn einerseits ist der Maschineneinsatz in bergigen Gegenden meist unmöglich oder unvorteilhaft, andererseits ist auch das zur Anschaffung verbilligter Maschinen nötige Kapital schwer zu beschaffen. Für viele kleinere Geräte und vor allem für die meisten Handwerkerleistungen ist aber nicht nur keine Preissenkung, sondern im Zuge der Lohnangleichung sogar eine Preiserhöhung eingetreten.

Neben diese günstigen Veränderungen auf der Einkommens- und Kostenseite seit dem Umbruch, stellen sich noch eine Reihe von Maßnahmen, die entweder Heilung der in den Krisenjahren entstandenen Schäden bezweckten oder überhaupt die Produktionsgrundlagen der Bergbauern verbessern sollten.

So wurde nicht nur mit der Verordnung vom 5. Mai 1938 eine allgemeine Entschuldung der Landwirtschaft in die Wege geleitet, sondern auch Aufbaumittel, und zwar für Bergbauern grundsätzlich als Zuschuß, zur Verfügung gestellt.

Bis Anfang 1939 sind Anmeldungen für den Ausbau von Almstallungen für über 33.000 Melkkühe und rund 105.000 Stück Galtvieh, von Senn- und Hirtenhütten auf über 1000 Melkkühalpen und 172 Galtviehalpen eingelaufen. Die Versorgung von 1691 Alpen mit Wasser wurde in die Wege geleitet. Im Baujahr 1938 gab es 524 Vorhaben für Güterwegebauten mit einem Kostenaufwand von rund 14 Mill. Reichsmark; für 4168 Vorhaben mit einer Wegelänge von 17.923 Kilometer und einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 337 Mill. Reichsmark liegen Ansuchen vor. Um jedes Gehöft mit einem fahrbaren Weg an das allgemeine Verkehrsnetz anzuschließen sind nach einer vorsichtigen Schätzung noch weitere 11.000 Wegeanlagen mit einer Gesamtlänge von 45.000 Kilometer erforderlich.

Die Bedeutung von Seilwegeanlagen, die auch kräftig gefördert werden, für die Bergbauernwirtschaft geht daraus hervor, daß nach einem Bericht in der Ostmarkbeilage der Nachrichten des Reichsnährstandes 1939, Nr. 25, bei einem Bergbauernhof in Osttirol durch Verwendung dreier Seilwege im Durchschnitt etwa 59 v. H. der Arbeitsaufwendungen erspart werden konnten.

Haben alle diese Maßnahmen dazu geführt, die Wirtschaftslage der Bergbauern zu erleichtern, ist doch nach dem Umbruch ein Umstand hinzugesetreten, der wieder zur Verschärfung der Lage beiträgt: die Erhöhung der Landarbeiterlöhne und der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften.

Wie aus der obigen Zusammenstellung der Baraufwendungen der buchführenden Betriebe hervorgeht, machen bei den bergbäuerlichen Wirtschaftsformen die Barlöhne für die familienfremden

Arbeitskräfte nahezu die Hälfte der gesamten Baraufwendungen (abgesehen von den Aufwendungen für den eigenen Verbrauch) aus. Nun sind gerade die Barlöhne seit dem Umbruch in recht erheblichem Ausmaß gestiegen, nämlich um mindestens 35 v. H. im Durchschnitt. Teilweise handelt es sich dabei um die notwendige Lohnangleichung, wie sie auch in andern Zweigen der ostmärkischen Wirtschaft stattgefunden hat, teilweise aber auch schon um die Auswirkung des besonderen Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften ähnlich wie im Altreich.

Die Landflucht und besonders die Höhenflucht ist dem Bergbauern an sich nichts Neues. Das Beispiel einiger Berggemeinden in Niederdonau nördlich von Schneeberg und Rax zeigt das Ausmaß der Entsiedlung innerhalb der letzten 70 Jahre.

Zahl der Bauernhöfe

	1870	1937
Gutenstein	57	35
Muggendorf	27	15
Rohr	50	27
Wiedmannsfeld	16	15
Schwarzau	72	27

Alle Anzeichen deuten aber darauf hin, daß seit dem Umbruch gerade in den gebirgigen Gebieten der Ostmark die Landflucht wesentlich größere Ausmaße angenommen hat als im übrigen Land.

Der Grund dafür ist zum großen Teil in dem starken Barlohngefälle zwischen Bergbauerngebieten und Industriegebieten zu suchen. Die oben erwähnte Lohnerhöhung war für viele Bergbauern nicht tragbar. Dazu pflegt das Landvolk den Wert der Deputate und Naturalbezüge meist viel zu nieder einzuschätzen und bestenfalls nach den Preisen ab Hof zu beziffern, nicht aber nach den Kleinhandelspreisen in der Stadt, die dann für den in die Industrie abgewanderten Landarbeiter maßgebend sind.

Zu den geringen Barlohnbezügen kommt noch die schwere Arbeitsleistung und die ungünstigen sozialen Verhältnisse. So betrug z. B. im Kreis Murau, einem typischen Bergbauerngebiet der Steiermark, der Anteil der unehelichen Geburten im Verhältnis zu den ehelichen 1937 fast 50 v. H., während dieser Anteil für die gesamte Ostmark rund 23 v. H. ausmachte. Dieser hohe Anteil ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß vor allem die landwirtschaftlichen Dienstboten gar nicht oder nur sehr spät an eine rechtmäßige Ehe denken können. Auch den Bauernsöhnen bietet sich schwer eine Gelegenheit zu heiraten. Während das Durchschnittsheiratsalter der Ostmark 27 Jahre beträgt, liegt es in dem erwähnten Bergbauerngebiet im Kreis Murau bei 33,5 Jahren. Ent-

sprechend ist die Säuglingssterblichkeit in den Gebieten mit hohem Anteil an unehelichen Kindern unverhältnismäßig groß. Allerdings, und das spricht gerade wieder für die Bedeutung des Bergbauern vom bevölkerungspolitischen Standpunkt aus, ist auch die Fruchtbarkeitsziffer in den überwiegend bergbäuerlichen Gebieten am höchsten.

Der Mangel an Arbeitskräften, wie er sich seit dem Umbruch bemerkbar macht, führt nun zu einer weitgehenden Arbeitsüberlastung der Bauernfamilie. Trotz höchster Anspannung kann die Arbeit teilweise kaum mehr bewältigt werden, besonders da der Einsatz von Maschinen, der bei dem Flachlandbauer einen gewissen Ausgleich schaffen kann, in den meisten Fällen unmöglich ist.

Landflucht und Landarbeitermangel ist heute für den Bergbauern, vielleicht noch mehr als für die

übrige Landwirtschaft, das Hauptproblem, das es zu lösen gilt.

Verstärkter Einsatz von Arbeitsdienst und Landdienst in den Gebirgsgegenden, Ernteurlaub für militärpflichtige Bergbauersöhne u. a. wären Mittel, diesem Problem wenigstens teilweise beizukommen.

Darüber hinaus aber gilt es, das Vertrauen der Bergbauern in ihre eigene Leistungsfähigkeit wieder zu festigen und zu stärken. Gewiß, der Bergbauer muß hart um sein Dasein ringen; aber er ist dabei kein Außenseiter, sondern seine Arbeit kommt letzten Endes dem ganzen Volk zugute. Er steht auf Vorposten im Kampf um Ernährung und Leben seines Volkes.

Zeitschriftenumschau

Agrarprobleme im Südosten

Der bekannte Agrarpolitiker *Sava Ulmansky* legt in einem Aufsatz „Die Landwirtschaft Jugoslawiens und ihr Verhältnis zu Deutschland“ (Internationale Agrar-Rundschau, Mai 1939) dar, daß Jugoslawien auf Grund nationaler und geopolitischer Faktoren seiner Natur nach ein Bauernstaat sei. Im Gegensatz zu Deutschland mit seinen 223·8 Menschen je Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche besitze Jugoslawien nur 106·8 Menschen auf derselben Fläche; von einer Übervölkerung könne also keine Rede sein. Außerdem ließen die großen noch ungenutzten Bodenreserven einen weitgehenden bäuerlichen Bevölkerungszuwachs zu. Die Bodennutzung selbst sei heute noch vorherrschend extensiv mit niederen Durchschnittshektarerträgen. Erst in der letzten Zeit setze sich die Überzeugung von der Notwendigkeit einer mehrseitigen Bodennutzung in stärkerem Maße durch. Jugoslawien sei durch seine günstige klimatische Lage imstande, fast alle wichtigen Bodenerzeugnisse in beachtlicher Menge zu schaffen.

Der stärkste Käufer jugoslawischer landwirtschaftlicher Artikel sei Großdeutschland, das 1938 etwa 65·7 v. H. der gesamten Ausfuhr an landwirtschaftlichen Erzeugnissen abnahm. Daraus gehe klar das beiderseitige Interesse hervor, diesen Markt nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter auszugestalten, denn der Bedarf Großdeutschlands an landwirtschaftlichen Rohstoffen werde sich in Zukunft noch steigern. Das Entscheidende für die beiderseitigen Beziehungen sei aber, daß der jugoslawische Bauer einen sicheren Absatzmarkt gefunden habe, der ihn von den Preisschwankungen des Weltmarktes unabhängig mache. Er habe so einen dauernden und besseren Verdienst, der ihn wieder in die Lage setze, von Deutschland gelieferte In-

dustriewaren zu kaufen und so die gegenseitigen Handelsbeziehungen weiter zu vertiefen.

*

Der „gegenwärtige Stand der bulgarischen Landwirtschaft“ wird von *Peter Grantscharoff* im selben Heft der Internationalen Agrar-Rundschau untersucht. Die bulgarische Landwirtschaft bestehe hauptsächlich aus Kleinbetrieben, deren Wirtschaft, wie der Autor zeigt, um so intensiver werde, je geringer die Betriebsfläche ist. Auch eine lagemäßige Schichtung nach Betrieben mit mehr oder weniger intensiver Kultur ergebe sich durch die Entfernung von den einzelnen Städten; sie sei allerdings durch die steigende Ausfuhr der letzten Jahre mehr und mehr verwischt worden. Mit der steigenden Ausfuhr der letzten Jahre nahmen die intensiveren Kulturarten in den stadtfernen Gebieten wesentlich stärker zu als in den stadtnahen. Aber nicht nur durch die Ausfuhrmöglichkeit, sondern auch durch die verfügbaren Arbeitskräfte werde die Art der Erzeugung bestimmt. Intensivere Kultur und erhöhte Haustierhaltung finde sich vor allem in Gegenden, in denen die Zahl der Arbeitskräfte höher sei; erfordere doch die intensive Kultur im Vergleich zur Getreidekultur wesentlich mehr Arbeitstage.

Der Charakter der Landwirtschaft sei in den über 80 Kreisen Bulgariens sehr verschieden. Es gebe Gebirgskreise mit vorwiegender Tierzucht, in denen sich eine Flucht der arbeitsfähigen Bevölkerung in andere Gegenden und Berufe bemerkbar mache. Hier habe man geglaubt, durch eine stärkere Förderung der Rinderzucht an Stelle der extensiveren Schafzucht helfen zu können. Doch habe sich herausgestellt, daß sich die Entwicklung der Rinderzucht nur im Gleichschritt mit der Ver-

größerung des Absatzes ihrer Produkte im Inland und der Ermöglichung ihrer Ausfuhr durchführen lasse. Erweiterung der Rinderzucht habe also Organisierung des Exports und Organisierung des Molkereiwesens zur Voraussetzung. Auch auf dem Gebiete des Obstbaues, Kartoffel- und Getreidebaues u. a. zeigten sich noch große Aufgaben. Alles in allem gelte es, der Landwirtschaft einen sicheren Absatz im Ausland zu verschaffen, um so ihre schnelle Entwicklung und Intensivierung zu sichern.

Im Zusammenhang damit sei noch auf einen Aufsatz von *Assen Kemileff* im *Südost-Economist* vom 9. Juni 1939 verwiesen, in dem sich der Verfasser mit den durch die Übervölkerung Bulgariens im landwirtschaftlichen Sektor verursachten Schwierigkeiten und den Möglichkeiten einer Lösung dieser Probleme durch Intensivierung der Landwirtschaft und richtig gelenkte Industrialisierung befaßt.

Bergflucht in Italien

E. Stock (Rom) bringt in einem Aufsatz „Die Bergflucht in Italien“ (Internationale Agrar-Rundschau, Heft 5, 1939) einen Bericht über die Ergebnisse einer vom „Consiglio Nazionale delle Ricerche“ und vom „Istituto Nazionale di Economia Agraria“ in den Jahren 1930 bis 1936 durchgeführten Untersuchung über das Problem der italienischen Bergflucht. Die umfangreichen Untersuchungen, die sich auf ein Gebiet von 48.197 Quadratkilometer beziehen, wurden in zehn Bänden veröffentlicht und gewähren einen umfassenden Einblick in dieses Problem, dessen Wichtigkeit für Italien man schon daraus erkennt, wenn man hört, daß etwa zwei Fünftel der Oberfläche Italiens mit einer Bevölkerung von rund $9\frac{1}{2}$ Millionen Menschen zur Bergzone gehören. Nach dem Bericht liegt die seit 1871 eingetretene Bevölkerungsvermehrung in allen Alpengebieten weit unter dem italienischen Gesamtdurchschnitt. Die Indexzahl (1871 = 100) für die ligurisch-piemontesischen Alpen ging z. B. 1936 auf 99, die für das Tal des Großen St. Bernhard sogar auf 74 zurück. Im Tal von Meran gelangte man dagegen zu einer Indexziffer von 286, in der Bozener Zone auf 280. Über die Gründe dieser verschiedenartigen Entwicklung wird im vorliegenden Aufsatz allerdings nichts berichtet.

Als Ursachen für das Zurückweichen der bäuerlichen Bevölkerung aus den Alpen werden solche verschiedenster Art angeführt. Auch die Gegenmaßnahmen, die in der oben genannten Untersuchung empfohlen werden, sind sehr vielgestaltig. Steuererleichterungen, Einrichtung eines geordneten ärztlichen Dienstes, Einrichtung oder Wiedereröffnung kleiner Schulen, Straßenbau, bessere Behausung, Maßnahmen gegen weitere Zerstückelung des Bodenbesitzes und Ausbau des Fremdenverkehrs sind die wichtigsten Maßnahmen, deren Bedeutung diskutiert wird. Auch in Italien geht es um die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes und man

ist sich darüber einig, daß solchen „pathologischen Erscheinungen des sozialen Lebens“ mit allen Mitteln begegnet werden muß.

*

USA.-Wirtschaft im Übergang

Wirtschaftliche Tendenzen in den Vereinigten Staaten untersucht *Dr. Herbert Groß* (New York) in einem Aufsatz „Wirtschaft im Übergang“ (Wirtschaftsdienst Nr. 24 vom 16. Juni 1939). Der seit November 1938 datierte Abschwung, der sich jetzt anscheinend ausgelaufen habe, sei kaum auf größere „Disproportionen“ der einzelnen Auftriebskräfte zurückzuführen. Auch gegenwärtig lägen zwar alle technischen und statistischen Faktoren vor, um einen baldigen Gesamtauftrieb erwarten zu lassen, doch fehle, und das sei das Entscheidende, der privatwirtschaftliche „Expansionsdrang“. Soweit die Industrie arbeite, schließe sie mit Gewinn ab und auch bei den beschäftigten Arbeitskräften liege eine nicht unbefriedigende Verdienstage vor. Der Unterschied zu den Krisen bis 1929 liege heute darin, daß die U. S. A.-Wirtschaft auf reduziertem Umfang fast „normal“ arbeite. Die nicht benötigte industrielle Kapazität aber sei während der letzten 10 Jahre voll abgeschrieben worden. Der arbeitende Industriesektor, innerhalb dessen weitgehende Investitionen und Modernisierungen durchgeführt wurden, sei heute der stillgelegten Kapazität technisch und kostenmäßig weit überlegen und brauche diese nicht zu fürchten.

Der Verfasser schildert nun die Versuche des „New Deal“, diese müßigen Produktionsfaktoren in den Wirtschaftskreislauf einzuschalten. Versuche, dies durch Belebung des Massenverbrauches auf dem Wege der Sozialreform zu erreichen, seien mißlungen. Die Sozialreform des New Deal werde von dem Wunsch nach staatlichen Garantien von Mindesteinkommen und von der Auffassung getragen, daß die privaten Beschäftigungsmöglichkeiten allein keine ausreichende Einkommenssicherung für alle mehr bieten. Allen diesen Versuchen sei aber die Vorstellung gemeinsam, daß der privaten Wirtschaft die zusätzliche Einkommenszahlung als „Belastung“ zugemutet werden müsse. Der New Deal trage also bei dieser Auffassung den Charakter einer Auflage auf die Privatwirtschaft.

Heute scheine sich eine entscheidende Wendung in der Beurteilung staatlicher und privater Investitionen vorzubereiten. Die Regierung selbst scheine geneigt zu sein, auf das Vorrecht der staatlichen Investitionstätigkeit zugunsten einer geteilten Kapitalanlage zu verzichten. Die gegenwärtige Diskussion des New Deal beziehe sich eindeutig auf die Entwicklung eines gemischtwirtschaftlichen Systems der Kapitalanlage, bei dem der Staat nicht auf einen Teil der privaten Anlagegebiete übernimmt, sondern durch Ausdehnung seiner Investitionen zugleich die privatwirtschaftliche Expansion vorzubereiten suche.

*

Ist England stark genug?

Die Frage: „Ist England stark genug?“ wird in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“, einer Reihe von Aufsätzen, die sich mit der strategischen und wirtschaftlichen Position Englands befassen, vorangestellt. Einen der wichtigsten und umfassendsten Machtfaktoren untersucht *Dr. Carl Krämer* in seinem Aufsatz über das englische Pfund als Stütze und Symbol der englischen Macht und Weltgeltung (Wirtschaftsdienst Nr. 20 vom 19. Mai 1939). Nicht die Preisgabe des Goldstandards und die Pfundabwertung seien als Zeichen der Schwäche anzusehen; entscheidend sei vielmehr die Tatsache, daß England die finanzielle Einbuße des Weltkrieges in der Zwischenzeit nur zum Teil wettmachen konnte. Sei England vor dem Krieg ein „expandierendes“ Gläubigerland gewesen, das jährlich 100 bis 200 Millionen Pfund seinen Beständen an Auslandsanlagen hinzufügte, so sei es heute bestenfalls ein „gesättigtes“ Gläubigerland, das seinen Auslandsbesitz mit Mühe auf gleicher Höhe halte. Englands Stellung gegenüber dem Problem einer Kriegsfinanzierung sei also heute, im Verhältnis zu 1914, wesentlich geschwächt. Allerdings sei vor allem der Goldbestand heute ungleich größer als damals, doch komme ihm nur der Wert einer ersten Verteidigungslinie des Pfunds zu. Auch die in letzter Zeit wieder verstärkten Kapitalreserven in Amerika könnten nur in der ersten Zeit eine wesentliche Hilfe bedeuten. Übersteige doch schon der „dringende“ Einfuhrbedarf eines Normaljahres ihre Höhe wesentlich. Jedenfalls wäre England ohne Kreditierung der überseeischen Lieferungen bald gezwungen, wertvolle Stücke seines Auslandsvermögens auch in anderen Staaten abzutreten, was mit einer Schwächung seiner weltwirtschaftlichen Position gleichbedeutend wäre.

Im Inland allerdings würde die finanzielle Mobilisierung der Kräfte, etwa die Ausnützung bestehender Lücken im Steuersystem, die Substanz des englischen Volksvermögens direkt angreifen. Besteuerung des Arbeitslohnes oder gar Einführung einer Umsatzsteuer würde unaufhaltsam das Gefüge der „middle-classes“ zerstören, würde unmittelbar die Überlieferungen und das Fundament des gesamten gesellschaftlichen Gefüges angreifen.

Englands industrielle Rüstungen untersucht *Dr. K. Römermann* (Wirtschaftsdienst Nr. 22 vom 2. Juni 1939). England, das bis zum Augenblick nicht die Möglichkeit besessen habe, auf die Verteilung der Rohstoffe und Arbeitskräfte Einfluß zu nehmen, habe sich entschlossen, durch die Schaffung eines Kriegsmaterialministeriums einen ersten Schritt in der Richtung einer stärkeren Einflußnahme auf die Wirtschaft zur Sicherung und Beschleunigung der Rüstungen zu tun. Trotz des bereits großen Rüstungsaufwandes sank der Index der industriellen Produktion im letzten Jahr wieder ab, so daß eine Ausweitung des Rüstungsprogrammes durchaus möglich wäre. Ähnlich lägen die Verhältnisse bei der Rohstoffeinfuhr. Allerdings würde die Steigerung dieser Einfuhr eine Belastung der englischen Zahlungsbilanz bedeuten, die entweder

durch Angreifen der Kapitalsreserven in Übersee bzw. des Goldvorrates oder durch eine entsprechende Ausweitung des Exports vermindert werden müßte. Die letztere Möglichkeit bedeute aber wieder eine Schwächung der für Rüstungen zur Verfügung stehenden Leistungsreserven. Weitere Schwierigkeiten dürften sich durch das Aufsaugen der Arbeitskräfte und durch die dann voraussichtlich bald in Erscheinung tretenden Probleme der Vollbeschäftigung einstellen.

In ihrer Gesamtheit sei die englische Industrie, wie der Verfasser schließt, heute sicher besser in der Lage Rüstungsanforderungen nachzukommen, als zu Anfang des Weltkrieges. Die Rüstungsindustrie im eigentlichen Sinn sei durch die staatliche Initiative wesentlich vergrößert worden. Daß diese staatliche Initiative für das gesamte Wirtschaftsgeschehen in Zukunft eine ganz entscheidende Bedeutung erlangen dürfte, ist kaum mehr zu bezweifeln.

Von besonderer Bedeutung für die Lage und Durchschlagskraft der englischen Rüstungen ist die englische Stahlindustrie. Der Hauptgeschäftsführende der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie, *Dr. J. W. Reichert*, gibt im Rahmen der Aufsatzreihe einen Überblick über den Stand der englischen Stahlindustrie (Wirtschaftsdienst, Heft 24 vom 16. Juni 1939). England, das bis Ende des vorigen Jahrhunderts in der Stahlerzeugung der Welt führend war, sei heute zum viertstärksten Stahlland hinter Amerika, Deutschland und Rußland zurückgesunken. Seit einer Reihe von Jahren lasse sich allerdings in der englischen Stahlindustrie ein Zug frischerer Entwicklung bemerken, der darauf abziele, moderne Technik überalteten Anlagen zugute kommen zu lassen. So sei eine englische Stahlgesellschaft mit dem Ausbau der Werke zu Corby, die jetzt drei Jahre in Betrieb stehen, als erste daran gegangen, das Thomasstahlverfahren in England einzuführen. Außer diesen Werken seien zwei weitere Werke, und zwar Breitbandwalzwerke, im Entstehen begriffen.

Von überragender Bedeutung für die wehrwirtschaftliche Durchschlagskraft der Stahlindustrie sei die Rohstofffrage. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die englische Erzförderung wieder auf den hohen Vorkriegsstand, der etwa 4 Millionen Tonnen über dem Förderungsstand von 1938 liegt, kommen könne.

1937 seien, verschiedenen Berechnungen nach, etwa 25 v. H. der gesamten Stahlerzeugung für Rüstungszwecke verwendet worden. Was die Versorgung Englands aus dem Ausland betrifft, so sei 1937 die gesamte Einfuhr an Eisen, Stahl und eisenhaltigen Rohstoffen der inländischen Gewinnung ziemlich nahe gekommen. 1938 sei sie um etwa 1 Million Tonnen geringer gewesen. Zweifellos sei die Auslandsabhängigkeit Englands in seiner Rohstoff- und Fertigerzeugnisversorgung 1939 wieder stärker im Wachsen begriffen. Im übrigen lasse sich auch bei der Stahlindustrie eine bemerkenswerte Wandlung vom Grundsatz der freien Wirtschaft zur Gemeinschaftsarbeit bemerken.

Neuere Bücher und Aufsätze über Fragen der ostmärkischen Wirtschaft

- Adler, Hans, Walter Düring und Kurt Schmaltz:* Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark unter Berücksichtigung der Sonderverhältnisse bei Aktiengesellschaften, G. m. b. H. und Genossenschaften. Leipzig, Gloeckner 1939. 153 S. Kart. RM 3'80.
- Böttcher, Conrad, und Heinz Meilicke:* Reichsmarkbilanzen in der Ostmark. Umstellung, Umwandlung. Handelsrechtliche und steuerrechtliche Erläuterungen. (Vahlens Gelbe Hefte.) Berlin, Franz Vahlen, 1939. (VIIIa, 113 S.)
- Heinrich, Dr., Min.-Rat:* Die landwirtschaftliche Entschuldung in der Ostmark nach der österreichischen Entschuldungsverordnung vom 5. Mai 1938. Erläutert. Berlin, 1939. 62 S., 7 Bl., RM 2'—.
- Hinrichs, K. H.:* Die Entschuldung der Landwirtschaft in Österreich. Neuwied, Druck. Raiffeisen, 1939. 108 S.
- Die Verbrauchs- und Aufwandsbesteuerung im deutschen Steuergelände während der Rechnungsjahre 1926 bis 1936 unter Berücksichtigung Österreichs.* Bearbeitet im Statistischen Reichsamte. (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches, Nr. 36.) Berlin, 1938. Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt. 178 S., RM 7'—.
- *
- Baudisch, Dr. Roman, Berlin:* Marktschutz der Ostmark, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8. Jg., Heft 9, S. 321—323 (3. Märzheft 1939).
- Frick, Dr., Min.:* Entwicklung und Aufbau der öffentlichen Verwaltung in der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebieten, in: Deutsche Verwaltung, 11.
- Menschel, Dr., Reg.-Rat:* Bilanzfragen in der Ostmark, in: Deutsche Steuer-Zeitung, 20.
- Scheffer, Dr. Egon:* Umbruch und Aufschwung. Ein Jahr Ostmarkwirtschaft, in: Nationale Wirtschaft, 7. Jg., Heft 3, S. 74—76 (5. März 1939).
- Bericht über die Wirtschaftsentwicklung in der Ostmark.* — Die Entwicklung des ostmärkischen Arbeitseinsatzes im Winter 1938/39. — Die öffentlichen Aufträge im Wirtschaftsaufschwung der Ostmark. — Entwicklung und Struktur des Verbrauches in der Ostmark, in: Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg., Heft 4, S. 122—134 (19. April 1939).
- Die Ostmark im großdeutschen Südosthandel,* in: Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg., Heft 5/6, S. 142—160 (17. Mai 1939).
- Die Wirtschaft der Ostmark.* Ein Jahr im Reich. Die österreichischen Arbeitskräfte. Von Minister Dr. Fischböck. Wien, das deutsche Südostzentrum. Von Bürgermeister Dr.-Ing. Neubacher. Weitere Beiträge von Ob.-Reg.-Rat Dr. Schulte-Wissermann, Direktor Warnecke, Direktor Dr. Schmidt, Sektionschef a. D. Schmidt, Direktor Malzacher, Direktor Ing. Franz, Dr. Prössinagg, Direktor Ing. Neumann, Direktor Dr. Daub, Dipl. Brau-Ing. Mautner-Markhof, Direktor Dipl. Volkswirt Kopsch, Dr. Frhr. von Stetten, Dr.-Ing. Musil, Direktor Ohnheiser, Ob.-Reg.-Rat Dr. Hinst, in: Die deutsche Volkswirtschaft, 8. Jg., Heft 11, S. 393—436 (2. Aprilheft 1939).
- Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ostmark und dem böhmisch-mährischen Raum.* Ein geschichtlicher Überblick, in: Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg., Heft 4, S. 109—122 (19. April 1939).
- Die Zukunft Wiens als Transitplatz,* in: Allgemeiner Tarif-Anzeiger, 58. Jg., Heft 16, S. 433 (24. April 1939), Heft 19, S. 517 (15. Mai 1939).
- Ein Jahr Ostmark,* in: Der Wirtschaftler, 62. Jg., Heft 9/10, S. 78 (15. März 1939).
- Nachwuchsfragen der Ostmark,* in: Allgemeiner Tarif-Anzeiger, 58. Jg., Heft 9, S. 241 (6. März 1939).
- Neue Wege der ostmärkischen Preispolitik,* in: Wirtschafts-Dienst, 24. Jg., Heft 10, S. 311 (10. März 1939).
- Reich und Ostmark.* Eine Vortragsreihe der Österreichischen Verwaltungsakademie, herausgegeben von Reichsminister Dr. Lammers, Berlin-Wien, 1938.
- Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in den ostmärkischen Gauen,* in: Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschafts- und Konjunkturforschung, 13. Jg., Heft 5/6, S. 161 bis 176 (17. Mai 1939).
- Wiens Vormachtstellung im Südostverkehr,* in: Allgemeiner Tarif-Anzeiger, 58. Jg., Heft 22, S. 597 (5. Juni 1939).
- Wirtschaftsangleichung des Landes Österreich.* Eine Aufstellung neuerer Verordnungen und Bekanntmachungen, in: Nationale Wirtschaft, 7. Jg., Heft 3, S. 81—82 (5. März 1939).

- Wirtschaftsprobleme und Wirtschaftserfolge in der Ostmark*, in: Schriften des Instituts für Konjunkturforschung, Wochenbericht, 12. Jg., Nr. 21, S. 133—139 (24. Mai 1939). (Bearbeitet im Wiener Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung.)
- *
- Feichtinger*, Dr. E. K.: Die Ostmark in der Erzeugungsschlacht, aber auch im Kampf gegen die Landflucht, in: N. S. Landpost, Jg. 1939, Nr. 15, S. 9 (14. April 1939).
- Nonhoff*, Fritz: Einführung des Rechts der Neubildung deutschen Bauerntums in der Ostmark, in: Recht des Reichsnährstandes, 7. Jg., Heft 5, S. 185—187 (März 1939).
- Nonnenbruch*, Dr.: Der Bergbauer in der Ostmark, in: Völkischer Beobachter, 52. Jg., Nr. 147 bis 149 (27., 28., 29. Mai 1939).
- Marcik*, Dr. Eduard: Zum Recht der Neubildung deutschen Bauerntums im Lande Österreich, in: Deutsches Recht, 2. Jg., Heft 7—8, Ausgabe B, S. 137—141 (20. April 1939).
- *
- Daub*, Dr. Erwin, Generaldirektor der Gebr. Böhler u. Co. A. G., Wien: Ostmärkisches Eisen in Erzeugung und Ausfuhr, in: Der Vierjahresplan, 3. Jg., Heft 8, S. 565—568 (20. April 1939).
- Fetszer*, Dr. Franz: Abschreibungsfreiheit für betriebliche Anlagegüter in Österreich und Bewertungsfreiheit für kurzlebige Wirtschaftsgüter, in: Die Industrie, 44. Jg., Heft 10, S. 6—8 (10. März 1939).
- Granichstaedten-Czerva*, Prof., Dr. R. v.: Der Umwandlungsprozeß der ostmärkischen Aktiengesellschaften, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg., Heft 33, S. 1631—1632 (19. Mai 1939).
- Lütge*, Friedrich: Die Wohnungswirtschaft in Österreich und im Sudetengau und ihre Eingliederung in die großdeutsche Wohnungswirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 149, Heft 3, S. 308 bis 343 (März 1939), Bd. 149, Heft 4, S. 460 bis 479 (April 1939).
- Oeftering*: Umstellung der Bilanzen und Umwandlung von Kapitalgesellschaften in der Ostmark, in: Bank-Archiv, 1939, Nr. 6, S. 148—153 (15. März 1939).
- Platz*: Die Ausdehnung der deutschen Seehafentariife auf die Ostmark und den Sudetengau, in: Zeitung des Vereins Mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen, 79. Jg., Heft 15, S. 315—319 (13. April 1939).
- Winkler-Hermaden*, Artur: Der geologische Bau des Steirischen Beckens und die Frage seiner Erdölhoffigkeit, in: Petroleum, 35. Jg., Heft 22/23, S. 389—397 (7. Juni 1939).
- Aufbau eines Wiener Großhandels*, in: Wirtschaftliche Nachrichten der österreichischen Handelskammern, 22. Jg., Heft 10, S. 322—324 (11. März 1939).
- Aufgaben der österreichischen Maschinenindustrie auf dem Wege zur Höchstleistung in der Volkswirtschaft*, in: Der Wirtschaftler, 62. Jg., Heft 9/10, S. 79—80 (15. März 1939).
- Die Zündholzindustrie der Ostmark*, in: Die chemische Industrie, 62. Jg., Heft 17, S. 393 (29. April 1939).
- Die neue Form der I. G. Farben-Interessen in der Ostmark*, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg., Heft 23, S. 1121—1122 (10. März 1939).
- Der Altreichsmarkt für die ostmärkische und sudetendeutsche Papierindustrie*, in: Papier- und Schreibwaren-Zeitung, 45. Jg., Heft 10, S. 1 (13. Mai 1939).
- Der Investitionskredit in der Ostmark*, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg., Heft 27, S. 1334 bis 1335 (6. April 1939).
- Fusionen zwischen Ostmark und Altreich*, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg., Heft 37, S. 1850 (16. Juni 1939).
- Gemeinde Wien übernimmt WAG.*, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg., Heft 23, S. 1122—1123 (10. März 1939).
- Geschützte Magnesit-Industrie in der Ostmark*, in: Der deutsche Volkswirt, 13. Jg., Heft 27, S. 1335 (6. April 1939).
- Neuordnung der I. G. Farben-Interessen in der Ostmark*, in: Die Bank, 32. Jg., Heft 10, S. 310—311 (8. März 1939).
- Ostmarkanschluß und Balkanfrachten*, in: Allgemeiner Tarif-Anzeiger, 58. Jg., Heft 16, S. 435—436 (24. April 1939), Heft 20, S. 547 (22. Mai 1939).
- Ostmark-Energien*, in: Die Bank, 32. Jg., Heft 18, S. 579 (3. Mai 1939).
- Seehafentarif zwischen der Ostmark und Triest*, in: Allgemeiner Tarif-Anzeiger, 58. Jg., Heft 12, S. 329 (27. März 1939).
- Sudetendeutsche Braunkohle nach der Ostmark*, in: Allgemeiner Tarif-Anzeiger, 58. Jg., Heft 19, S. 520 (15. Mai 1939).
- VAG. in der Ostmark*, in: Die Bank, 32. Jg., Heft 10, S. 300—301 (8. März 1939).
- Verkehrsregelung mit der Ostmark*, in: Allgemeiner Tarif-Anzeiger, 58. Jg., Heft 12, S. 326 (27. März 1939).
- *
- Domes*, Richard: Ein Jahr deutsche Sparkassen der Ostmark, in: Deutsche Sparkassen-Zeitung, 16. Jg., Heft 31, S. 1—2 (14. März 1939).
- Fabricius*: Die Neuordnung des öffentlichen Bankwesens und des Sparkassenwesens in der Ostmark und im Sudetenlande, in: Sparkasse, 59. Jg., Heft 8, S. 111—118 (15. April 1939).
- Fischböck*, Dr. H., Minister: Die Entwicklung des Kreditwesens in der Ostmark, in: Die Bank, 32. Jg., Heft 11, S. 344—346 (15. März 1939).

- Fritscher*, Dr. Ludwig, Direktor, Vorstandsmitglied der Creditanstalt-Wiener Bankverein und Präsident der Wiener Börsekammer: Die Aufgaben des Bankwesens in der Ostmark mit Rücksicht auf den Wirtschaftsverkehr mit Südosteuropa, in: *Der Wirtschaftler*, 62. Jg., Heft 19/20, S. 176—178 (31. Mai 1939).
- Fromm*, G. E.: Die Verordnung zur Einführung von Vorschriften über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmungen im Lande Österreich vom 28. Februar 1939, in: *Neumanns Z. f. Versicherungswesen*, 62. Jg., Heft 10, S. 217—224 (8. März 1939).
- Kerber*, Dr. R.: Die Einführung der Reichsversicherung in der Ostmark, in: *Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft*, 2.
- Matthes*, Dr. G.: Die Einführung der Versicherungsaufsicht des Altreichs in Österreich, in: *Die Bank*, 32. Jg., Heft 11, S. 346—352 (15. März 1939).
- Pfaundler*, Dr. Richard: Der ostmärkische Finanzgleich im Umbruch, in: *Der deutsche Volkswirt*, 13. Jg., Heft 23, S. 1093—1094 (10. März 1939).
- Pfaundler*, Dr. Richard: Die Umstellung der Gemeinde-Einnahmen in der Ostmark, in: *Der deutsche Volkswirt*, 13. Jg., Heft 33, S. 1621 bis 1623 (19. Mai 1939).
- Anlaufsjahr der Länderbank Wien*, in: *Die Bank*, 32. Jg., Heft 18, S. 570—572 (3. Mai 1939).
- Anleihestockgesetz auch in der Ostmark*, in: *Südostwirtschaft*, 9. Jg., Nr. 10, S. 9 (11. März 1939).
- Aufwertung in der Reichsmark-Eröffnungsbilanz der Ostmark-Großbank*, in: *Die Bank*, 32. Jg., Heft 18, S. 569—570 (3. Mai 1939).
- Bilanzumstellung der Österreichischen Creditanstalt*, in: *Der deutsche Volkswirt*, 13. Jg., Heft 31, S. 1537—1538 (5. Mai 1939).
- Das Banknetz der Ostmark*, in: *Bank-Archiv*, Jg. 1939, Heft 10, S. 259—260 (15. Mai 1939).
- Die Neuorganisation der ostmärkischen Versicherungswirtschaft im Rahmen der Reichsgruppe „Versicherungen“*, in: *Die Versicherungswelt*, Beiblatt der Wochenschrift: *Der Wirtschaftler*, 62. Jg., Heft 13/14, S. 73—74 (15. April 1939).
- Neue Grundlagen für den ostmärkischen Pfandbriefkredit*, in: *Die Bank*, 32. Jg., Heft 14, S. 436—437 (5. April 1939).
- Neugestaltung des öffentlichen Bank- und Sparkassenwesens im Lande Österreich*, in: *Der Wirtschaftler*, 62. Jg., Heft 15/16, S. 135—136 (28. April 1939).
- Neuordnung des ostmärkischen Pfandbriefwesens*, in: *Der Wirtschaftler*, 62. Jg., Heft 13/14, S. 115 (15. April 1939).
- Österreichische Creditanstalt-Wiener Bankverein im Wirtschaftsaufschwung*, in: *Der Wirtschaftler*, 62. Jg., Heft 21/22, S. 196—197 (17. Juni 1939).

Anmerkungen zu den nachstehenden Tabellen:

* Saisonbereinigt. — Ø Durchschnitt. — *) Provisorische Zahlen. — ¹⁾ Monatsmitte. — ²⁾ Monatssummen. — ³⁾ Monatsende. — ⁴⁾ Monatsdurchschnitt. — ⁵⁾ Jahresdurchschnitte aus 48 Ausweiswochen. — ⁶⁾ Ab 1938 in Reichsmark. — ⁷⁾ Berechnung von Mai bis Oktober 1938 auf Grund der Telefonkurse. — ⁸⁾ Ohne Bankaktien. — ⁹⁾ Kol. 19: Dividendensumme ausgedrückt in v. H. des Gesamtkurswertes; Kol. 20: Dividendensumme ausgedrückt in v. H. des Kurswertes der A. G., die Dividende zahlen. — ¹⁰⁾ Monatszahlen bis März 1937 nach der damaligen Einlagenstatistik des Statistischen Reichsamtes, ab April 1937 nach der Monatsstatistik der deutschen Spar- und Girokassen; Jahresziffern einschließlich Zinsgutschriften. — ¹¹⁾ Bis September 1938 nach den Angaben des Reichsverbandes deutscher Sparkassen in Österreich, ab Oktober 1938 nach der Monatsstatistik der deutschen Spar- und Girokassen. — ¹²⁾ Ab Dezember 1938 einschließlich Ausfallgarantie des Reiches. — ¹³⁾ Großhandelspreis von Schweinefleisch als Vielfaches des Großhandelspreises von Futtermais. — ¹⁴⁾ Ziffer für April 1938 wurde errechnet. — ¹⁵⁾ Bis Februar 1938 Neuauftrieb auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx ausschließlich, ab März 1938 einschließlich der Kontumazanlage und Außenmarktbezüge. — ¹⁶⁾ Ab März 1938 mit den Vormonaten nicht vergleichbar, siehe Text unter „Arbeitslage“. — ¹⁷⁾ Ab April 1938 über die Vergleichbarkeit siehe Text unter „Arbeitslage“. — ¹⁸⁾ Ab Dezember 1938 Groß-Wien, früher Wien-Stadt; Österreich Land ohne die Gebiete, die an Groß-Wien gefallen sind. — ¹⁹⁾ Ab 15. Juli 1938 sind die Strecken westlich Wörgl der ehemaligen Bundesbahndirektion Innsbruck hierin nicht mehr enthalten, die seit dieser Zeit zur Reichsbahndirektion München, bzw. Augsburg gehören. — ²⁰⁾ Einschließlich Verkehr mit dem Altreich. — ²¹⁾ Erzeugung der in Wien vorhandenen Kraftwerke. — ²²⁾ Ab Januar 1930 für Gau Wien. — ²³⁾ Ab 1. November 1938 gelten die Ziffern für Groß-Wien. — ²⁴⁾ Ab Januar 1939 einschließlich der an die Ostmark gefallenen sudetendeutschen Gebiete. — ²⁵⁾ Ab März 1938 einschließlich der Besucher aus dem Altreich. — ²⁶⁾ Ab Mai 1939 einschließlich der an die Ostmark gefallenen sudetendeutschen Gebiete.

Zeit	Reichsbank ^{3) 5)}					Kapitalmarkt																					
	Gold- und Devisenbestand	Kapitalanlagen			Notenumlauf	Kursindex von 33 Industriaktien ^{6) 7)}	Börse													Kurswert in v. H. des Nominalkapitals ¹⁾	Ausbezahlte Dividenden ²⁾	Rendite der Aktien ⁸⁾	Variable Rendite ⁹⁾	Geldbewegung im Effektenverkehr ³⁾	Arrang. Schlüsse ²⁾	Vom Wr. Giro- und Cassenverein abgeführte Umsätze ⁴⁾	Gesamtertr. d. Effektenumsatzsteuer ⁵⁾
		Insgesamt	Davon Wechselbestand	Depositen			Kurswert ^{1) 7)}																				
	Millionen Reichsmark					der an der Börse not. österr. Aktien ⁸⁾													v. H.		Mill. S ⁹⁾	1929=100		1000 S ⁹⁾			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24			
					Millionen Schilling ⁶⁾																1929=100		1000 S ⁹⁾				
1929	2506	2479	2222	543	4403	100.0	81.0	107.0	43	86	174	61	288	57	57	16	132	4240	4.5	3.5	56.6	100	9.3	55			
1930	2806	2002	1786	481	4361	80.3	81.9	89.0	36	94	154	66	215	34	36	17	109	4034	4.4	3.5	42.8	130	5.6	39			
1931	1914	2924	2609	426	4229	60.5	80.7	65.4	27	70	109	44	144	22	25	15	81	3247	3.5	3.9	41.0	132	4.2	33			
1932	975	3503	3013	389	3844	52.2	80.8	57.0	23	66	83	45	114	20	23	19	71	1874	2.6	3.1	15.1	34	2.0	15			
1933	530	3375	2885	396	3373	43.2	80.7	47.8	22	42	57	35	98	15	20	20	59	1286	3.2	3.2	18.8	58	1.6	14			
1934	165	4017	3214	644	3562	47.5	78.4	46.2	21	39	56	29	89	14	19	21	59	1311	3.7	3.5	21.2	115	1.8	15			
1935	91	4467	3703	808	3731	62.7	76.2	55.7	31	52	77	33	123	21	19	28	73	1422	3.3	3.2	30.5	142	3.0	20			
1936	75	4921	4295	708	4232	78.1	73.6	70.9	42	63	103	41	207	24	23	32	97	1665	3.6	3.2	48.0	168	7.2	30			
1937	75	5385	4893	739	4778	93.5	72.6	86.4	50	60	132	52	298	36	25	35	119	1864	3.4	3.3	52.2	161	9.1	41			
1938	76	6785	6039	983	6228	83.0	48.8	51.6	35	40	103	31	154	16	17	19	106	1573	4.1	3.0	27.7	89	2.0	16			
1938 I.	76	5079	5459	851	5199	83.8	48.5	52.7	31	41	87	31	167	19	17	24	109	1697	4.0	3.8	17.3	97	2.3	18			
1938 II.	76	6136	5637	891	5278	82.9	49.0	52.4	33	40	89	32	163	19	18	25	107	487	4.0	4.8	25.6	163	4.1	14			
1938 III.	76	6358	5813	1323	5622	81.8	49.0	51.2	34	39	91	33	152	17	17	25	105	—	4.1	4.9	30.8	105	2.0	17			
1938 IV.	76	6330	5841	1031	6086	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6074	—	—	—	—	—	11			
1938 V.	76	6751	5832	1021	6269	86.4	49.0	54.1	35	43	106	33	165	17	17	19	111	1428	3.9	4.9	28.2	—	—	11			
1938 VI.	76	7098	6126	1119	6440	85.0	48.9	53.8	36	40	108	30	164	17	17	19	109	2528	3.9	4.8	25.0	—	—	26			
1938 VII.	76	7160	6247	920	6650	76.5	48.9	48.5	33	36	104	27	146	16	15	16	99	4129	4.3	3.4	27.0	—	—	30			
1938 VIII.	76	7531	6647	1033	6869	72.1	48.9	44.4	33	35	103	27	125	10	15	12	91	843	4.7	4.0	60.7	—	—	15			
1938 IX.	77	9071	8173	1231	8023	72.5	48.9	45.2	33	36	104	27	126	11	14	12	92	—	4.6	4.0	11.9	—	—	13			
1938 X.	77	8423	7542	1040	7754	86.7	48.7	52.9	38	42	111	30	166	15	18	17	109	486	4.0	4.8	11.3	—	—	13			
1938 XI.	77	8408	7513	1141	7744	93.5	48.7	57.2	38	46	115	34	167	18	21	19	117	90	3.7	4.6	21.5	42	2.0	15			
1938 XII.	77	9143	8123	1527	8223	82.3	48.7	56.1	36	46	111	33	156	17	20	19	115	1108	3.7	4.6	63.3	36	1.3	13			
1939 I.	76	8102	7144	1119	7816	93.1	48.7	56.6	38	48	110	35	158	16	21	19	116	100	3.7	4.6	15.9	37	1.4	—			
1939 II.	76	8370	7333	1105	7939	97.0	48.7	58.5	39	54	113	37	159	16	21	19	120	512	3.6	4.4	18.0	—	—	—			
1939 III.	77	9207	8137	1249	8311	92.8	48.7	55.7	39	54	111	35	145	15	20	19	114	1732	3.8	4.6	36.8	—	—	—			
1939 IV.	77	8925	7722	1122	8519	94.4	48.6	59.3	38	55	111	35	152	15	21	19	116	2059	3.7	4.6	32.7	85	—	—			
1939 V.	77	8793	7545	1292	8525	95.4	48.3	56.1	38	57	114	34	149	15	21	19	116	—	3.7	4.5	19.0	—	—	—			
1939 VI.	77	—	—	—	—	94.7	48.3	56.2	39	58	119	34	145	14	21	19	116	—	—	—	—	—	—	—			

Zeit	Kapitalmarkt													Öffentliche Abgaben ²⁾														
	Spareinlagen			Giroumsätze ²⁾			Postsparkasse ²⁾			Insolvenzen in Österreich				Firmenbewegungen im Wiener Handelsregister ²⁾		Gesamtabgabenertrag												
	im Altreich ³⁾	bei den Sparkassen in der Ostmark ⁴⁾	bei der Postsparkasse ⁵⁾	Postsparkasse	Wiener Giro- und Cassenverein	Zahl der Scheckkonten	Scheckguthaben pro Konto	Neugründungen und Kapitalerhöhungen von A. G. und G. m. b. H. ⁶⁾	Gerichtl. Ausgleiche	Konkurse	Exekutionsanträge beim Exekutionsgericht Wien ⁷⁾	Neueintragen	Löschungen	Gesamt	Direkte Steuern	Erwerbsteuer	Einkommensteuer	Selbstzahler-Einkommensteuer	Privatbeitnehmer-Einkommensteuer	Verbrauchssteuern ²⁾	Außenhandelsabgaben ¹²⁾	Monopolnettoertrag						
	Mill. RM	Mill. S ⁹⁾	Mill. S ⁹⁾	1929=100	Mill. S ⁹⁾	1929=100	in 1000	S ⁹⁾	Mill. S ⁹⁾	Wochen-durchschnitt	in 1000	Neueintragen	Löschungen	97	32	4.9	15	9.3	4.4	8.5	24	19						
	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48				
1929	11.576	1379	85.1	2069	100	2793	100	126.9	1454	8.6	38	11	23.3	59	100	100	100	100	100	100	100	100	100					
1930	16.420	1570	98.9	2173	105	2636	94	129.0	1345	4.4	52	13	27.3	62	302	101	97	96	97	102	124	101	96					
1931	11.450	1558	116.2	2080	101	1959	70	127.9	1377	2.8	67	15	28.6	55	111	98	89	79	87	80	182	95	101					
1932	12.110	1484	118.8	1878	91	1340	48	130.2	1303	2.5	87	21	30.0	46	120	90	85	66	70	58	169	80	111					
1933	12.814	1536	124.0	1786	87	1335	48	130.9	1169	18.0	63	19	28.7	35	74	83	73	54	58	52	67	152	63					
1934	13.819	1528	141.8	1895	92	775	28	129.3	1363	7.7	37	14	26.4	29	68	87	73	44	55	46	60	169	69					
1935	14.615	1649	150.5	2005	97	536	19	128.0	1638	4.2	16	11	23.8	27	65	92	78	58	53	43	60	179	74					
1936	16.066	1724	147.2	2047	99	531	19	126.7	1765	6.8	17	10	22.7	31	68	102	92	53	59	53	59	188	77					
1937	18.010	1761	145.7	2219	107	603	22	125.4	1724	4.7	17	9	20.7	34	60	103	92	59	60	55	62	193	73					
1938	16.191	1228	102.0	1488	105	359	19	125.3	1308	15.1	18	8	22.9	43	74	113	118	45	60	47	74	195	73					
1938 I.	16.420	1231	101.6	1309	102	344	20	125.2	1201	0.3	18	10	21.5	24	56	88	78	39	52	34	75	173	53					
1938 II.	16.546	1205	98.6	1460	109	332	17	125.1	1137	0.4	11	11	17.4	25	34	93	99	89	77	62	60	161	61					
1938 III.	16.682	1231	100.8	1557	116	421	23	124.2	1337	1.3	15	6	11.5	24	64	104	116	62	62	52	70	193	62					
1938 IV.	16.814	1234	101.3	1657	121	329	18	123.8	1516	1.8	18	8	10.7	27	76	101	108	81	75	73	74	177	53					
1938 V.	16.891	1231	99.7	1744	130	307	16	123.4	1744	—	18	11	13.0	24	104	105	131	130	106	124	70	222	63					
1938 VI.	17.003	1234	100.1	1966	134	318	16	123.0	1638	—	12	9	11.0	28	103	96	150	76	91	79	83	238	49					
1938 VII.	17.127	1255	99.7	2132	156	361	20	122.1	1850	—	7	8	10.3	24	134	102	98	43	54	38	72	274	54					
1938 VIII.	16.978	1232	97.4	2104	159	336	19	121.5	1686	—	3	2	11.0	29	125	88	112	117	100	107	80	259	49					
1938 IX.	17.222	1122	99.6	2247	157	346	18	122.2	1923	—	2	8	11.9	39	117	116	111	70	69	70	67	310	38					
1938 X.	17.421	1136	103.2	2168	157	310	18	122.6	2104	—	4	5	10.2	46	142	140	112	53	106	110	100	279	33					
1938 XI.	17.687	1123	102.5	2545	173	436	22	122.4	1975	—	2	3	11.2	48	292	190	158	142	129	147	92	277	38					
1939 I.	18.192	1151	119.0	2292	161	162	9	122.4	1870	2.9	1	6	9.5	76	323	—	—	—	—	—	—	212	47					
1939 II.	18.428	1166	136.2	1957	154	89	5	122.3	1693	2.6	2	4	9.3	56	198	—	—	—	—	—	—	200	42					
1939 III.	18.565	1168	146.1	2311	172	105	6	122.0	1938	—	1	5	9.5	91	147	—	—	—	—	—	—	—	—					
1939 IV.	18.668	1168	155.8	2311	173	114	6	121.1	—	—	1	0	9.1	58	94	—	—	—	—</									

